



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Auswirkungen von Gemeindefusionen auf die Wahlergebnisse in den Gemeinden am Beispiel der Steiermark 2013-2015“

verfasst von / submitted by

Florian Teurezbacher MSc (WU) Bakk. BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ. Prof. i. R. Dr. Karl Ucakar

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
1 Einleitung	4
1.1 Motivation und Forschungsinteresse	4
1.2 Forschungsfragen	6
1.3 Methodik und Aufbau der Arbeit	6
2 Theorie	8
2.1 Theorie der Reformen	8
2.1.1 Zehn Befunde zu Reformen in Demokratien	8
2.1.2 Der demokratische Reformler	11
2.1.3 Blockade von Reformen	13
2.2 Vetospieler-Ansatz	14
2.2.1 Vetomacht und Vetostrategien	15
2.2.2 (Sieben) Makrofaktoren für oder gegen Blockaden	16
2.3 Diskrepanz von Bundes-, Landes- und Kommunalebene	17
2.4 Das politische System auf Gemeindeebene	19
2.4.1 Kommunalpolitik	19
2.4.2 Kommunalpolitik zwischen Konsens und Konkurrenz	21
2.4.3 Die Rolle der BürgermeisterInnen	23
2.4.4 Gemeinderatswahlen als Nebenwahlen?	25
2.5 Hypothesen	25
3 Gemeindefusionen	26
3.1 Fusionswellen der Zweiten Republik	26
3.1.1 Niederösterreich, Kärnten und Burgenland	28
3.1.2 Steiermark	29
3.2 Begründungen von Fusionen	30
3.2.1 Wirtschaftliche Faktoren und der Finanzausgleich	31
3.2.2 Probleme von Gemeindefusionen	32
4 Das politische Umfeld	34
4.1 Die Politik der Steiermark	34
4.2 Die Reformpartnerschaft	35
4.3 Steiermärkische Gemeindestrukturreform	37

4.4	Gemeindeinitiative	41
5	Forschungsstand über steirische Wahlen	44
5.1	Hadler (2005)	44
5.2	Hadler/Haller (2001)	47
5.3	Filzmaier/Perlot/Zandonella (2011)	48
6	Datendeskription und Modelle	49
6.1	Datensätze	49
6.2	Empirisches Modell	51
6.3	Wahlbeteiligung	52
7	Nationalratswahl 2013	54
7.1	Aufruf zum Wahlboykott	55
7.2	Deskriptive Statistiken	57
7.3	Regressionsanalyse	59
8	Gemeinderatswahlen 2015	61
8.1	Lokale Unterschiede als Erklärungsversuch	61
8.2	Veränderung der Konkurrenz	64
8.2.1	Antritte pro Partei	64
8.2.2	Listen pro Gemeinde	66
8.2.3	Unterschiede durch die Fusionen	68
8.3	Gewinne und Verluste	69
8.4	Mehrheitswechsel	70
8.5	Regressionsanalyse	71
9	Landtagswahl 2015	74
9.1	Deskriptive Statistiken	74
9.2	Interpretation des Wahlergebnisses	75
9.3	Wählerstromanalyse	76
9.4	Regressionsanalyse	78
9.5	Analyse von Wassermann (2016)	79
10	Zusammenfassung und Conclusio	83
	Abbildungsverzeichnis	94
	Tabellenverzeichnis	94

1 Einleitung

1.1 Motivation und Forschungsinteresse

Mit 01. Jänner 2015 wurden durch die steiermärkische Gemeindestrukturreform aus zuvor 542 Gemeinden 287. 385 Gemeinden waren letztendlich von der Gemeindestrukturreform betroffen, 157 Gemeinden blieben dagegen unverändert. Dadurch wurde die kommunale Struktur der Steiermark grundlegend verändert. Bereits im Vorfeld der finalen Umsetzung hatte es über Jahre hinweg breite Diskussionen und Unmutsbekundungen gegeben. Letztlich gingen 40 Beschwerden gegen einzelne Zwangszusammenlegungen beim Verfassungsgerichtshof ein, die aber allesamt negativ beantwortet wurden. Speziell auf der politischen Ebene kam es im Umfeld der Gemeindestrukturreform der selbst ernannten „Reformpartnerschaft“ zu starken Umwälzungen in den Wahlergebnissen, die sich bereits bei der Nationalratswahl 2013 äußerten, als die FPÖ knapp den ersten Platz in der Steiermark erreichte. Das steirische Teilergebnis stellt den Ausgangspunkt der Arbeit dar und leitet auf die beiden regionalen Wahlen 2015 über, die Gemeinderatswahlen und Landtagswahlen in der Steiermark, die noch viel unmittelbarer von den Gemeindefusionen und anderen ebenso unpopulären Maßnahmen unter dem Stichwort Reform (wie Spitalsreform, Bezirksreform und Bezirksgerichtsschließungen) geprägt waren.

Kaum eine Wahl auf subnationaler Ebene hat in der Zweiten Republik derart polarisiert und das bundesweite Interesse auf sich gezogen, wie die Landtagswahl 2015 in der Steiermark. Konnte man bei den kurz zuvor abgehaltenen Gemeinderatswahlen das Ausmaß der Proteste an den Wahlurnen nur teilweise erahnen, schienen speziell die Ergebnisse der Landtagswahl wiederum aufzuzeigen, dass vermeintlicher Reformeifer nur bedingt honoriert wird. Die Kernfrage, die es zu beantworten gilt, ist, ob und wie die SPÖ-ÖVP-Landesregierung von den Wählern abgestraft wurde. Im Umfeld der entsprechenden Wahlen wurde von politischen Kommentatoren sehr vorschnell und sehr undifferenziert ein recht eindimensionales Erklärungsmuster für die starken Verluste angeführt, welches sich mit der Hauptursache Gemeindestrukturreform begnügte. Diese Erklärung erweist sich meiner Meinung nach als inkonsistent für die landesweiten Ergebnisse. Vor allem sollten eindimensionale Erklärungsmuster - wie: „Schuld sind die Fusionen“ - für derart komplexe Phänomene, wie es das individuelle Wahlverhalten nun einmal darstellt, vermieden werden. Die genaue Aufschlüsselung, was sich bei diesen Wahlen unter drastisch veränderten Rahmenbedingungen tatsächlich verändert, ist das Hauptziel dieser Arbeit.

Die Problematik dabei ist, dass die Bevölkerung auf der einen Seite in vielen Politikbereichen Reformen erwartet, weil sich das bestehende System nur mehr als bedingt zeitgemäß erweist, auf der anderen Seite aber große Veränderungen ebenso geringschätzt und als Konsequenz bei Wahlen wenig honoriert werden. Das Floriani-Prinzip wird durch etwas verhältnismäßig Banales wie eine Gemeindezusammenlegung auf die Spitze getrieben: Sparen ja, aber nicht bei mir. Ein Beispiel dafür lieferten diverse BürgermeisterInnen, die um ihren Job fürchteten. 2013 stellten sich zahlreiche BürgermeisterInnen der SPÖ und ÖVP offen gegen ihre Landesregierung, als sie unter dem Namen „Gemeindeinitiative“ zum Boykott der Wahl aufriefen. Ein sehr wichtiger Baustein ist aber auch die Spitalsreform, die als mehr als nur ein Nebenaspekt in der Kritik der Gegner erwies. Wahlentscheidungen werden aber von einer Vielzahl an Determinanten geleitet und die Reformen - als ein wichtiger Entscheidungsfaktor - sollten nicht auf die Fusionen reduziert werden. Die Einschnitte im Sozialbereich wurden in den steirischen Diskussionen viel stärker beanstandet als dies in den Medien bundesweit kolportiert wurde. Dies betraf speziell den Regress für Angehörige im Pflegebereich. Auch die Spitalsreform kann als Paradebeispiel dafür dienen, wie in der Bevölkerung Ängste um die Versorgungssicherheit - und dies besonders im ländlichen Raum - zu wenig entkräftet wurden beziehungsweise ernst genommen wurden. Dem oft geäußerten und recht plakativen Vorwurf des „Drüberfahrens“ konnte die Koalition selten argumentativ entgegenhalten.

Die dahinterliegende Frage nach der Reformresistenz und Reformunwilligkeit der Bevölkerung ist eine von größter politischer Relevanz. Deshalb sollte untersucht werden, inwiefern aus den Ergebnissen auch auf andere Maßnahmen übergeleitet werden kann. Immerhin waren ja nicht nur die Gemeindezusammenlegungen laut Umfragen der Mehrheit gar kein Dorn im Auge, allerdings die sozialen Kürzungen mehrheitlich abgelehnt. Es gibt einen im Endeffekt relativ einfachen Grund, warum mir dieses Thema am Herzen liegt, der in gewisser Weise Spiegelbild der politischen Kultur unserer Republik sein könnte. Die Frage ist, inwieweit Reformen von der Bevölkerung honoriert werden. Zu oft werden Reformdiskurse nur in Verbindung mit - angeblich notwendigen - Kürzungen transportiert. Problematisch ist dabei die ambivalente Haltung in breiten Teilen der Bevölkerung, die sich speziell an Wahltagen äußert. Einerseits werden Reformen von breiten Teilen der Bürger - in manchen Bereichen wie Bildung oder Pensionen nahezu in Permanenz - eingefordert und prinzipiell gutheißen, solange die Inhalte nur diffus genug bleiben. Andererseits werden viele Reformen im Endeffekt abgelehnt, sobald sie sich in konkreten Policies manifestieren würden. Dieser gordische Knoten erweist sich meiner Einschätzung gerade in Krisenzeiten als sehr hemmend.

Insgesamt sollen die Wechselwirkungen zwischen Protest und Partizipation in dem skizzierten Spannungsfeld dargestellt werden. Als theoretische Basis sollen Reformtheorie und der

Vetospieler-Ansatz angewandt werden. Im Falle der BürgermeisterInnen kann von einem Top-Down-Protest gesprochen werden, da sie im politischen Aufbau Österreichs durch ihre große Machtfülle lokal eine wesentliche Rolle einnehmen. Theorie zu Reformen greifen verschiedenste Themen, wobei die Macht von Interessensgruppen ein relevanter Aspekt ist, wenn es um die Verteilung von Verlusten geht. Wie die Theorie für große Reformen vorhersagt, wurde der Wählerstimmenmarkt bei den analysierten Wahlen in der Steiermark tatsächlich stark erschüttert.

1.2 Forschungsfragen

In den folgenden Ausführungen wird versucht, Antworten auf die folgenden Fragen für dieses Thema zu liefern.

F1: Wie haben sich die Gemeindefusionen auf die Wahlergebnisse (Nationalratswahl 2013, Gemeinderatswahlen 2015 und Landtagswahl 2015) in den steirischen Gemeinden ohne Graz ausgewirkt?

F2: Haben die Reformpartner - bestehend aus SPÖ und ÖVP - tatsächlich ungleich stärkere Verluste in zusammengelegten Gemeinden hinnehmen müssen, insbesondere in jenen, die sogar Verfahren des Verfassungsgerichtshofes angestrengt haben?

F3: Wer profitierte bei diesen Wahlen von der Proteststimmung?

1.3 Methodik und Aufbau der Arbeit

Diese Arbeit wird sich nicht einer Methode exklusiv, sondern verschiedene Ansätze vereinen. Auch wenn die Ausführungen für den Betrachter möglicherweise einen quantitativen Überhang aufweisen, sei an dieser Stelle gesagt, dass ohne in die Tiefe gehende qualitative Analysen die empirischen Teile nicht übermäßig aussagekräftig sein würden. Das Fundament bilden gewisse offene Fragen, die im Prinzip durch entsprechende - verkürzt argumentierende - Medienberichte aufgeworfen wurden und hier zu widerlegen oder auch zu bestätigen sein werden. Die qualitative Inhalts- und Diskursanalyse umfasst zu einem großen Teil die Dekonstruktion von Argumentationsmustern in medialen Darstellungen und Aussagen u.Ä. von politischen AkteurInnen. Aber auch im quantitativen Teil können qualitativen Fragestellungen nicht außen vorgelassen werden. Aus den daraus abgeleiteten Thesen wird ein großer Block

die empirische Analyse dreier Wahlen umfassen. Den Einstieg für die jeweiligen Wahlgänge werden stets die quantitativen Datenanalysen und deskriptive Statistiken bieten. Damit sollen die Veränderungen, die sich direkt oder indirekt aus den Fusionen ergeben haben, detailliert dargestellt haben. Diese erste Näherung an die konkreten Ergebnisse ist im Wesentlichen die Beantwortung der Frage wie das Ergebnis ist. Interessanter ist aber das Warum. Dafür werden verschiedene statistische Methoden angewandt, um vor allem auch die reine Veränderung durch diese Zäsur der Gemeindefusionsreform erfassen zu können. In der Regressionsanalyse wird vorrangig eine Methode zum Tragen kommen, der Difference-in-Difference-Ansatz. Bei diesem soll versucht werden, den Effekt der Fusionen auf die Wahlergebnisse zwischen den Gruppen der fusionierten und der nicht-fusionierten Gemeinden trennen, auch als Versuchs- und Kontrollgruppe zu bezeichnen. Damit sollte sich der kausale Effekt ergeben, der dem Treatment „Zusammenlegung“ geschuldet ist.

Der Aufbau der Arbeit wird folgendermaßen sein. Im Kapitel 2 wird der theoretische Rahmen, auf dem die gesamten Untersuchungen basieren, dargelegt. In den Kapiteln 3, 4 und 5 wird der Untersuchungsgegenstand Gemeindefusionen und die Politik der Steiermark historisch aufgerollt, theoretisch diskutiert und bisherige empirische Forschung diskutiert. Mit dem Kapitel 6 wird auf den empirischen Teil übergeleitet. In diesem Abschnitt werden die Datengrundlage und das empirische Modell im Detail ausgeführt. Den Einstieg in die Analysen bietet dann das Kapitel 7, in dem die Nationalratswahl 2013 mit Blick auf die Steiermark - am Vorabend der Fusionswelle - behandelt wird. Danach folgt der eigentliche zentrale Teil dieser Arbeit. Kapitel 8 analysiert die steirischen Gemeinderatswahlen und Kapitel 9 die steirischen Landtagswahlen 2015. Das abschließende Kapitel 10 bietet dann einen zusammenfassenden Überblick über die wesentlichen Erkenntnisse der Arbeit und schließt mit einer Conclusio sowie eventuell noch offen gebliebenen Fragen.

2 Theorie

2.1 Theorie der Reformen

„Liegen Reformstau und Blockaden in sich gegenseitig paralyisierenden politischen Mehrheiten begründet oder lassen sie sich als systemische Politblockaden verstehen, die in den Strukturen und Institutionen des politischen Systems selbst angelegt sind? Oder ist es ‚nur‘ der Demos, der Wahlbürger, der aus wohlwogener, rationalen Gründen die Entscheidungsträger mit konkurrierenden Mehrheiten mandatiert und damit selbst den Status quo festschreibt und eingreifende Reformen zu verhindern sucht?“¹

Reformen sind in Demokratien nicht selbstverständlich. Immerhin existieren zahlreiche institutionelle, systemische und politisch-gesellschaftliche Barrieren, die zu einer Verschleppung oder Verhinderung führen können. Eine grundsätzliche Definition von Reformen könnte wie folgt ausfallen. „Reformen sind gezielte, auf längere Fristen angelegte Abweichungen der Politik (im Sinne von Policy) vom Status quo eines Bestandes oder einer Veränderungsrichtung.“² Reformen können anhand ihrer Intensität abgestuft werden. In der Theorie werden Reformen erster, zweiter und dritter Ordnung unterschieden. Reformen erster Ordnung sind im diesem Verständnis laufende Anpassungen „gegebener Politikinstrumente an gegebene Ziele“. Reformen zweiter Ordnung sind der nächsthöhere Veränderungsgrad, sie stellen Ergänzungen und Ersatz von Policies dar, „ohne die Ziele und die zugrunde liegende Philosophie der Politiksteuerung zu ändern“. Reformen dritter Ordnung sind schließlich wirklich tiefgreifende Eingriffe in die Strukturen, Ziele, Instrumente „und der zugrunde liegenden ‚Philosophie‘“.³

2.1.1 Zehn Befunde zu Reformen in Demokratien

Manfred G. Schmidt (2005) nennt zehn Befunde, die Reformen in Demokratien kennzeichnen. Erster Befund: „Das beständige, rastlose Streben nach Reformen ist ein Markenzeichen der Demokratie.“ Die Demokratie ist - wie jede andere Herrschaftsform - auf Machtgewinn und Machterhalt ausgerichtet, aber unterscheidet sich von den anderen Herrschaftsformen durch den Drang nach beständiger Veränderung. Diese Dynamik hat zahlreiche Ursprünge. Drei wettbewerbsorientierte Quellen sind besonders bedeutend. Erstens, es findet ein offener Wettbewerb statt, in dem es die Gunst der WählerInnen zu gewinnen gilt. Zweitens, fast die gesamte Bevölkerung verfügt politische Teilhabe am politischen Prozess. Und drittens,

¹ Vorländer 2005, S.7.

² Schmidt 2005, S.45.

³ Schmidt 2005, S.45.

der Zeitakt der Demokratie ist durch die Kürze ein eigentümlicher, wodurch auch kurzfristig Herzeigbares im Interesse der PolitikerInnen sein muss.⁴

Der zweite Befund: „Das Streben nach Reformen kennzeichnet alle Demokratien, doch ihm ist keineswegs immer Erfolg beschieden. Reformen erster und zweiter Ordnung kommen vergleichsweise häufig vor, seltener sind Reformen dritter Ordnung.“ Reformen sind per se noch keine Erfolgsgarantie. Deshalb werden auch hauptsächlich Reformen erster Ordnung angegangen und teilweise auch zweiter Ordnung. Reformen dritter Ordnung sind aber selten. Dies muss aber kein Problem darstellen, sondern kann Indikator für die Stabilität und Qualität des bestehenden Systems sein. Sie sind aber auch deswegen rar, da viele Hürden zu überspringen sind und das Risiko für Wahlen erhöht wird. Sichtbare Einschnitte erzeugen sichtbare Gewinner-Verlierer-Konstellationen und erschüttern somit den Wählerstimmenmarkt. Im Endeffekt ist das Risiko für den politischen Urheber groß, werden doch Kosten oftmals früher schlagend als der Nutzen.⁵

„Die Reformen dritter Ordnung sind unter anderem selten, weil in ihrem Fall viele Hürden der Willensbildung zu übersteigen sind und/oder die Zustimmung von Vetospielern gewonnen werden muss. Beides erhöht die Entscheidungskosten.“⁶

Der dritte Befund: „Die Demokratien haben reformträgere und reformaktivere Länder in ihren Reihen. Allerdings variiert die Rangfolge je nach Politikfeld und Messlatte.“ Wirklich einschneidende Reformen der politischen Institutionen sind eher selten gesät, in den meisten Demokratien sind moderate Anpassungen üblicher.⁷ Dies schließt an den zweiten Befund an.

Der vierte Befund: „Es gibt viele Wege zur Reform, aber nur wenige führen bei gutem und schlechtem Wetter dorthin. Einer dieser Wege basiert auf einer überdimensionierten Koalition.“ Große Koalitionen sind für große Reformen förderlicher. Nicht überraschend ist, dass Reformen dritter Ordnung eher bei Kriegs- und Wiederaufbaukoalitionen sowie prinzipiell auch als „groß“ einzuordnenden Koalitionen eher umgesetzt werden.⁸ Der Rückhalt für Reformen ist für die PolitikerInnen entscheidend, ein breit geformtes Bündnis ist dabei hilfreich. In der Theorie wird die Frage gestellt, wann übergroße Koalitionen von den beteiligten Parteien nicht als Nicht-Nullsummenspiel wahrgenommen werden. Als Beispiel wurde Österreich unter anderem in der langen Phase des Proporz 1945 bis 1966 angeführt. An und für sich wird die Vorherrschaft großer Koalitionen als bloßes Übergangsphänomen

⁴ Vgl. Schmidt 2005, S.46-47.

⁵ Vgl. Schmidt 2005, S.48-49.

⁶ Schmidt 2005, S.49.

⁷ Vgl. Schmidt 2005, S.51.

⁸ Vgl. Schmidt 2005, S.52.

kategorisiert, da sich minimum winning coalitions als bessere Variante durchsetzen.⁹ Das Erreichen von Zwei-Drittel-Mehrheiten für Gesetze im Verfassungsrang ist nach wie vor ein schwieriges Unterfangen. Insgesamt sind übergroße Koalitionen in vierfacher Hinsicht sinnvoll oder begründbar. Erstens ist ein gewisser Legitimationsvorsprung hilfreich, wenn schwierige Unterfangen umgesetzt werden sollen. Zweitens, garantiert eher eine größere Koalition die Stabilität der Regierung. Drittens, zwingt diese Stärke die Opposition möglicherweise stärker zur Orientierung am Medianwähler. Und viertens können in bikameralen Systemen ohnehin Supermajoritätserfordernisse bestehen, die quasi einen Zwang zur Breite hervorrufen.¹⁰

Der fünfte Befund: „Ein zweiter relativ wetterfester Pfad führt zu politischen Reformen. Er gründet auf dem Gelände einer Mehrheitsdemokratie und erfordert günstige Startchancen, Rahmenbedingungen und Gelegenheiten im politischen Prozess.“ Förderliche Umstände für Reformen sind eine weit verbreitete Krisenstimmung und ein Einsehen für die Notwendigkeit von Reformen in der Bevölkerung, ein ausdrückliches Reformmandat und ein Honeymoon-Effekt, also Reformen gleich nach einem Regierungswechsel, um die Schuld bei den Vorgängern abladen zu können. Darüber hinaus sind eine schwache Opposition und eine politisch-ideologische Homogenität der Regierungspartei(en) nicht abträglich.¹¹

Der sechste Befund: „Komplizierter sind die Wege zur Reformpolitik der dritten Ordnung in der Verhandlungsdemokratie oder in teils majoritären, teils nichtmajoritären Demokratien.“ Besondere Rücksicht muss in politischen Reformprozessen auf etwaige Vetospieler oder Mitregenten gelegt werden. Deren Dichte ist niedrig - und somit Reformen förderlich -, wenn (1) eine ehrgeizige Reformpartei eine dominante Stellung im politischen System einnimmt und zudem die Opposition gespalten ist; (2) eine solche Partei großen Vorsprung (eine große Mehrheit) gegenüber der Opposition innehat und sich somit auf eine „Konsensreserve“ für den Fall der Fälle verlassen kann; (3) der Staat als Einheitsstaat und nicht als Bundesstaat organisiert und auch das Parteiensystem überschaubar ist; und (4) auch wenig politische Erblast besteht, sowohl hinsichtlich der Finanzen als auch der politischen Inhalte selbst.¹²

Der siebte Befund: „Die Begrenzungen der Reformfähigkeit (insbesondere in Ländern mit verhandlungsdemokratischen Strukturen) verlaufen spiegelbildlich zu den reformbegünstigenden Bedingungen des sechsten Befundes.“ Bei den Barrieren für eine reformorientierte Politik sind primär sechs Quellen zu nennen. Erstens, eine Koalitionsregierung ist tendenziell reformträger als Alleinregierungen. Zweitens, eine schwache oder fehlende Konsensreserve unter den

⁹ Vgl. Lehmbruch 1998, S.40.

¹⁰ Vgl. Czada 2003, S.197.

¹¹ Vgl. Schmidt 2005, S.53-54.

¹² Vgl. Schmidt 2005, S.54-55.

Parteien wirkt ebenfalls erschwerend. Drittens, die Existenz zahlreicher Vetospieler und Mitregenten ist hinderlich für Reformen. Viertens, eine große Distanz zwischen Vetospielern und Mitregenten stellt eine wesentliche Barriere dar. Fünftens, eine schwache Position des Staates gegenüber den Verbänden kann Blockaden fördern. Sechstens, das politische Erbe kann einen jahrelangen Ballast bilden. Als Paradebeispiele reformträger Staaten gelten aus eben diesen Gründen Deutschland, Frankreich und Österreich.¹³

Der achte Befund: „Die Politik in der Bundesrepublik Deutschland oszilliert zwischen Reformträgheit und beachtlicher Reformfähigkeit und laboriert an einem überdurchschnittlich großen Problemdruck.“ Die Frage, ob Deutschland als reformträge einzuordnen ist, scheint insgesamt zwar ungeklärt. Dieser Befund aus 2005 hat sich meiner Meinung nach in den Folgejahren tendenziell etwas in Richtung Reformfreudigkeit bewegt.¹⁴ Gleiches ließe sich wahrscheinlich für Österreich konstatieren, wobei die Trägheit noch virulenter zu sein scheint.

Der neunte Befund: „Die Folgen und Folgeprobleme von Reformen werden vielfach unterschätzt.“ Hierzu gibt es zwei diametral entgegengesetzte Meinungsströme. Die einen sehen das permanente Reformstreben als Motor für Innovation, der eine hohe Anpassungselastizität garantiert. Die anderen werten Reformen als zentralen Grund für eine Minderung der Planungssicherheit, die durch stärkere Unsicherheit und Ungewissheit ersetzt wird.¹⁵

Der zehnte Befund: „Die Fähigkeit der Demokratien zur Fehlerkorrektur lässt zu wünschen übrig.“ Die Theorie ist ambivalent hinsichtlich dieses Befundes. Eine negative Beurteilung erfolgt von Kritikern, die Demokratien wenig zutrauen, wenn die Volksherrschaft nicht per Verfassung gezügelt wird. Eine positive Einschätzung verkehrt diese Ansicht ins Gegenteil.¹⁶

2.1.2 Der demokratische Reformier

Reformen brauchen gewisse Rahmenbedingungen um schlagend zu werden und in weiterer Folge erfolgreich zu verlaufen. Interessant ist für Schwarz (2005), dass es die Figur des individuellen Reformers ist, der für da Gelingen unabdingbar ist. In der Politologie wird diesem Umstand - anders als in den Medien - wenig Beachtung geschenkt. In Zeiten bedeutender Reformen treffen zwei Aspekte zusammen: Zum einen Reformkonzepte und Reformstrategien und zum anderen individuelle Reformer, die Erfolg oder Misserfolg mitbeeinflussen.¹⁷

¹³ Vgl. Schmidt 2005, S.56.

¹⁴ Vgl. Schmidt 2005, S.57.

¹⁵ Vgl. Schmidt 2005, S.60.

¹⁶ Vgl. Schmidt 2005, S.61.

¹⁷ Vgl. Schwarz 2005, S.17-18.

Am Beispiel der deutschen Bahnreform zeigt er verschiedene Reformtypen auf. Erstens angesehen, reformfähige und politisch versierte Manager, zweitens politisch erfahrene Reform-Professoren, drittens Reform-Minister, viertens reformerische Beamte, fünftens reformwillige Abgeordnete in zentralen Positionen und sechstens ein Reformen aufgeschlossener Bundeskanzler. Neben dem Reformist ist aber auch die politische Großwetterlage sehr entscheidend. Diese und eine wirtschaftliche beziehungsweise budgetäre Krise gehören zu den wesentlichen Auslösern von Krisen.¹⁸

Fundamentalreformen können nicht ad hoc als solche erkannt werden, sondern erst in gewissen zeitlichen Abständen. Eine solche Epoche, die als Reform-Ära in die Geschichte eingeht, ist meist mit dem Namen eines zentralen Akteurs - speziell eines Regierungschefs - verbunden. Bei den wagemutigen Reformern gibt es zwei Typen, den schonungslosen Reformist und den opportunistischen Reformist. Ersterem lässt sich der unbedingte Wille zur Veränderung des Status Quo und eine Vision einer teilweise neuen Ordnung attestieren. Schonungslose Reformisten sind fast nur in Krisenzeiten gefragt beziehungsweise haben nur da die Chance an die Spitze zu gelangen. Wenn es einen Kurswechsel geben muss, können sie für diesen dann glaubhaft eintreten.¹⁹ Sie kommen meist aus Minderheitspositionen, deshalb neigen sie zur Polarisierung und verknüpfen dogmatische Inhalte mit einer pragmatischen Note. Diese große Polarisierung kann erfolgreich sein, sie ist aber mit einem hohen Risiko verbunden und kann genauso gut scheitern. Als zweiter Typ lässt sich der opportunistische Reformist charakterisieren. Diese Art von PolitikerInnen beschreiten den Reformpfad, weil sie müssen. In einer anderen Situation würden sie Reformen vielleicht nicht angehen. Dieser Typ sollte nicht unterschätzt werden, auch wenn ihnen Reformen nicht direkt am Herzen liegen, können sie ob ihres großen Charismas für das Gelingen der Vorhaben unabdingbar sein.²⁰

Politische Akteure riskieren Reformen nur, wenn sie sich gewissermaßen in einer Verliererposition befinden, da der Status quo als inakzeptabel angesehen wird. EntscheidungsträgerInnen suchen das Risiko tendenziell, wenn sie sich in einer Verliererposition sehen und weniger, wenn sie sich momentan auf der Siegerseite vermuten oder tatsächlich stehen.²¹ Gleiches kann auf die WählerInnen umgelegt werden. Wenn sich die WählerInnen als VerliererInnen einschätzen, sind die Reformen relativ einfach umgesetzt werden. Auf der anderen Seite stehen die WählerInnen Reformen skeptisch oder ablehnend gegenüber, sobald sie sich in einer Gewinnerposition sehen.²² Im Vorfeld von Reformen muss dazu externe Nachfrage von den

¹⁸ Vgl. Schwarz 2005, S.23-25.

¹⁹ Vgl. Schwarz 2005, S.29-32.

²⁰ Vgl. Schwarz 2005, S.34-36/41.

²¹ Vgl. Vis und Van Kersbergen 2007, S.168.

²² Vgl. Vis und Van Kersbergen 2007, S.168.

PolitikerInnen quasi kreiert und aufrechterhalten werden. Dann kann gleichzeitig die Macht in der internen Arena mobilisiert werden. Mobilisierung von außerhalb ist aber keine Garantie für die Annahme radikaler Reformen.²³ Der Nutzen wird gegen die Verluste aufgewogen, das Risiko einer Ablehnung ist groß. Bei mehreren Stakeholdern stellt sich dann halt die Frage, ob die Interessen derer, die ausgeschlossen werden oder „zahlen“ sollen, nicht die interne Arena blockieren.²⁴

„Reformen in Demokratien sind komplizierte Prozesse, aber sie werden gemacht - initiiert, legitimiert, durchgesetzt, implementiert oder in den Sand gesetzt von Reformern.“²⁵

Zusammenfassend lassen sich einige Punkte herausstreichen. Reformen sind in Zeiten umfassender staatlicher Leistungen tendenziell eher mit Einschnitten in den Ausgaben verbunden, weshalb es nicht unrealistisch ist, dass Reformregierungen bei Wahlen mit einem Regierungsmalus statt eines Bonus zu rechnen haben. Große Koalitionen verschaffen da nur bedingt Abhilfe, da der Vorteil eines breiten Konsenses durch eine umfassende Klientelpolitik möglicherweise gestört wird und läuft folglich dem Reformgedanken zuwider.²⁶

„Reformbewegungen und Reformer sind durch Ambivalenz gekennzeichnet. Sie entstehen in Krisen und wollen der Krise begegnen. Das mag gelingen, genauso gut können die Reformer aber an der Trägheit ihrer Gesellschaften scheitern.“²⁷

2.1.3 Blockade von Reformen

Wie wir im nächsten Kapitel noch deutlicher sehen werden, sind Reformen in den seltensten Fällen problemlos umsetzbar. Eine wesentliche Frage ist, warum Gesellschaften daran scheitern, die bestmögliche Technologie - selbiges gilt für Institutionen - anzuwenden. Eine mögliche Antwort könnte das „Interesse“ von einflussreichen Interessensorganisationen sein, Neuerungen zu verhindern, damit ihre ökonomischen Renten gesichert bleiben. Allerdings gibt es historisch relativ wenig Evidenz, dass ökonomische Verlierer die großen Verhinderer des technologischen Fortschritts gewesen wären.²⁸ Acemoglu/Robinson (2000) propagieren stattdessen eine Hypothese, nach der die politischen Verlierer des Fortschritts die Blockade

²³ Vgl. Meyer 2012, S.218-219.

²⁴ Vgl. Meyer 2012, S.219.

²⁵ Schwarz 2005, S.44.

²⁶ Vgl. Schwarz 2005, S.43-44.

²⁷ Schwarz 2005, S.43.

²⁸ Vgl. Acemoglu und Robinson 2000, S.126.

auslösen. Wesentlich daran ist, dass die ökonomischen Renten nicht zwingend verloren gehen, sondern nur ein politischer Machtverlust eintritt. Ökonomische Verlierer ohne politische Macht können technologischen Wandel nicht aufhalten, ohne Machtverlust haben sie dagegen keinen Anreiz zu blockieren.²⁹ Reformverweigerung kann kurz gesagt, damit begründet werden, dass Reformen nicht neutral sind. Die Kosten und Nutzen müssen innerhalb der Gesellschaft verteilt werden. Die Balance im Reformprozess ist entscheidend. Problematisch wird die „Umverteilung“, sobald die Gewinner des Status quo politisch einflussreich und die Verlierer dagegen politisch schwach sind. Dann ist es möglich, dass die intendierte - oder gar notwendige - Effizienzsteigerung durch Einflussnahme verhindert wird.³⁰ Große Reformen sind aber immer auch darauf angewiesen, dass sich alle Individuen entsprechend verhalten, risikoaverse Individuen stellen dann ein wesentliches Problem dar.³¹

Im Anschluss an Mayntz/Streeck (2003) nennt Vorländer fünf Beschränkungen von Reformen.³² Erstens sind Mischverfassungssysteme und Mehrebenensysteme stärker gefährdet sich in Polit- und Reformblockaden zu verlaufen. Dabei sind die Mischverfassungssysteme durch ihre starke Machtteilung einerseits und die starke Gewaltenverschränkung andererseits systematisch gefährdet. Die Mehrebenensysteme sind auf Grund komplexer Institutionen und politischer Allianzen gefährdet. Zweitens ist politische Macht durch die Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung im demokratischen Regierungsprozess eingeschränkt. Drittens kann eine frühzeitige Einbindung von VetospielerInnen zur Informalisierung von Entscheidungsprozessen beitragen. Diese VetospielerInnen können ihre Macht gezielt für Blockaden einsetzen. Viertens sind politische Handlungsspielräume durch eine Auslagerung von Problemen bestimmt und eingeschränkt. Am politischen Prozess nehmen eine Vielzahl an AkteurInnen teil. Und fünftens behindert eine verstärkte Medialisierung politische Entscheidungen, da Politik mehr und mehr medialen Darstellungszwängen unterliegt.³³

2.2 Vetospieler-Ansatz

Reformen sind in einen gewissen institutionellen Rahmen eingebettet. Sehr oft ist die Tatkraft von Individuen maßgeblich für das Gelingen. Diese ReformerInnen können aber auch in ihrem Tatendrang behindert werden, da es in vielen politischen Systemen - wie bereits im vorangegangenen Kapitel angedeutet - eine Reihe von VetospielerInnen gibt, die dem entgegen-

²⁹ Vgl. Acemoglu und Robinson 2000, S.126.

³⁰ Vgl. Fernandez und Rodrik 1991, S.1146.

³¹ Vgl. Fernandez und Rodrik 1991, S.1154.

³² Vgl. Vorländer 2005, S.8.

³³ Vgl. Vorländer 2005, S.8-10.

stehen.

„Ein Hauptgrund für eine geringe Reformtätigkeit sind Vetospieler im politischen System. Diese Akteure oder Institutionen, deren Zustimmung für einen Politikwandel notwendig sind, (...), können Reformen verhindern, verlangsamen oder in ihrem Umfang reduzieren.“³⁴

Die Fähigkeit zu politischem Wandel hängt von den institutionellen Rahmenbedingungen ab. VetospielerInnen definiert Tsebelis recht einfach: „A veto player is an individual or collective actor whose agreement (by majority rule for collective actors) is required for a change in policy.“³⁵ In der Tradition der amerikanischen Verfassung ließe sich von Checks und Balances sprechen. Als richtige VetospielerInnen sollten aber nur solche erachtet, die tatsächlich über formale Vetomacht verfügen. Aufschiebende Vetos - wie sie dem österreichischen Bundesrat beschieden sind - sind kein praktischer Machtfaktor.³⁶ Die politische Beständigkeit - oder Stagnation - steigt mit der Anzahl an VetospielerInnen, deren Inkongruenz sowie deren interner Kohäsion.³⁷ Tsebelis definiert diese Starrheit etwas unpassend als politische Stabilität: Diese stellt die Unmöglichkeit eines signifikanten Wandels des Status quo dar. Die Unbeweglichkeit folgt in vielen Fällen aus der Größe der Koalitionsregierung, wenn sich die Parteien ideologisch stark entgegenstehen.³⁸ Österreich wird damit in vielen Situationen recht solide beschrieben. In parlamentarischen Systemen sind zumindest die Regierungspartner Vetospieler, aber natürlich auch sämtliche Interessengruppen die mit den Parteien verbunden sind. Eine denkbare andere Quelle von Vetomacht ist die Verfassung selbst. In Österreich brauchen Gesetze im Verfassungsrang beispielsweise eine Zwei-Drittel-Mehrheit.

Das prinzipielle Argument der Vetospieler-Theorie ist abschließend, dass eine signifikante politische Reform von allen VetospielerInnen bestätigt werden muss und diese Akzeptanz schwerer zu erreichen ist, je größer Zahl an und die ideologische Distanz zwischen den VetospielerInnen ist.³⁹

2.2.1 Vetomacht und Vetostrategien

Vetos können ein unbestrittenes Problem werden, wenn sie zu Machtverschiebungen im System führen und damit die Legitimität in Frage gestellt wird oder wenn Reformen ungewollt

³⁴ Wagschal 2005, S.79.

³⁵ Tsebelis 1995, S.301.

³⁶ Vgl. Tsebelis 1995, S.305.

³⁷ Vgl. Tsebelis 1995, S.293.

³⁸ Vgl. Tsebelis 1999, S.591.

³⁹ Vgl. Tsebelis 1999, S.593.

blockiert werden, obgleich deren Notwendigkeit von allen anerkannt wird.⁴⁰ Die Macht eines Vetospielers ist wesentlich davon bestimmt, ob er direkt eingreifen oder verhindern kann. Unterschieden werden können auch interne von externen VetospielerInnen. Erstere verfolgen ihre eigenen Interessen, müssen aber für ein (bestimmtes) Ergebnis auch andere Partner berücksichtigen. Zweitere sind ausschließlich auf die Verwirklichung ihrer eigenen Interessen aus.⁴¹

Je besser die Kontrolle im Parlament funktioniert, desto eher wenden Regierungen Strategien an, die Blockaden wahrscheinlich machen beziehungsweise schlechte Ergebnisse erzeugen.⁴² Die Strategien von internen VetospielerInnen können als konstruktiv gelten, wenn sie erst eine Entscheidung ermöglichen, ein Ergebnis bewirken durch welches ein problematischer Zustand überwunden wird oder schlicht der Willensbildungsprozess geöffnet wird.⁴³ Die Strategien externer VetospielerInnen sind im parlamentarischen Prozess eine Gratwanderung. Zum einen wird das Legitimationsdefizit bei keinem Widerspruch toleriert, zum anderen wird die Effektivität von Verhandlungen bei einem Veto gemindert.⁴⁴ Ob ein Zwangsverhandlungssystem handlungsfähig ist, hängt auch wesentlich von der objektiven Interessenkonstellation ab. Rationale EgoistInnen können sich im Prinzip auf Kompromiss einigen, wenn Lösungen erreichbar sind, wo alle besser abschneiden als im Status quo. Wesentlich schwieriger werden die Verhandlungen, wenn Verzicht, Zuwächse oder unvermeidliche Verluste verteilt werden müssen.⁴⁵

2.2.2 (Sieben) Makrofaktoren für oder gegen Blockaden

Reformen hängen von der Reformbereitschaft vieler AkteurInnen ab, Wagschal (2005) listet sieben Faktoren auf, die für oder gegen eine Blockade der Reformvorhaben sprechen. Erstens, sozioökonomische Krisen sind in der Regel der Auslöser substantieller Reformen dritter Ordnung. Der Druck ist zu groß um noch eine andere Möglichkeit außer große Reformen zuzulassen. Eine beständige Entwicklung kann in diesem Sinne als reformblockierend gelten. Zweitens, Institutionen, Vetospieler und Interessengruppen - als Rent-Seeker - können als zentrale Faktoren der Verhinderung benannt werden. Drittens, sind die Qualitäten der Akteure - das Leadership - selbst entscheidend und nicht die Parteizugehörigkeit. Reformen

⁴⁰ Vgl. Benz 2003, S.210.

⁴¹ Vgl. Benz 2003, S.213-214.

⁴² Vgl. Benz 2003, S.217.

⁴³ Vgl. Benz 2003, S.218.

⁴⁴ Vgl. Benz 2003, S.225.

⁴⁵ Vgl. Scharpf 2009, S.28-29.

finden sich in sämtlichen politischen Gruppierungen. Viertens, die soziale und gesellschaftliche Komponente kann nicht außer Acht gelassen werden, große Umwälzungen in der Struktur der Bevölkerung zieht eine Reihe Folgewirkungen wie Reformen nach sich. Fünftens, Brüche sind in der gesellschaftlichen Entwicklung nur selten, sie erzeugen in ihrem Einschnitt aber auch selbst wieder Pfadabhängigkeiten, die eine Abweichung vom Status quo wiederum vorgibt. Sechstens, die Wahrscheinlichkeit von Reformen ist umso höher, je breiter die Koalition dazu gestreut wird. Die Koalition geht über die unmittelbare politische Ebene der Parteien hinaus und nimmt Medien, Think Tanks und andere Akteure mit, die diese Ideen mittragen und mitgestalten sollen. Und siebtens, durch die zunehmende internationale Verflechtung - ökonomisch wie politisch - sind internationale Entwicklungen nicht mehr vernachlässigbar.⁴⁶

2.3 Diskrepanz von Bundes-, Landes- und Kommunalebene

Zwischen den Wahlergebnissen auf den verschiedenen politischen Ebenen gibt es beträchtliche Divergenzen. Diese Diskrepanz kann auf zweierlei Ebenen diskutiert werden. Zum einen besteht eine Diskrepanz hinsichtlich der Wahlbeteiligung auf den verschiedenen Ebenen, zum anderen hinsichtlich der Wahlergebnisse der einzelnen Parteien. Die Abweichungen werden von manchen weniger auf ein differenziertes individuelles Wahlverhalten zurückgeführt. Unterschiedliche Wahlergebnisse sind stattdessen stärker Folge eines unterschiedlichen Grades politischer Mobilisierung und Partizipation auf den Ebenen.⁴⁷ Die Landespolitik wird bei Landtagswahlen nur unter spezifischen Umständen in den Vordergrund gedrängt. Erstens, wenn die Nationalratsmehrheiten stabil sind, bleibt mehr Raum für eine landespolitische Akzentuierung. Zweitens, wenn die Gestaltungsmöglichkeiten in den Kammern des Bundes nicht durch die Landtagswahlen beeinflusst werden. Drittens, wenn tiefgreifende Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen den Bundesparteien fehlen. Viertens, wenn zwischen einer Landesorganisation und der Bundesorganisation einer Partei sachliche oder personelle Differenzen schlagend werden. Selbiges gilt speziell gegenüber der Bundesregierung. Fünftens, wenn die Landesorganisation einer Partei bessere Werte hinsichtlich Sympathie und Kompetenz bei den WählerInnen erzielen kann als ihre Bundespartei. Sechstens, wenn die Koalitionen in Bund und Land unterschiedlich sind. Siebtens, wenn die Landtagswahl in größerem zeitlichen Abstand zur Nationalratswahl stattfindet.⁴⁸

Ein Mitgrund ist, dass das Parteiensystem auf Länderebene weniger pluralistisch als auf

⁴⁶ Vgl. Wagschal 2005, S.91-93.

⁴⁷ Vgl. Kevenhörster 1976, S.280.

⁴⁸ Vgl. Czerwick 1984, S.145-148.

Bundesebene ist. Durch die hohe Konzentration der Parteiensysteme haben sich in den meisten Bundesländern über lange Zeit de facto Zwei-Parteien-Systeme etabliert. Diese Tendenz wurde in den letzten Jahren großteils aufgebrochen. Die Parteiensysteme auf Länderebene gleichen sich mittlerweile mehr und mehr der Bundesebene an, wobei das Sechs-Parteien-Parlament dieser Legislaturperiode vorläufig als Ausnahme gesehen werden kann. Für die Konzentration auf Landesebene führt Dachs (1992) zwei Ursachen an. Zum einen sind moderat-maßvolle und pragmatisch angelegte Anpassungs- und Modernisierungsleistungen erfolgt, die von den WählerInnen gutgeheißen wurden, zum anderen wirken die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen und Strukturen in den Ländern ausgesprochen Status quo- und machterhaltend.⁴⁹ Als stabilisierende Effekte können folgende sechs Elemente angeführt werden: Die Pflicht zur Bildung von Proporzregierungen, die starke Stellung des Landeshauptmannes, die überschaubaren Politikareale auf Landesebene (quasi eine „Politik der kurzen Wege“), eine starke Depolitisierung und Personalisierung, eine durch Konzentration erzeugte Konsenspolitik und eine geringe wie komplizierte Kompetenzlage.⁵⁰

Die Pluralität ist auf Gemeindeebene im Allgemeinen noch weniger gegeben als auf Länderebene. Allerdings korreliert die Zahl der antretenden Parteien und Listen relativ stark mit der Gemeindegröße. Diese These wird im empirischen Teil auch nachgewiesen. Allerdings gibt es eine gegenläufige Entwicklung, zum einen trägt die Durchsetzung des nationalen Parteiensystems auf kommunaler Ebene zu gleichförmiger Wahrnehmung bei, zum anderen verringert dies die Fähigkeit lokaler Parteien spezifische kommunale Interessen aufzugreifen und umzusetzen.⁵¹ Daraus lassen sich zwei Folgerungen treffen, dass sich erstens nationale Trends und Konflikte mit der Größe der Autonomie weniger durchsetzen. Zweitens, je mehr das kommunale Parteiensystem dem der Bundes- und Landesebene entspricht, desto weniger Eigenständigkeit ist im kommunalen Wahlverhalten zu erwarten. Aus dieser Sicht sind keine eigenständigen Wahlprozesse zu erwarten. Viel eher entscheidend ist die örtliche Sozialstruktur, eine „ortsspezifische Milieupartei“ hat bei Gemeinderatswahlen größere Erfolgchancen als bei Bundeswahlen.⁵² Haben Ortsparteien keine unterschiedlichen Parteiimages zu jenen der Landes- und Bundesebene, so ist auch keine Eigenständigkeit zu erwarten. „Unterschiedliche Wahlergebnisse sind daher eine Folge unterschiedlicher Wahlbeteiligung und nicht unterschiedlichen Wahlverhaltens.“⁵³

⁴⁹ Vgl. Dachs 1992, S.618.

⁵⁰ Vgl. Dachs 1992, S.625-627.

⁵¹ Vgl. Kevenhörster 1983, S.160-161.

⁵² Vgl. Kevenhörster 1983, S.162.

⁵³ Kevenhörster 1983, S.166.

2.4 Das politische System auf Gemeindeebene

2.4.1 Kommunalpolitik

Die Kommunalpolitik ist wie jede andere Ebene des politischen Systems in einen größeren Rahmen integriert. Trotz der prinzipiellen Abhängigkeit von Bund, Land und Europäischer Union gibt es in der Kommunalpolitik die größten Potentiale aus diesen Strukturen zumindest teilweise auszuschöpfen. Die konkreten, alltäglichen Probleme der Politik auf kommunaler Ebene lassen eine andere Art von Politikstil, der durchaus abseits politischer Parteien stattfinden kann, zu. Der Erfolg von Bürger- und Namenslisten - speziell im Westen Österreichs - unterstreicht diese Aussage. Hämmerle (2000) sieht allerdings die vertikale und horizontale Verortung solcher Listen als schwierig an, da sie keiner Parteidoktrin gebunden sind.⁵⁴ „Die Basisorganisation gehört sowohl dem Sozialsystem Partei als auch dem Sozialsystem Gemeinde an.“⁵⁵ Zum einen bilden sie in der vertikalen Dimension eine Stufe der gesamten Parteiorganisation, zum anderen sind sie - horizontal gesehen - auch für eine Ebene des politischen Systems zuständig.⁵⁶ Nicht zufällig wird von einer „Janusköpfigkeit“ gesprochen.

„Das eine Gesicht des ‚Januskopf‘ blickt auf die Gegebenheiten der lokalen Politik und ist darauf aus, Probleme pragmatisch zu lösen. Das andere Gesicht hat die jeweilige Mutterpartei auf Landes- und Bundesebene im Auge und versucht, ihre Ideologie und Werte auf lokaler Ebene zu vermitteln.“⁵⁷

Die Kommunalpolitik in Österreich weist für Hämmerle drei wesentliche Charakteristika auf. Erstens, die Dominanz absoluter Mehrheitsverhältnisse. Zweitens waren die Gemeinden gewissermaßen die Avantgarde bei der Entwicklung des Parteiensystems bis Mitte der 1980er-Jahre, aber wurden drittens zur Nachhut bei dieser Entwicklung ab den späten 1980er-Jahren.⁵⁸ Die Dominanz absoluter Mehrheiten ist durch die kommunale Struktur Österreichs zu erklären: Österreich ist nach wie vor ein Land der Klein- und Kleinstgemeinden, in denen eine hohe soziale Homogenität vorherrscht. Weitere Phänomene auf kommunalpolitischer Ebene sind für österreichische Verhältnisse extreme Schwankungen in der Wahlbeteiligung, eine relativ hohe Schwankungsbreite zwischen den Wahlergebnissen der Parteien und eine starke Personalisierung über Namenslisten - bestärkt durch Bürgermeisterdirektwahlen.⁵⁹

⁵⁴ Vgl. Hämmerle 2000, S.101.

⁵⁵ Vgl. Koch 1994, S.49.

⁵⁶ Vgl. Hämmerle 2000, S.52.

⁵⁷ Klammer 2000, S.81.

⁵⁸ Vgl. Hämmerle 2000, S.107.

⁵⁹ Vgl. Hämmerle 2000, S.107-108.

Hämmerle untersucht die Einstellungsmuster von Lokalpolitikern in einigen ausgewählten Gemeinden.⁶⁰ Er testet, wie die Innensicht von kommunalpolitischen AkteurInnen hinsichtlich ihrer Tätigkeiten und ihren politischen Beziehungen aussieht. Die erste Frage bezieht sich auf die Art der Politik. Bundes- und Landespolitik wären von Parteipolitik, Kommunalpolitik hingegen von Sachpolitik dominiert. Knapp 85% der Befragten bejahen diese Aussage zumindest teilweise.⁶¹ Eine weitere Frage bezieht sich auf die Feststellung, dass Kommunalpolitik die „Schule der Demokratie“ sei. Fast 90% der Praktiker stimmen völlig oder eher zu.⁶² Danach wird hinterfragt, ob besonders in der Kommunalpolitik alle Beteiligten nach einvernehmlichen Lösungen und Kompromissen streben sollten. Fast zwei Drittel der Befragten stimmen dieser Aussage völlig zu, weitere 25% eher.⁶³ In der Kommunalpolitik werde das Gemeinsame eher über das Trennende gestellt als auf anderen politischen Ebenen, fragt Hämmerle. 50% stimmen dem eher zu, 35% stimmen sogar vollständig zu.⁶⁴ Bezugnehmend auf diese Frage wird weiters gefragt, ob die GemeindebürgerInnen die öffentliche Zurschaustellung von Konflikten und Meinungsverschiedenheiten honorieren würden. Je knapp 27% stimmen eher und eher nicht zu, 20% stimmen gar nicht zu und 18% stimmen komplett zu.⁶⁵ Diese Frage ist die einzige, die ein indifferentes Bild von den Meinungen und Einstellungen der KommunalpolitikerInnen aufweist.

Klammer (2000) führt eine empirische Untersuchung zu den Einstellungsmustern der lokalen politischen Eliten durch.⁶⁶ Im Zentrum der Untersuchung steht das Sozialprofil der lokalen Eliten. Im Allgemeinen stellen die Eliten keinen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung dar. Bei den Berufen besteht ein so bezeichnetes „Gesetz der wachsenden Diskrepanz“, wonach im Bürgermeisteramt die ehemalige Bedeutung der Landwirtschaft widergespiegelt wird.⁶⁷ In den Ortsparteien gibt es starke Abweichungen hinsichtlich der Berufsgruppen. In der ÖVP stellen die Bauern die stärkste Gruppe, auch Selbstständige sind überproportional vertreten.⁶⁸ In der SPÖ sind überproportional viele BeamtInnen, Angestellte und ArbeiterInnen vorzufinden. Bei der FPÖ sind die Anteile der Berufsgruppen relativ ausgeglichen. Bei den Grünen sind LehrerInnen, Hausfrauen und StudentInnen überproportional vertreten. Bei Namenslisten fällt die recht ähnliche Sozialstruktur wie bei der Volkspartei auf. Darüber hinaus weisen solche Listen einen höheren Anteil von besser Ausgebildeten auf, de-

⁶⁰ Eisenstadt, St. Andrä im Lavanttal, Bad Vöslau, Feldkirchen, Vöcklabruck, Lustenau

⁶¹ Vgl. Hämmerle 2000, S.117.

⁶² Vgl. Hämmerle 2000, S.122.

⁶³ Vgl. Hämmerle 2000, S.130.

⁶⁴ Vgl. Hämmerle 2000, S.131.

⁶⁵ Vgl. Hämmerle 2000, S.132.

⁶⁶ 1300 BürgermeisterInnen antworteten (55%)

⁶⁷ Vgl. Klammer 2000, S.52.

⁶⁸ Vgl. Klammer 2000, S.90.

ren Repräsentanten qualifizieren sich stärker über das Sozialprestige.⁶⁹ Beim Alter und der Funktionsdauer zeigt sich, dass Ressortverantwortliche im Vergleich zu einfachen Gemeinderäten länger vertreten und älter sind. Erfahrung ist demnach ein wichtiger Faktor.⁷⁰ Auf der kommunalen Ebene dominiert seit Jahrzehnten die ÖVP, die SPÖ und FPÖ stellen anteilmäßig weit mehr GemeinderätInnen als BürgermeisterInnen. SPÖ und FPÖ stellen also auf kommunaler Ebene vorrangig die Opposition.⁷¹

Auch Wastl-Walter analysiert die lokalen Lebenswelten und politischen Verhältnisse in Österreichs Gemeinden (unter 5000 EinwohnerInnen⁷²). Sie gliedert die Gemeinden nach bestimmten Merkmalen in sieben Kategorien. Die Berufsstruktur weist ein zentral-peripheres Gefälle auf. In zentralen Gemeinden sind eher BeamtInnen und Angestellte Bürgermeister, in entlegenen Gemeinden eher Landwirte. Aber auch in agrarisch geprägten Gemeinden übersteigt die Bedeutung der Bauern im Gemeindevorstand ihren Bevölkerungsanteil deutlich.⁷³ Die Struktur und Größe der Gemeinde ist der wesentliche Grund für die Hegemonie einer Partei. Die ÖVP dominiert in agrarisch geprägten, entwicklungsschwachen ländlichen, Fremdenverkehrs- und Stadtumlandgemeinden deutlich, in den kleinen zentralen Orten dominiert dagegen die SPÖ, die ebenso in ländlichen Problemgemeinden recht stark vertreten ist.⁷⁴ Hinsichtlich einer „Versteinierung der Eliten“ konstatiert Wastl-Walter, dass Dorfkaiser nicht die überwiegende Mehrheit der BürgermeisterInnen stellen. 15% sind über 25 Jahre im Amt. Mehr als die Hälfte sind erst in ihrer ersten oder zweiten Funktionsperiode.⁷⁵

2.4.2 Kommunalpolitik zwischen Konsens und Konkurrenz

Kommunalpolitische AkteurInnen kennzeichnet ein gegensätzliches Politikverständnis - auch bewusst gegensätzlich zu den höheren politischen Ebenen - aus, das teilweise aus der Eigenständigkeit der Gemeinden und teilweise aus dem Selbstverständnis gespeist wird.⁷⁶ Probleme werden auf kommunalpolitischer Ebene nicht „politisch“ gelöst, die Problemlösungen werden als unpolitische, weil verwaltungstechnische Entscheidungen aufgefasst. In der Gemeindepolitik herrscht ein Ideal von Demokratie vor, wo der Konsens zentrales Entscheidungsmuster ist.

⁶⁹ Vgl. Klammer 2000, S.90/93.

⁷⁰ Vgl. Klammer 2000, S.56.

⁷¹ Vgl. Klammer 2000, S.58.

⁷² 1251 Antworten (58.6%), 8000 Mitglieder der Gemeindevorstände

⁷³ Vgl. Wastl-Walter 2000, S.161/163.

⁷⁴ Vgl. Wastl-Walter 2000, S.167.

⁷⁵ Vgl. Wastl-Walter 2000, S.173.

⁷⁶ Vgl. Hämmerle 2000, S.154.

Dadurch werden offene Konflikte verhindert und behindert.⁷⁷ „Für kommunalpolitisches Handeln scheint die Devise ‚soviel Konsens als möglich und nur soviel Konkurrenz als unbedingt notwendig‘ zu gelten.“⁷⁸

Diese Konsensorientierung steht einer Betonung ideologischer Differenzen diametral gegenüber. Weltanschauliche Unterschiede werden zwar als wichtig, für die praktische Arbeit aber als wenig relevant angesehen. Der Wettbewerb ist dadurch kein intensiver, das Miteinander überwiegt das Gegeneinander unter den Parteien deutlich. Allerdings sieht Hämmerle den geringen Parteienwettbewerb als Charakteristikum des gesamten politischen System Österreichs an und nicht nur der kommunalen Ebene.⁷⁹ Allerdings sollte folgendes bedacht werden: „Die Kommunalpolitik ist die Ebene der geringsten Institutionalisierung politischer Prozesse.“⁸⁰ Der These einer unpolitischen Kommunalpolitik kann Klammer dagegen nicht allzu viel abgewinnen, wenn sollte so argumentiert werden, dass eher rein pragmatische Lösungen angestrebt werden. Die Kommunalpolitik ist zudem stärker personen- als organisationszentriert, der Einfluss von BürgerInnen und Bewegungen ist zudem unmittelbarer.⁸¹ Das Proporzsystem auf Gemeindeebene sollte trotz aller kritischer Aspekte nicht als allzu problematisch aufgefasst werden. Immerhin sind die Gemeinden gewachsene, häufig soziostrukturell stabile Gebilde, wodurch Änderungen der Machtverhältnisse prinzipiell seltener vorkommen. Die proportionale Besetzung von Ämtern in den Kommunen ist damit ein Garant für die dauerhafte Integration von Minderheiten und deren Meinungen sowie der Kontrolle.⁸²

In der Kommunalpolitik sind informelle Strukturen sehr relevant. Die informellen Entscheidungsstrukturen sind auf kommunaler Ebene durch die zumeist geringe räumliche und soziale Distanz der Entscheidungsträger, den unmittelbaren Kontakt zwischen BürgerInnen und EntscheidungsträgerInnen sowie der hierarchischen Struktur der Entscheidungsprozesse determiniert.⁸³ Praktisch erfolgt die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung einem komplexen Prozess, in dem lokale Eliten wie auch örtliche Interessengruppen einbezogen werden. „Dafür, dass der Gemeinderat die Gemeindepolitik steuert bzw. effektiv kontrolliert, gibt es wenig ‚Anhaltspunkte‘.“⁸⁴ Ein tief verwurzelt Harmoniepostulat herrsche auf kommunalpolitischer Ebene vor, so Ueltzhöffer (1975). Die Betonung des Miteinanders verhindert

⁷⁷ Vgl. Hämmerle 2000, S.155.

⁷⁸ Hämmerle 2000, S.155.

⁷⁹ Vgl. Hämmerle 2000, S.155-156.

⁸⁰ Vgl. Pelinka 1984, S.261.

⁸¹ Vgl. Klammer 2000, S.45.

⁸² Vgl. Hämmerle 2000, S.159.

⁸³ Vgl. Hämmerle 2000, S.160.

⁸⁴ Vgl. Fallend, Mühlböck und Wolfgruber 2001, S.54.

dann abweichende Meinungen.⁸⁵ Sowohl das subjektive Politikverständnis der kommunalpolitischen AkteurInnen als auch die informellen und formellen Regeln und Rahmenbedingungen tragen dazu bei.

2.4.3 Die Rolle der BürgermeisterInnen

Die BürgermeisterInnen nehmen im System der Kommunalpolitik eine besondere Rolle ein. Denn die Rolle des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin besteht aus vielen Rollen: Gemeindeoberhaupt, Vorsitzender des Gemeinderates und Gemeindevorstandes, Träger der vom Bund und Land übertragenen Wirkungsbereiche, meistens auch erste Instanz im gemeindeeigenen Bereich, Vorgesetzter der Gemeindebediensteten, Verwaltungschef, Wirtschaftschef und oftmals auch örtlicher Parteivorsitzender.⁸⁶ Die BürgermeisterInnen stellen quasi einen Archetypus für Leadership dar und sind kraft ihres Amtes auf der untersten Ebene des staatlichen Aufbaus mächtige VetospielerInnen.

„Politologisch kann man den Bürgermeister als Staatsoberhaupt, Regierungschef, Parlamentspräsident, Verwaltungschef, Personalchef, Wirtschaftschef und Parteichef in einer Person deuten.“⁸⁷

Die BürgermeisterInnen werden in sechs von acht Bundesländern - Wien nimmt eine Sonderstellung ein - direkt vom Volk gewählt. Somit sind sie von den Parteien unabhängiger und werden dank ihres eigenen Charismas ins Amt gehievt. Anders ist die Situation in Niederösterreich und der Steiermark. Das Gemeindeoberhaupt wird vom Gemeinderat „aus der Mitte der Gemeinderäte“ gewählt. Durch die B-VG-Novelle BGBl. Nr. 504/1994 ist die Direktwahl der BürgermeisterInnen rechtlich möglich, wenn das Bundesland ein entsprechendes Gesetz beschließt. In Kärnten wurde 1991, im Burgenland 1992, in Tirol 1994, in Salzburg 1994, in Oberösterreich 1997 und in Vorarlberg 2000 ein entsprechendes Landesgesetz für die Direktwahl der BürgermeisterInnen beschlossen. In Niederösterreich ist die Direktwahl bisher noch nie ein relevantes Thema geworden, in der Steiermark stemmte sich in der Vergangenheit die SPÖ gegen ein entsprechendes Landesgesetz.⁸⁸

Die Gemeinden finden sich in den meisten Demokratien in einem ständigen Spannungsverhältnis zwischen lokalen und nationalen Bedürfnissen beziehungsweise Entscheidungen wieder. In

⁸⁵ Vgl. Ueltzhöffer 1975, S.120.

⁸⁶ Vgl. Welan 2000, S.7.

⁸⁷ Welan 2000, S.20.

⁸⁸ Vgl. Steininger 2004, S.246.

Österreich verkompliziert sich diese Problematik noch zusätzlich, da jedes Bundesland eigene Gemeinderechtsvorschriften aufweist.⁸⁹ Die Aufgaben sind sowohl vom rechtlichen als auch realpolitischen Standpunkt aus sehr vielfältig und umfangreich. Aus dieser Fülle von Aufgaben und Möglichkeiten entsteht eine „Funktionsbündelung“, die so zu verstehen ist, dass der Bürgermeister/die Bürgermeister „in allen Phasen des kommunalpolitischen Entscheidungsprozesses präsent ist, und zwar dominierend“.⁹⁰

Die Direktwahl der BürgermeisterInnen stellt für Welan ein duales Demokratiesystem dar. Es werden parlamentarisch-demokratische Elemente mit direktdemokratisch-monokratischen Elementen verbunden.⁹¹ Dies wird für jedermann an der Trennung in Gemeinderatswahlen und Bürgermeisterwahlen ersichtlich. Mit der Bürgermeisterdirektwahl wurde das Listenwahlrecht auf der untersten politischen Ebene um eine stärkere Komponente des Persönlichkeitswahlrechts erweitert. Hämmerle konstatiert aber, dass dieser Trend einem ambivalenten Verhältnis zu Parteien und repräsentativer Demokratie folgt. Fakt ist, dass Direktwahlen die Person unabhängiger von den Parteien machen und damit eine Machtverschiebung implizieren. Er gibt auch zu bedenken, dass die Rolle der BürgermeisterInnen in der Gemeindepolitik ohnehin schon eine sehr starke und mächtige ist. Die Direktwahlen steigern die Zentralität dieses Amtes im Endeffekt noch mehr.⁹² Allerdings wird damit auch die Gemeinderatswahl an sich gestärkt, da sie nicht mehr nur das Anhängsel der Bürgermeisterwahl darstellt. Somit kommt es zu einer gewissen Trennung von Parteiprogrammen und den Personen. Bei indirekten Bürgermeisterwahlen steht ja in Wahrheit die Person des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin zur Wahl. Die Konkurrenz zwischen den Parteien werde durch die Direktwahl unmittelbar verstärkt, aber auch die Personalisierung.⁹³ Die Breite der Aufgaben ist Chance und Hindernis zugleich. „Ein Bürgermeister kann oft mehr in der Gemeinde verändern als der Bundeskanzler auf Bundesebene.“⁹⁴ Durch die Direktwahlen wurde die Stellung und persönliche Macht dieser Funktion noch einmal bestärkt. Aber auch bei indirekten Wahlsystemen sind die Gemeinderatswahlen immer auch ein Votum über das Oberhaupt einer Gemeinde.

„Die Gemeinderatswahlen sind - (...) de facto - ‚Bürgermeisterwahlen‘. Die Personalisierung der Politik auf kommunaler Ebene hat in dieser Hinsicht einen besonders hohen Stellenwert.“⁹⁵

⁸⁹ Vgl. Wastl-Walter 2000, S.45.

⁹⁰ Vgl. Wehling 2010, S.24.

⁹¹ Vgl. Welan 2000, S.10.

⁹² Vgl. Hämmerle 2000, S.142.

⁹³ Vgl. Hämmerle 2000, S.143.

⁹⁴ Vgl. Welan 1998, S.31.

⁹⁵ Steininger 2004, S.270.

2.4.4 Gemeinderatswahlen als Nebenwahlen?

Sind Kommunalwahlen Nebenwahlen? Dazu sind drei Elemente wesentlich, ob die WählerInnen einer Wahl eine subjektiv geringere Bedeutung zuweisen, ob die WählerInnen dieser Wahl eine objektive Bedeutungslosigkeit für nationale Entscheidungsinstanzen zuweisen oder ob die Themen der Haupt- auf die Nebenwahl projiziert wird. Deshalb wäre für Nebenwahlen zu erwarten, dass eine niedrigere Wahlbeteiligung aus Desinteresse entsteht, dass größere Chancen für neue und kleine Parteien bestehen und kurzfristige Stimmungsschwankungen größeren Einfluss haben.⁹⁶ Gegen eine geringe Bedeutung der Gemeinderatswahlen sprechen einige Faktoren. In Österreich ist die Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen im Vergleich zu den anderen Ebenen teilweise sogar klar höher. Zudem ist Protest oft kommunal. Proteste finden eher beim Stadtrat als beim Bundesrat Gehör, konstatiert Gabriel (1983). Dieses Muster ist auch innerhalb der Parteien anzutreffen, der Protest konzentriert sich auf Orts- und Kreiseben. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass beispielsweise Volksbegehren auf Landes- größer als auf Gemeindeebene technisch schwieriger umzusetzen sind.⁹⁷

2.5 Hypothesen

H1a: Die Gemeindefusionen haben für die SPÖ und ÖVP insbesondere bei den Nationalrats- und Landtagswahlen zu starken Verlusten geführt.

H1b: Die Verluste bei den Gemeinderatswahlen fielen durch eine teilweise Entkoppelung von der Landesebene weniger drastisch aus.

H2: Bei der Nationalratswahl 2013 fuhren die beiden Regierungsparteien in Gemeinden mit starker Proteststimmung (Gemeindeinitiative und Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof) erhebliche Verluste ein, die sich auch bei den Wahlen 2015 fortsetzten.

H3a: Die FPÖ konnte die Verluste der Koalition zu großen Teilen in eigene Zugewinne umwandeln und zwar auf allen Ebenen.

H3b: Bei den Gemeinderatswahlen haben sonstige Listen in den Gemeinden den Protest kanalisieren können, andere Parteien wie die Grünen oder die KPÖ haben dagegen kaum profitieren können.

⁹⁶ Vgl. Ertl 1997, S.204.

⁹⁷ Vgl. Gabriel 1983, S.96-97.

3 Gemeindefusionen

Gemeindefusionen sind kein absolut neues Phänomen, wirklich breit diskutiert und angewandt wurden sie ab den 1950er-Jahren, die in Österreich in den großen Kommunalstrukturreformen Ende der 1960er beziehungsweise Anfang der 1970er-Jahre mündeten. Gebietsreformen wurden als notwendig erachtet, da die Gemeinden den Aufgaben des Sozialstaates zunehmend nicht mehr gewachsen waren. Zudem nahmen und nehmen die Verflechtungen auf vielen Ebene immer mehr zu, ebenso schritt und schreitet der technische Fortschritt stetig voran. Nach einer gewissen Reformmüdigkeit hinsichtlich territorialer Reformen erleben die Rufe nach Fusionen in den letzten Jahren eindeutig eine Renaissance.

Gebietsänderungen von Gemeinden lassen sich auf zwei Arten erwirken. Erstens, auf Basis übereinstimmender Gemeinderatsbeschlüsse - also „freiwillig“; und zweitens, gegen den Willen der entsprechenden Gemeinden durch entsprechende Landesbeschlüsse - also „zwangsweise“. Gebietsänderungen können aber vielerlei Dinge bedeuten: Vereinigung, Trennung, Aufteilung, Neubildung oder Grenzänderung. Dennoch sind vor allem Fusionen der primäre Adressat von Änderungen.⁹⁸ Grundsätzlich gibt es also zwei Möglichkeiten um Gemeindezusammenlegungen durchzuführen. Die erste Möglichkeit ist im Top-Down-Modus eine zwangsweise Fusion von mindestens zwei Gemeinden zu einer neuen. Die zweite Möglichkeit ist nach dem Bottom-Up-Verfahren, indem sich zwei oder mehr Gemeinden auf freiwilliger Basis zusammenfinden, um eine neue Gemeinde zu formieren.

3.1 Fusionswellen der Zweiten Republik

Die Strukturen der Gemeinden in Österreich reichen bis ins Habsburgische Kaiserreich zurück. Diese lange gefestigten Strukturen hatten im Großteil auch bis nach dem Zweiten Weltkrieg Bestand. Allerdings gab es in den ersten drei Jahrzehnten eine Reihe von Gemeindefusionen, die sich aber auf die südlichen und östlichen Bundesländer konzentrierte. Die westlichen Bundesländer haben sich dagegen in ihrer Zusammensetzung kaum verändert. Die Phase von 1961 bis 1973 brachte einen massiven und rasanten Umbruch der lange gefestigten Kommunalstrukturen mit sich. Von 3999 Gemeinden blieben am Ende dieser Ära 2327 übrig. Die Fusionen haben in dieser Phase vor allem in der Gemeindegrößenklasse unter 1000 EinwohnerInnen stattgefunden, Klein- und Kleinstgemeinden wurden in großer Zahl aufgelöst. Die Stoßrichtung war aber nicht in allen Bundesländern ident. In Niederösterreich und der Steier-

⁹⁸ Vgl. Raumplanung 1975, S.17.

mark tendierte man in Richtung einer Einwohnerzahl von 1001 bis 2000 EinwohnerInnen für die neue Gemeinde, in Kärnten hingegen in Richtung Gemeinde der Größenklassen 3001-5000 und 5001-10000.⁹⁹

Bundesland	im Jahr												
	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73
Burgenland												Z	
Kärnten			Z	Z								Z	Z
Niederösterreich					F	F	F	F	F	F	F	Z ¹⁾	F
Oberösterreich											Z		
Salzburg							Z						
Steiermark		F	F	F	F	F	F	Z ²⁾	Z ³⁾	F		Z	
Tirol													F
Vorarlberg													

Abbildung 1: Rechtsformen der Fusionierungen 1961-1973 in den Bundesländern¹⁰⁰

Das Österreichische Institut für Raumplanung hat 1975, nach Abschluss der großen Fusionswellen, eine umfassende Studie über die Veränderungen und Entwicklungen der Gemeinden durchgeführt. Mehrheitlich sind Fusionsgemeinden in reinen Agrargebieten beheimatet, zu 69%.¹⁰¹ Somit überrascht es nicht, dass zum Zeitpunkt der Untersuchung die Hälfte der Bevölkerung der Fusionsgemeinden in Agrargebieten lebte. Speziell im Burgenland und der Steiermark war die Situation eindeutig, da nahezu alle Fusionsgemeinden in Agrargebieten gelegen waren. In Niederösterreich ist der Anteil von Fusionsgemeinden in Industriegebieten und Mischgebieten agrarisch-gewerblich-industrieller Art überproportional hoch. In Kärnten waren Fusionsgemeinden auf alle Arten von Wirtschaftsräumen verteilt, vor allem aber auf Mischgebiete und den Kärntner Zentralraum.¹⁰² Bei der Orientierung an zentralen Orten lag rund ein Drittel in Fusionsgemeinden. Im Burgenland und Kärnten lag ihr Anteil bei je 50% an den Fusionsgemeinden, in Niederösterreich bei fast zwei Dritteln, nur in der Steiermark nur etwas über einem Viertel (28%).¹⁰³

⁹⁹ Vgl. Raumplanung 1975, S.5.

¹⁰⁰ Raumplanung 1975, Tabelle 8, S.19.

¹⁰¹ Vgl. Raumplanung 1975, S.33.

¹⁰² Vgl. Raumplanung 1975, S.34.

¹⁰³ Vgl. Raumplanung 1975, S.40.

3.1.1 Niederösterreich, Kärnten und Burgenland

Die Ausgangslage war in Niederösterreich am schwierigsten, neben den meisten Gemeinden pro Einwohner hatte das Bundesland auch die meisten Kleinstgemeinden. Die Notwendigkeit zu einer Strukturreform war in keinem anderen Bundesland derart groß wie im Land unter der Enns. Die Konzentration von Gemeinden wurde nicht zuletzt durch die schwierige wirtschaftliche Lage in den strukturschwachen Regionen angedacht. Gleiches kann auch auf das Burgenland und die Steiermark umgelegt werden.¹⁰⁴ Die erste Welle der Gemeindefusionen wurde als Erfolg gefeiert, da diese Zusammenlegungen von 1965 bis 1970 allesamt auf freiwilliger Basis zustande gekommen sind. 747 Gemeinden haben sich in diesen fünf Jahren zu 210 neuen Gemeinden zusammengeschlossen, wodurch die Gesamtzahl der Gemeinden in Niederösterreich von 1652 auf 1160 schrumpfte.¹⁰⁵

In weiterer Folge wurde mittels des Kommunalstrukturverbesserungsgesetz 1972 die Anzahl der Gemeinden aber auch über Zwang drastisch gesenkt. Vorher gab es noch immer sehr viele Klein- und Kleinstgemeinden, speziell im Wald- und Weinviertel. Ein Drittel dieser Gemeinden fusionierte - durch Anreize der Landesregierung motiviert - freiwillig. 125 Gemeinden wurden dann per Gesetz mit einer oder mehr Gemeinden zusammengelegt.¹⁰⁶ Im Nachhinein gab es dann auch entsprechend weniger BürgermeisterInnen. Die Fusionen ließen die kommunalen Eliten in vielen Kleingemeinden überflüssig oder zumindest weniger mächtig werden, da sie nun in einem größeren Verbund agieren mussten. Die Reaktionen reichten von Resignation bis zu Widerstand. Die BürgermeisterInnen der neuen Großgemeinden konnten sich dagegen über einen Machtzuwachs freuen. Der Widerstand äußerte sich beispielsweise in einem „Aktionskomitee der niederösterreichischen Bürgermeister“, das Bundeskanzler Kreisky ein Memorandum vorlegte, in dem die Fusionen abgelehnt wurden. Rund fünfzig Gemeinden reichten gar eine Beschwerde bei der Europäischen Menschenrechtskommission ein, die aber erfolglos blieb. Die Protestaktionen wurde von der FPÖ mit der Idee von Volksabstimmungen unterstützt, als Gegenleistung wurde vom Aktionskomitee eine Wahlempfehlung für die FPÖ bei der Landtagswahl 1974 - ohne Erfolg - ausgesprochen.¹⁰⁷ In weiterer Folge wurden die entsprechenden Gemeinden von der Landesregierung aufgelöst und Regierungskommissäre anstelle der Bürgermeister eingesetzt. Da die Bescheide aber nicht an die jeweiligen Bürgermeister zugestellt wurden, hatten diese eine Möglichkeit die Bescheide anzufechten. So mussten die Fusionen vom Verfassungsgerichtshof auf sachlicher Grundlage geprüft werden.

¹⁰⁴ Vgl. Klose 1984, S.39.

¹⁰⁵ Vgl. Schneider und Grabenhofer 1970, S.2.

¹⁰⁶ Vgl. Steininger 2004, S.254.

¹⁰⁷ Vgl. Böhm 1994, S.34.

Einige Gemeinden wurden in der Folge wieder getrennt.¹⁰⁸

Im Burgenland wurden 1971 zahlreiche Gemeinden zusammengelegt. Das Burgenländische Gemeindestrukturverbesserungsgesetz LGBL. 1970/44 in der Fassung LGBL. 1970/59 hatte zur Folge, dass fast sämtliche Kleingemeinden unter 1000 Einwohnern aufgelöst wurden. Die Verhandlungen waren zwar langwierig, aber letztlich doch erfolgreich. Erschwerend kamen die nationalen und konfessionellen Minderheiten hinzu, auf die besonders geachtet werden musste. Als vorteilhaft erwiesen sich dabei aber die Verwaltungsgemeinschaften, die seit der Monarchie bestanden und den Fusionen nicht abträglich waren.¹⁰⁹ Klose kategorisiert das burgenländische Vorgehen als traditionsorientierte kommunale Strukturreform.

In Kärnten war nicht die Auflösung der Kleingemeinden das intendierte Ziel, sondern die Schaffung von Großgemeinden. Die Zusammenlegungen wurden durch wissenschaftliche Gutachten vorbereitet und stärker als andernorts wurde eine weitreichende Kommunalreform angestrebt. Im Zentrum der Diskussion stand die Frage nach der Mindestausstattung einer jeden Gemeinde mit öffentlichen Leistungen. Dazu kam die Absicht, innerhalb der neuen Gemeinden einen zentralen Ort dafür zu schaffen.¹¹⁰ Die breit angelegten Fusionen von 1973 folgten einigen vorhergehenden, kleineren Fusionsrunden (1958 und 1963/1964).

3.1.2 Steiermark

In der Steiermark waren Zusammenlegungen lange Zeit ein heißes Eisen. Es wurden zwar immer wieder Gemeinden fusioniert, das Tempo und Ausmaß dieser Fusionen war allerdings nicht übermäßig hoch. 1932 gab es 1021 Gemeinden, 1947 1004, 1951 946 und 1958 war es immer noch 873 Gemeinden. Zwischen 1951 und 1958 wurden 88 Gemeinden fusioniert, wobei 18 freiwillig diesen Weg beschritten, aber die Mehrzahl von 70 per Verordnung zusammengelegt wurden. Dabei handelte es sich fast ausschließlich um Kleinstgemeinden unter 500 Einwohnern, teilweise auch Kleingemeinden von 500-1000 Einwohnern, die fusionierten.¹¹¹ Interessanterweise konstatierte Müller anno 1958, dass Fusionen in der Steiermark weniger an politischen Blockaden, sondern vor allem am Überschneiden von Jagd- und Fischereinteressen scheitern würden.¹¹²

¹⁰⁸ Vgl. Steininger 1986, S.150-151.

¹⁰⁹ Vgl. Klose 1984, S.32.

¹¹⁰ Vgl. Klose 1984, S.34.

¹¹¹ Vgl. Müller 1958, S.62-63.

¹¹² Vgl. Müller 1958, S.67.

„In der Steiermark gab es nur sehr wenige ‚freiwillige‘ Fusionen zwischen 1962 und 1967 (insgesamt 28). Erst die Gesetze über Gebietsänderungen brachten größere Veränderungen in der Struktur der Gemeinden. (...) In der Steiermark beträgt der Anteil der ‚freiwilligen‘ Fusionen nur etwa ein Drittel.“¹¹³

Klose (1984) sieht die erste Strukturreform in der Steiermark 1968/1969 als von Realismus dominiert an. In den Nachkriegsjahren gab es bereits eine Reihe von freiwilligen Fusionen, die Ende der 1960er von zwei Etappen von verordneten Zusammenlegungen und einer Neuordnung des Gemeinderechts komplettiert wurden.¹¹⁴ Konflikte sollten bei der Reform aber vermieden werden. Man orientierte sich bei Fusionen an den Pfarrgemeinden, wodurch manche Gemeinden bereits zuvor recht enge Kontakte hatten. Dennoch wurde großer Wert auf den Erhalt der Eigenständigkeit vieler Gemeinden - trotz enger Kooperation - gelegt.¹¹⁵ Letztlich äußerten viele KommunalpolitikerInnen Bedenken bezüglich weitergehender Zusammenlegungen, da die Kosten zu hoch und der Nutzen für viele Gemeinden zu gering seien.¹¹⁶

Die Strukturreformen der 1960er- und 1970er-Jahre folgten dem damaligen Zeitgeist, wo ökonomische Kriterien maßgeblich waren. Eine gesteigerte Leistungsfähigkeit - über bessere Dienstleistungen - sollte in weiterer Folge die lokale Autonomie und die demokratische Selbstverwaltung stärken.¹¹⁷ Gewachsene Strukturen wurden damit aber zerstört, informelle Dienstleistungen professionalisiert, bürokratisiert und damit massiv verteuert. Die oftmals eingeforderte Bürgernähe wird durch Gemeindezusammenlegungen zudem konterkariert.

„Dieser Zentralisierungs- und Konzentrationsprozess ging auf Kosten der lokalen Autonomie und war einer der massivsten Eingriffe des politisch-administrativen Systems in die lokale Lebenswelt der letzten Jahrzehnte.“¹¹⁸

3.2 Begründungen von Fusionen

Die Reformbemühungen auf kommunaler Ebene drehen sich vielfach um Fusionen. Es gibt viele Gegenargumente und Warnungen, die vorgebracht werden. Eine zentrale Warnung - vor der soziokulturellen Aushöhlung in eingemeindeten Kommunen - ist eher emotional denn

¹¹³ Raumplanung 1975, S.21.

¹¹⁴ Vgl. Klose 1984, S.42.

¹¹⁵ Vgl. Klose 1984, S.43.

¹¹⁶ Vgl. Klose 1984, S.43-44.

¹¹⁷ Vgl. Wastl-Walter 2000, S.81.

¹¹⁸ Wastl-Walter 2000, S.81.

rational begründet.¹¹⁹ Für die Durchführung von kommunalen Gebietsreformen gibt es zahlreiche Gründe. Dominierend sind allerdings wirtschaftliche Argumente, die für die Zusammenlegung von Gemeinden vorgebracht werden. Nichtsdestotrotz können auch andere Motive und Begründungen auftreten, die politischer, kultureller oder ideeller Natur sein können. Die faktische Dominanz ökonomischer Ziele ergibt sich als Ergebnis der Reformpraxis.¹²⁰ Die Hauptmotive sind laut dem ÖIR und Institut für Stadtforschung folgende drei Aspekte. Erstens, Klein- und Kleinstgemeinden stehen immer öfter vor Problemen um die Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben zu erfüllen. Zweitens, die Gemeinden haben durch den Finanzausgleich einen Anreiz mit mehr Einwohner höhere Ertragsanteile zu erlangen. Drittens, bei vielen Gemeinden wachsen die Siedlungsgebiete bereits zusammen.¹²¹

Prinzipiell haben kommunale Neuordnungen zahlreiche Auswirkungen. Die Vergrößerung einer Gemeinde erhöht zwar die finanziellen Möglichkeiten dieser, führt aber zu einer wachsenden Entfernung der Bürger von ihrer Gemeinde. Mit der Vergrößerung des Gemeindegebietes wächst aber auch die Zahl der Aufgaben und Verwaltung mit. Und schließlich geht demokratische Substanz verloren, da weit weniger Mandate zur Wahl stehen.¹²² Aussagen von Kommunalpolitikern verweisen zum Teil auch darauf, dass nicht nur finanzielle Motive ausschlaggebend sein müssen, sondern auch politische Motive, die bestimmte Konstellationen in den Gemeinderäten erzielten. Soziale Komponenten, die Einstellungen der Bevölkerung oder die demokratische Qualität blieben hingegen gänzlich unberücksichtigt.¹²³

3.2.1 Wirtschaftliche Faktoren und der Finanzausgleich

Ökonomische Faktoren sind eine zentrale Begründung für die Durchführung von Fusionen, wenn diese vom Land verordnet werden. Bei freiwilligen Fusionen ist der Blick auf die Regelungen des Finanzausgleichs zwar auch ein wichtiger, oftmals sind aber ideelle Motive stärker im Fokus.¹²⁴ Die Wirtschaftskraft größerer Gemeinden ist durch den überproportionalen Anstieg der Ertragsanteile aus dem Finanzausgleich absolut gesehen größer. Die Finanzausgleichsregelung wird zwar ständig kritisiert, aber auch nicht reformiert.

Die wirtschaftlichen Konsequenzen der Gemeindestrukturreform wurden auch mit den Studien aus der Schweiz, in der es regelmäßig Gebietsreformen gibt, argumentiert. Die Vorteile

¹¹⁹ Vgl. Zsilincsar 2011, S.82.

¹²⁰ Vgl. Keim 1977, S.245.

¹²¹ Vgl. Klose 1984, S.47.

¹²² Vgl. Holler und Naßmacher 1976, S.180.

¹²³ Vgl. Böhm 1994, S.92.

¹²⁴ Vgl. Klose 1984, S.45.

umfassen unter anderem folgende Aspekte: (1) Niedrigere Fixkosten pro Einwohner aufgrund von Skaleneffekten; (2) ein administrativer Surplus in puncto Qualität und Quantität der Leistungen; (3) bessere und tiefergehende Leistungsangebote der Kommunen; (4) eine bessere Auslastung der Kapazitäten; (5) eine großräumigere und damit bessere Raum- und Infrastrukturplanung; (6) Standortvorteile im Wettbewerb mit anderen Kommunen; (7) mehr politisches Gewicht innerhalb des Bundeslandes; (8) bessere finanzielle Handlungsspielräume; (9) Kosteneinsparungen bei der Beschaffung.¹²⁵ Als Nachteile werden folgende Themen ausgemacht: (1) Eine geringere Bürgernähe bei vollkommener Zentralisierung der Gemeindeverwaltung; (2) eine gesteigerte Erwartungshaltung der Bürger an die Leistungen der Gemeinden und deren Qualität; (3) eine abnehmende politische Partizipation der Bevölkerung; (4) gesteigerte Kosten und ein erhöhter Koordinationsaufwand durch bauliche und organisatorische Adaptionen, zumindest in der kurzen Frist.¹²⁶

3.2.2 Probleme von Gemeindefusionen

Freiwilligkeit ist ein wichtiger Faktor um Konflikte bei Gemeindefusionen relativ gering zu halten. „Je stärker diese, wie etwa in der Steiermark [Anmerkung: 1968/69], im Vordergrund gestanden sind, desto mehr konnten weittragende Konflikte vermieden werden.“¹²⁷ Hinsichtlich der politischen Dimension von Gemeindefusionen sind zwei Aspekte als Gegenargumente gegen Zusammenlegungen vorzubringen. Zum einen werden die Kleingemeinden als billigste und volksnaheste Version der Gemeinde erachtet. Sie sind somit eine vorbildhafte Verwaltungsinstitution. Zum anderen wird die Verwaltung einer Kleingemeinde als wahre Schule der Demokratie angesehen. Durch die überproportionale Partizipation der Gemeindebevölkerung hat diese einen erzieherischen Charakter.¹²⁸

„Die Schwierigkeiten in politischer Hinsicht, die sich bei Gemeindefusionen ergeben, sollen nicht unterschätzt werden. Sie waren es doch, welche bisher eine Reform verhindert haben oder zumindest das Tempo sehr verlangsamten.“¹²⁹

Die Veränderungen in den Strukturen der Gemeinden sollte auf keiner der zu betrachtenden Ebenen - politisch, sozioökonomisch, kulturell - unterschätzt werden. Es ist nur nachvollziehbar, wenn bei Zusammenlegungen neben dem Nutzen auch die Kosten (oder Verluste)

¹²⁵ Vgl. Spann und Verhounig 2013, S.51.

¹²⁶ Vgl. Spann und Verhounig 2013, S.52.

¹²⁷ Klose 1984, S.74.

¹²⁸ Vgl. Müller 1958, S.119.

¹²⁹ Müller 1958, S.123.

gegenübergestellt werden. Zudem ist eine neu gestaltete Kommunalstruktur noch kein Garant für eine Verbesserung der Siedlungsstruktur. Dieses massive Problem in der Raumplanung ist grundsätzlich nicht gelöst. In der Frage der politischen Struktur ist vor allem die Demokratiequalität zentraler Diskussionspunkt bei etwaigen Zusammenlegungen. Eine stärkere Distanzierung beziehungsweise Anonymisierung der Gemeindebevölkerung von ihren EntscheidungsträgerInnen wird zumeist kritisch beäugt. Allerdings sollte auch die Kehrseite der Medaille bedacht werden, da in Klein- und Kleinstgemeinden eine allzu große persönliche Abhängigkeit ebenfalls problematisch werden kann.¹³⁰

„Die Kombination von strukturbedingt klaren Mehrheitsverhältnissen und der Bestellung der Gemeindebediensteten durch den Gemeinderat führte in so mancher Gemeinde zu einer, gelinde gesagt, nur unvollkommenen Trennung von Politik und Verwaltung.“¹³¹

Gemeindezusammenlegungen sind an und für sich ein einfaches Konzept, worüber aber wenig gesellschaftlicher Konsens besteht. Dies hat auch mit der Stellung der VerliererInnen zu tun, den PolitikerInnen und MitarbeiterInnen der Gemeinden. Gemeinsame Verwaltungszentren werden vielfach eher akzeptiert, wo die Finanz- und Planungshoheit der einzelnen Gemeinden erhalten bleibt.¹³² Territorialreformen laufen in vielen Fällen der Intention einer stärkeren Demokratisierung zuwider, sie erfüllen bestenfalls den Anspruch einer technokratischen Reform. Beispielsweise wurde in Nordrhein-Westfalen die Zahl der kommunalen Mandatsträger zwischen 1964 und 1975 um fast die Hälfte zusammengestutzt (minus 48.8%). Die Kritik an Territorialreformen ist für Frey (1976), dass daneben eine notwendige Funktionalreform in den meisten Fällen außen vorgelassen wurde.¹³³ Durch die Strukturreform 2015 wurde so gesehen auch in der Steiermark ein substantieller Verlust an demokratischer Substanz in Kauf genommen. Bei den Gemeinderatswahlen 2010 - wie in den Jahren zuvor - lag die Anzahl an vergebenen Mandaten bei 7507, 2015 wurden nur mehr 5088 MandatarInnen gewählt (minus 2419). Dies entspricht einer Reduktion um 32.2%. Aber auch die Landtagssitze wurden von 56 auf 48 reduziert, diese Maßnahmen wurden als Verwaltungsreform proklamiert.

„Obwohl viele Bürgermeister innerlich dem Thema Gemeindefusionierung oder zumindest einer Kooperation aufgeschlossen gegenüberstehen, sind die Positionen (...) nach wie vor verhärtet. Schuld daran haben in erster Linie parteitaktische, wahrarithmetische, persönlichkeitsorientierte, finanzpolitische, raumordnungsbezogene und bisweilen auch populistische Überlegungen.“¹³⁴

¹³⁰ Vgl. Raumplanung 1975, S.44.

¹³¹ Hämmerle 2000, S.149.

¹³² Vgl. Wirth 2011, S.721-722.

¹³³ Vgl. Frey 1976, S.133/135/137.

¹³⁴ Zsilincsar 2011, S.83.

4 Das politische Umfeld

Aus historischer Perspektive war die Steiermark längere Zeit ein „hinkendes Dreiparteiensystem“, das sich zu einem bipolaren Pluralismus entwickelt hat.¹³⁵ Die Wahlergebnisse in der Steiermark schwanken allerdings seit Mitte der 1990er stark, so hat die ÖVP phasenweise auch den Landeshauptmann verloren gehabt.

4.1 Die Politik der Steiermark

Die Steiermark gilt in der politischen Farbenlehre Österreichs als schwarzes - sprich ÖVP-dominiertes - Kernland. Als in großen Teilen ländlich-kleinstrukturiertes Bundesland ist die Dominanz der Steirischen Volkspartei nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht überraschend. Dennoch gab und gibt es in der Steiermark bedeutende industrielle Ballungszentren (Obersteiermark, Aichfeld, Graz), in der die Sozialdemokratie eine absolut dominante Position einnimmt. Zudem ist die Steiermark das einzige Bundesland, in dem auch die KPÖ Wahlerfolge feiern kann. Die FPÖ ist in der Steiermark beträchtlichen Schwankungen ausgesetzt gewesen. Zwischen 1973 und 1983 konnte die FPÖ gar den Bürgermeister in der Landeshauptstadt Graz stellen. Die Landtagswahlergebnisse konnten damit aber lange nicht mithalten. Die Steiermark ist für die Grünen definitiv eine Problemregion. Die Ergebnisse hinken denen der Bundesländer westlich der Steiermark sowie Wien hinterher.

Die ÖVP musste um ihre Vormachtstellung in der Nachkriegsära dennoch lange kämpfen. Eine absolute Mandatsmehrheit konnte sie 1945 und danach erst wieder 1965, trotz des beträchtlichen Bonus den der populäre, jahrzehntelange Landeshauptmann Josef Krainer Senior genoss. Bei den folgenden fünf Landtagswahlen wurde die absolute Mehrheit gehalten - meist sogar mit absoluter Stimmenmehrheit. 1991 ging die absolute Mehrheit dennoch verloren, 1995 erhielt die ÖVP nur mehr marginal mehr Stimmen als die SPÖ - bei Mandatsgleichstand. 2000 folgte ein historischer Ausreißer mit 11% Zugewinn und fast wieder Mandatsmehrheit für die Volkspartei. 2005 ist dagegen eine historische Niederlage der Steirischen Volkspartei. Die SPÖ erreicht mit 41.66% und 3 Prozentpunkten mehr als die ÖVP klar den ersten Platz bei der Landtagswahl. Ebenfalls historisch ist der Erfolg der KPÖ, die nach 35 Jahren wieder in den Landtag einzieht und sich auch bei den beiden folgenden Landtagswahlen behaupten konnte. 2010 und 2015 verlieren SPÖ und ÖVP im Gleichklang, wobei es der ÖVP durch ihr Verhandlungsgeschick gelang der SPÖ den Landeshauptmannsessel abzuluchsen.

¹³⁵ Vgl. Marko 1992, S.345/347.

Die Steiermark kann in vier Makroregionen gegliedert werden. Erstens, die inneralpinen Gebiete mit den Bezirken Liezen und Murau, die eine durchschnittliche Entwicklung durchleben und in denen der Landwirtschaft und dem Tourismus eine überdurchschnittliche Bedeutung zukommen. Zweitens, die alten Industriegebiete der West- und Obersteiermark entlang der Mur-Mürz-Furche. Die Bezirke Murtal, Leoben und Bruck-Mürzzuschlag weisen eine starke Bevölkerungsabnahme und einer teilweise kritischen Beschäftigungssituation auf. Drittens, der Großraum Graz mit den Bezirken Graz sowie Graz-Umgebung. Das Grazer Becken ist die in allen Indikatoren dynamischste Region der Steiermark. Und viertens, die süd- und südoststeirische Randgebiete mit den Bezirken Hartberg-Fürstenfeld, Deutschlandsberg, Leibnitz, Weiz und Südoststeiermark. Diese Gebiete weisen eine negative Wanderungsbilanz, einen überproportionalen Agraranteil und wenig wirtschaftliche Dynamik auf.¹³⁶

Diese vier Regionen sind im Wesentlichen mit den Wahlkreisen konsistent. Die wirtschaftlichen Strukturen der Makroregionen weisen kausale Zusammenhänge mit den Ergebnissen der Parteien auf. Die ÖVP weist traditionell eine gleichmäßigere Struktur über alle vier Wahlkreise auf, sie ist überall relativ stark vertreten mit besonderem Gewicht in der Süd- und Oststeiermark. Bei der SPÖ ist die stimmenmäßige Fokussierung auf zwei Wahlkreise auffällig, die Obersteiermark sowie Graz und Umgebung sind - trotz größerer Konkurrenz in diesen Wahlkreisen - ihre Hochburgen. Die Süd- und Oststeiermark sind Problemzonen, die Wahlergebnisse fallen dort unterproportional aus.¹³⁷ Die FPÖ scheiterte lange daran eine flächendeckende Organisationsstruktur aufzuziehen, als die Ergebnisse bei Nationalratswahlen und die traditionell starke Verankerung des dritten Lagers in der Steiermark eigentlich nahegelegt hätten. Das Parteiensystem hat sich langsam gewandelt, indem neben der stetigen Abnahme des Konzentrationsgrades, der Zunahme des „ticket-splitting“ auch ein stärkeres Protestpotential entsteht. Das Parteiensystem wird auch von unten dezentriert.¹³⁸

4.2 Die Reformpartnerschaft

Die Reformpartnerschaft war ein Projekt, das Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) und Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer (ÖVP) im Nachklang einer leichten Wahlniederlage für beide Parteien bei der Landtagswahl 2010 erdacht haben. Die vorhergehende Legislaturperiode unter erstmaligem Vorsitz eines SPÖ-Landeshauptmannes war von tiefgreifendem Misstrauen und beständigem Streit zwischen den Großparteien, die wegen des

¹³⁶ Vgl. Haller und Höllinger 1994, S.53-57.

¹³⁷ Vgl. Marko 1992, S.347-348.

¹³⁸ Vgl. Marko 1992, S.354.

Proporzsystems zwangsläufig eine Regierung bilden mussten, geprägt. Die ÖVP konnte den Verlust ihres Kernlandes kaum verbergen. Hier zeigt sich eine Analogie zur Nationalratswahl 2006, wo die ÖVP entgegen aller Prognosen hinter die vom BAWAG-Skandal gebeutelte SPÖ zurückrutschte, und danach die Regierung in Streitereien versank. In der Steiermark wollte man 2010 die Zeichen der Zeit erkannt haben und auf Grund der nicht rosigen Zukunftsprognosen verspürte man die Notwendigkeit bedeutender Reformen.

„Die Bereitschaft war vor allem bei beiden Männern vorhanden und es ist wohl das historische Verdienst der beiden, diese Bereitschaft auch in ihren Parteien, im innersten Führungskreis, aber weit in die Funktionärsriegen bis zur Basis hinab, erfolgreich weitergetragen zu haben.“¹³⁹

Die Reformpartnerschaft sollte auf drei Säulen fußen, einer Demokratie-, einer Verwaltungs- sowie einer Spitals- und Gesundheitsreform. Die Demokratiereform umfasste die Abschaffung des Proporztes, eine Verkleinerung der Landesregierung (7 statt 9 Landesräten) sowie des Landtages (48 statt 56 Mandaten) und die Kürzung der Parteienförderung um 15%.¹⁴⁰ Die Verwaltungsreform wurde wiederum auf drei Säulen gestellt: Einer Aufgaben- und Organisationsreform, flexiblem Personalmanagement und einer Haushaltsreform. Dazu sind auch die Gemeindestrukturereform und die Bezirksreform zu zählen. Die Bezirke Bruck und Mürzzuschlag, Knittelfeld und Judenburg, Hartberg und Fürstenfeld sowie Feldbach und Bad Radkersburg wurden jeweils zusammengelegt. In diesem Zusammenhang wurde ein Zwei-Standorte-Modell propagiert, wo eine Bezirkshauptmannschaft und eine Außenstelle eingerichtet werden sollte.¹⁴¹ Die Spitalsreform wurde unter dem „Regionalen Strukturplan Gesundheit Steiermark 2020“ abgehandelt, in dem das Konzept von Schwerpunkt-Spitälern zentral war. Die Haushaltsreform wurde schließlich mit einem Doppelbudget 2013-2014 angegangen, die langfristige Finanzplanung war auf ein Ende der Neuverschuldung ab 2015 ausgerichtet.¹⁴²

In einem gemeinsamen Beitrag für das Steirische Jahrbuch gaben die Reformpartner Landeshauptmann Voves und Landeshauptmann-Stellvertreter Schützenhöfer folgendes Statement ab: „Wie stark der Reformwille ist, sieht man daran, dass die Reformpartner bei sich selbst begonnen und zuallererst Politik und Verwaltung reformiert haben.“¹⁴³ Gesundheits-Landesrat Christopher Drexler fasste die Reformpartnerschaft unter dieser Kurzformel zusammen: Eine nachhaltige Konsolidierung des Landeshaushaltes und die Umsetzung von Strukturreformen. In Bezug auf das Wahlergebnis gab er zu, dass der Angehörigenregress in der Pflege

¹³⁹ Poier 2015, S.107.

¹⁴⁰ Vgl. Voves und Schützenhöfer 2013, S.25.

¹⁴¹ Vgl. Voves und Schützenhöfer 2013, S.25-26.

¹⁴² Vgl. Voves und Schützenhöfer 2013, S.27-28.

¹⁴³ Voves und Schützenhöfer 2013, S.25.

und bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung beziehungsweise dessen emotionalisierende Wirkung klar unterschätzt wurden.¹⁴⁴ Als ein Charakteristikum der Reformpartnerschaft muss auch anerkannt werden, dass diese die Reformparteien und die Regierungsspitze stärkt, nicht aber den Landtag. Die Unterordnung der Koalition unter die Reformagenda bewirkt auch eine Ruhigstellung von (internen) Konflikten.¹⁴⁵ Eine Machtverschiebung zur Exekutive, die im parlamentarischen Prozess der Bundesländer ohnehin schon eine dominante Stellung einnimmt, ist kaum zu negieren.

Wie bereits erwähnt wurde der Landesregierung auch besonders das als unverhältnismäßig angesehene Kürzen der Ausgaben im Sozialbereich vorgeworfen, vor allem wurde es von Kritikern als unreflektiert und undifferenziert dargestellt. Eine Maßnahme ist dabei besonders stark bekämpft worden, der Pflegeregress. Der Pflegeregress war ein über mehrere Jahre schwellender Konfliktherd. Die Eckpfeiler der Reformpartnerschaft können auf folgende Themenbereiche zusammengefasst werden: Verwaltungsreform, Demokratiepaket und Gemeindestrukturreform. Die mediale Resonanz auf die Reformpartnerschaft war - wie Pekari (2016) nachweisen kann - durchaus wohlwollend, wohl auch, weil die Medien - die ja Reformen einforderten - selbst unglaubwürdig geworden wären.¹⁴⁶ Widerstand regte sich auch in den Medien vor allem gegen den Pflegeregress. Die Kronen Zeitung startete sogar eine Unterschriftenaktion gegen den Regress, die laut eigener Aussage von 75000 Personen unterschrieben wurde.¹⁴⁷

4.3 Steiermärkische Gemeindestrukturreform

Mit Stichtag 01.01.2015 wurde die zweite vom Land verordnete Gemeindestrukturreform abgeschlossen, statt 539 Gemeinden existieren mittlerweile nur noch 287 Gemeinden. Die Landesregierung zog für die Fusionen folgende fünf Kriterien zu Rate. Erstens, ein in sich geschlossenes Siedlungsgebiet; zweitens, ein leistungsfähiges Kommunalwesen; drittens, eine Verbesserung der Gemeindestruktur; viertens, die Zugehörigkeit von Ortsteilen zur Gemeinde; und fünftens, die Entfernung der Ortsteile zum Gemeindezentrum.¹⁴⁸ Begründet wurden die Reformschritte mit der Gemeindestruktur der Steiermark, welche die mit Abstand die kleinsteiligste aller Bundesländern war. Die Siedlungsstrukturen sollen auch in der Gemeindestruktur besser abgebildet werden und stärker zu zentralen Orten umgebaut werden. Als Leitbild wurde „Stärkere Gemeinden - größere Chancen“ ausgegeben. Das entsprechen-

¹⁴⁴ Vgl. Drexler 2014, S.221-222.

¹⁴⁵ Vgl. Mantl 2014, S.237.

¹⁴⁶ Vgl. Pekari 2016, S.203.

¹⁴⁷ Vgl. Pekari 2016, S.207.

¹⁴⁸ Vgl. Amt der Steiermärkischen Landesregierung 2012.

de Steiermärkische Gemeindestrukturreformgesetz wurde (*StGsrG*) mit den Stimmen der Regierung aus SPÖ und ÖVP am 17.12.2013 im Landtag beschlossen und am 02.04.2014 kundgemacht.¹⁴⁹

Die Ausgangslage in der Steiermark kann unter dem Eindruck von vier Problemen zusammengefasst werden: Eine sehr kleinteilige Gemeindestruktur, die demografische Entwicklung, die wirtschaftliche Situation der Gemeinden und der Druck durch den Stabilitätspakt.¹⁵⁰ Das tieferliegende Ziel der Gemeindestrukturreform wurde von Franz Voves und Hermann Schützenhöfer folgendermaßen skizziert: „Stärkere Gemeinden in stärkeren Regionen bieten die Chance, die Abwanderung aus den ländlichen Gemeinden einzudämmen und Wirtschaft und Beschäftigung vor Ort zu erhalten bzw. auszubauen.“¹⁵¹ Die rechtliche Stellung der Gemeinden ist laut Verfassung eine ungleich stärkere als die von Bezirken. Die relativ leichte Umsetzung der Bezirksfusionen ist begründbar, da Bezirke nur eine staatliche Behörde sind. Die Gemeindestrukturreform ist eine politische wie menschliche Herausforderung, in der Theorie und Praxis weit auseinanderklaffen können.¹⁵²

Unter den BürgermeisterInnen ging zu Beginn der Vorbereitungen der Gemeindestrukturreform die Furcht vor einem kommunalen Kahlschlag wie Ende der 1960er um. Landeshauptmann Voves versicherte bei einer Konferenz mit den BürgermeisterInnen der Bezirke Graz, Voitsberg und Deutschlandsberg im September 2011: „Es wird kein Drüberfahren und Zerstören geben.“¹⁵³ Die Presse zitierte in ihrem Bericht von dieser Konferenz in Hitzendorf, den steirischen Gemeindebundobmann Erwin Dirnberger (VP). Dieser spricht von „vielen Stimmen (von Bürgermeistern. Anm.), die sagen, wir sollten endlich gegen die Landesregierung mobil machen“.¹⁵⁴ Auch die FPÖ startete bereits Ende September 2011, nach der Bürgermeisterkonferenz in Leoben, eine Kampagne gegen so titulierte Zwangszusammenlegungen. Die Angst vieler GemeindevertreterInnen rührte aus der letzten Strukturreform 1967, in der zunächst die Bezirkshauptmannschaften in nur 10 Monaten Vorschläge ausarbeiten sollten, was zu knapp bemessen war. Letztlich wurde die überwiegende Mehrzahl an Zusammenlegungen per Gesetz durchgesetzt.¹⁵⁵ Als zumindest geringe Kompensation für aufgelöste Gemeinden wurde versucht identitätsstiftende Regelungen zu finden, wie ein Ortsteilwappen oder Ortsteilbürgermeister - auf freiwilliger Basis.¹⁵⁶ Gegen gesetzlich verordnete Fusionen vorzugehen

¹⁴⁹ Vgl. Amt der Steiermärkischen Landesregierung 2013.

¹⁵⁰ Vgl. Wlattnig 2014, S.248.

¹⁵¹ Voves und Schützenhöfer 2013, S.26.

¹⁵² Vgl. Gödl 2014, S.263-264.

¹⁵³ Vgl. Kübeck u. a. 2011.

¹⁵⁴ Vgl. Höfler 2011.

¹⁵⁵ Vgl. Wlattnig 2014, S.247.

¹⁵⁶ Vgl. Wlattnig 2014, S.250.

ist kaum möglich, denn an und für sich ist die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes relativ eindeutig. Die Vereinigung einer Kleingemeinde mit einer anderen Gemeinde ist sachlich, sofern nicht ganz besondere - z.B. topographische - Umstände vorliegen.¹⁵⁷

Der Fahrplan wurde vom Land in vier Phasen aufgebaut. Die Gemeinden sollten die Chance haben, selbst ihre Vorschläge bis 31.01.2012 einreichen zu können. Dies wurde von 365 Gemeinden wahrgenommen, parallel dazu wurden von LandesbeamtInnen landeseigene Vorschläge ausgearbeitet.¹⁵⁸ Die ursprünglichen Ziele einer Reduktion auf 150 Gemeinden sowie eine Vergrößerung von Graz um einige Umlandgemeinden wurden aber bald ad acta gelegt. Die Verhandlungsphase der Vorschläge dauerte von Februar bis Ende September 2012, die in Kooperation mit regionalen Verhandlungsteams durchgeführt wurden. Die neue Struktur wurde in der Entscheidungsphase bis 31.Jänner 2013 final festgelegt. Erste Ansprechpartner bei der Reform waren die 302 Gemeinden mit Bevölkerungsrückgang und jene 225 Gemeinden in Geldnöten. Die zentralen Orte sollten das Leitbild darstellen, ab 2015 sollten sie zu sogenannten „regionalen Gemeindezentren“ ausgebaut werden.¹⁵⁹

Beispielhaft fragte die Grazer Ausgabe der Kleinen Zeitung im Februar 2012 bei den damals noch 57 BürgermeisterInnen im Bezirk Graz-Umgebung nach wie sie prinzipiell zu einer Fusion ihrer Gemeinden stehen würden. Insgesamt waren 30 Ortschefs gegen, 10 verhandlungsbereit und 17 für eine Gemeindefusion.¹⁶⁰ Letztlich haben 207 Gemeinden einen Grundsatzbeschluss gefasst, sich freiwillig mit einer oder mehreren Gemeinden zu vereinigen. In der Umsetzungsphase bis 01.01.2015 führte das Land unzählige Beratungsgespräche, während die Zusammenlegungen in vielen Gemeinden bereits eingeleitet wurden.¹⁶¹ Letztlich wurden auch die neuen Ortsnamen breit diskutiert, teilweise abgelehnt und neu festgelegt. Auch 2016 benannten sich einige Fusionsgemeinden neuerlich um. Einige kleinere Korrekturen in den Grenzen der Bezirke wurden ebenfalls vorgenommen. Dies betrifft mehrere Gemeinden, die an eine größere Gemeinde eines anderen Bezirkes angegliedert wurden. Darüber hinaus wurden fünf Gemeinden zwischen zwei Gemeinden aufgeteilt, da wurden nicht die Gemeinden als Ganzes, sondern die jeweiligen Katastralgemeinden einzeln neuzuteilt.

Bis zum endgültigen Gesetzesbeschluss im Landtag am 17.12.2013 befassten sich ganze 13

¹⁵⁷ Vgl. Wlattnig 2014, S.249.

¹⁵⁸ Auf Basis eines Punkteschemas: Kindergärten (18 Punkte), Volksschulen vierklassig (18) oder Volksschulen mit weniger als vier Klassen (9), Nahversorger im Vollsortiment (14), Gasthaus (10), Arzt/Ärztin (10), Pfarramt (10), Banken (6), Apotheken (6), Rettungsstellen (4) sowie Postämter/ Postpartner (4 bzw. 2).

¹⁵⁹ Vgl. Albertani und Rossacher 2012.

¹⁶⁰ Vgl. Hecke u. a. 2012.

¹⁶¹ Vgl. Amt der Steiermärkischen Landesregierung 2013.

Sitzungen mit der Gemeindestrukturreform. Prinzipiell hätte die Möglichkeit bestanden, eine Volksabstimmung zu initiieren, wenn zumindest 80 Gemeinden innerhalb von 6 Wochen Gemeinderatsbeschluss dafür gefasst hätten. Wlattnig (2014) vermutet, dass von diesem Recht nicht Gebrauch gemacht wurde, weil schlicht vermutet wurde, dass die Mehrheit der Bevölkerung für die Fusionen stimmen würde. Letztlich hatten bis zum Stichtag 30.09.2013 auch viele Gemeinden ihre Abwehrhaltung größtenteils aufgegeben, sodass in 306 von 385 Gemeinden (79.5%) Gemeinderatsbeschlüsse für eine Vereinigung gefasst wurde.¹⁶²

	2010	2015
Anzahl der Gemeinden	542	288
Durchschnittliche EW je Gemeinde Steiermark (ohne Graz)	1.747	3.293
Durchschnittliche EW je Gemeinde Österreich (ohne Wien)	2.847	
Steiermarkanteil an Gemeinden unter 1.000 EW in Österreich	32%	3,6%
Steir. Gemeinden über 10.000 EW	5	15

Abbildung 2: Struktureffekte der Reform¹⁶³

Das positive Argument für die Strukturreform war das Ziel einer Verbesserung der Verwaltungsstrukturen, das negative Argument summiert sich aus der Angst vor neuer Zentralisierung, der Installierung bürgerferner Verwaltungsstrukturen, regionalem Identitätsverlust und einer weiteren Schwächung der Peripherie.¹⁶⁵ Größere Gemeinden können zwar qualitativ hochwertige kommunalpolitische Leistungen anbieten, tendieren aber auch gleichermaßen zu Ineffizienz und überbordender Bürokratie.¹⁶⁶ Die Gemeindestrukturreform wurde - wie die Reformpartnerschaft an sich - medial positiv aufgenommen, weil sie ein für Österreich

¹⁶² Vgl. Wlattnig 2014, S.250-252.

¹⁶³ Amt der Steiermärkischen Landesregierung 2013.

¹⁶⁴ Amt der Steiermärkischen Landesregierung 2013.

¹⁶⁵ Vgl. Zsilincsar 2011, S.83.

¹⁶⁶ Vgl. Zsilincsar 2011, S.84.

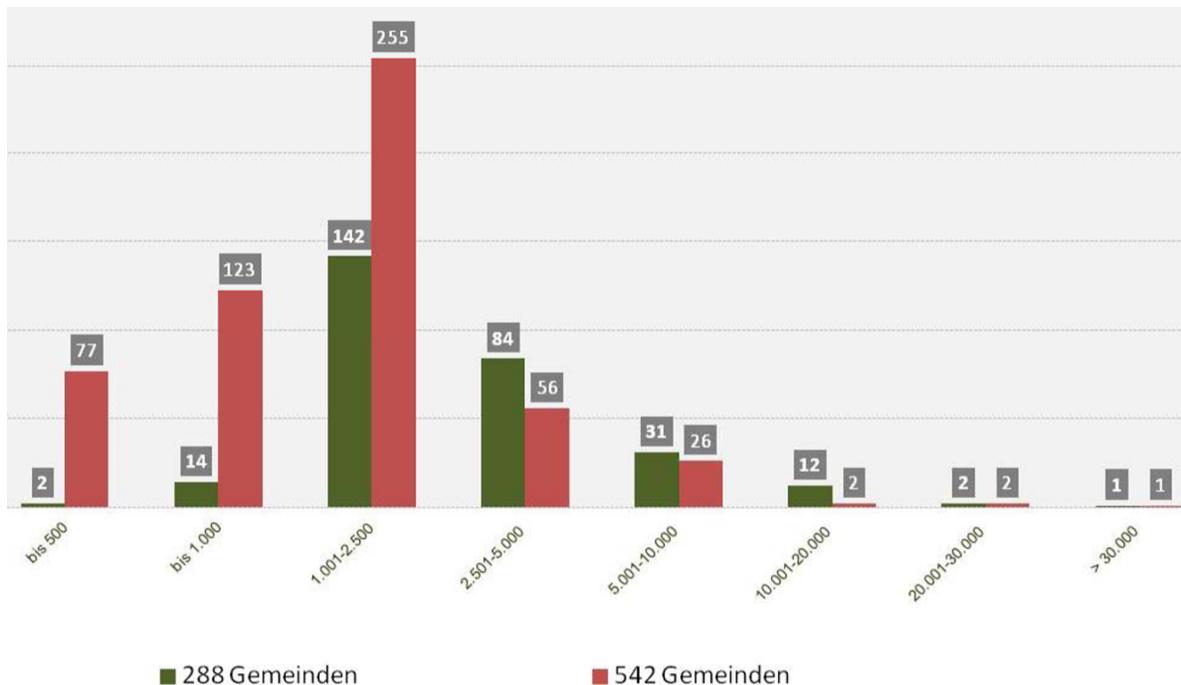


Abbildung 3: Anzahl der Gemeinden nach Größenklassen¹⁶⁴

atypisches Reformtempo an den Tag legte.¹⁶⁷ Dennoch sollten dabei nicht die Fakten außer Acht gelassen werden. Durch die Strukturreform, das war nach den Plänen bald klar, würde die Steiermark den österreichweiten Durchschnitt in Bevölkerung und Fläche pro Gemeinde übersteigen. Aber die Steiermark ist somit lediglich ähnlich strukturiert wie das vergleichbar große Oberösterreich. Der Widerstand dagegen werde in ein paar Jahren eher mit Kopfschütteln in Erinnerung quitiert werden.¹⁶⁸ Die Struktur der Steiermark wurde also eindeutig verändert.

4.4 Gemeindeinitiative

Die Gemeindeinitiative wurde im September 2012 von BürgermeisterInnen als Vertretung ihrer Gemeinden formiert, mit dem Ziel die Gemeindestrukturreform zumindest abzuschwächen. Im Jänner 2013 wurde die Gemeindeinitiative als Verhandlungspartner vom Land Steiermark - der Landesregierung besser gesagt - anerkannt. Laut Forum St.Lambrecht waren Stand 11.Dezember 2012 107 Gemeinden als Mitglieder der Gemeindeinitiative geführt.¹⁶⁹ Auch danach sind zahlreiche Gemeinden noch neu hinzugekommen, wodurch oftmals ver-

¹⁶⁷ Vgl. Schmidt 2012.

¹⁶⁸ Vgl. Schmidt 2012.

¹⁶⁹ Vgl. Forum St.Lambrecht 2011.

schiedene Zahlen kolportiert wurden (121, 124, bis zu 140 Gemeinden). Der Stand vom Jänner 2013 mit 121 Gemeinden wurde am öftesten genannt und erscheint daher am adäquatesten für die Verwendung in dieser Analyse.¹⁷⁰ Das Argumentationsmuster der Initiative fokussierte sich lange Zeit darauf, dass in 103 Gemeinden Volksbefragungen durchgeführt wurden, von denen - unter teilweise hoher Partizipation - 89 negativ und 14 positiv ausgefallen waren.

Initiator und anfänglicher Hauptantreiber der Gemeindeinitiative war der Bürger von Markt Hartmannsdorf - Otmar Hiebaum (ÖVP) -, einer Gemeinde, die nie zur Disposition stand, mit einer anderen Gemeinde zusammengelegt zu werden. Er bemängelte vor allem ein falsches Demokratieverständnis der Landesregierung und ein autoritäres Vorgehen gegen die Gemeinden. Im Laufe des Jahres zog er sich zu Gunsten von Florian Taucher (ÖVP) aus Höf-Präbach zurück, der fortan als Sprecher und Gesicht der Gemeindeinitiative auftrat und als solches medial wahrzunehmen war. Otmar Hiebaum ist nach wie vor Gemeindeoberhaupt von Markt Hartmannsdorf, mit unveränderter Mandatsstärke seiner Ortspartei hinter sich (10 von 15). Höf-Präbach wurde mit Brodingberg und Hart-Purgstall an Eggersdorf bei Graz angegliedert. Florian Taucher trat bei den Gemeinderatswahlen mit einer Bürgerliste „Team Taucher Gemeinsames Eggersdorf“ an und erreichte mit 8 von 25 Mandaten Platz Zwei beziehungsweise den Zweiten Vizebürgermeister in der stark vergrößerten Gemeinde. Eine absolute Mehrheit der ÖVP (11 Mandate) wurde durch sein Antreten wohl verhindert, obwohl die ÖVP in den vier alten Gemeinden 2010 noch jeweils mehr als zwei Drittel der Stimmen erhielt.

Von den ursprünglichen 121 Gemeinden, die sich der Gemeindeinitiative angeschlossen hatten, wurden drei Viertel in die Gemeindestrukturreform einbezogen, 30 Gemeinden davon blieben aber eigenständig. Jene Gemeinden, die gegen eine Fusion vor dem Verfassungsgerichtshof geklagt haben, waren fast vollständig in der Gemeindeinitiative vertreten gewesen. Die Gemeindeinitiative konzentrierte sich nach der Einsicht, dass Fusionen unweigerlich kommen würden, als Beratungsorgan für die Gemeinden bei der Durchführung der Fusionen selbst oder bei weiterem Vorgehen dagegen zu fungieren. Der Gemeindebund war zunächst den Reformen wohlgesinnt, schwenkte aber nach Kritik am Gemeindebund selbst auf eine stärker ablehnende Haltung um. Man folgte der Linie des Forum St.Lambrecht, weil aus Sicht des Vorsitzenden Erwin Dirnberger die Erwartungen unerfüllt blieben.¹⁷¹ Der geschäftsführende Obmann des Forum St.Lambrecht, Max Taucher, verteidigte im Steirischen Jahrbuch für Politik die Gemeindeinitiative. Eine aus mindestens 80 Gemeinden bestehende Initiative für eine Landesgesetzänderung zwingt den Landtag sich damit auseinanderzusetzen. Die Gemeindeinitiative verfolgte zwei Forderungen, zum einen, dass es keine Zwangsfusionen geben sollte,

¹⁷⁰ Vgl. APA 2013c.

¹⁷¹ Vgl. Dirnberger 2014, S.254.

zum anderen, dass jedem Antrag - per Gemeinderatsbeschluss - für eine Volksabstimmung stattzugeben sei. Als Gegenvorschlag wurden Mehrzweckverbände propagiert.¹⁷²

Die Gemeindeinitiative dachte im Laufe des Jahres 2013 sogar daran, sich für die Landtagswahl als Partei zu formieren. Die Konflikte waren Mitte 2013 recht verfahren. Die Initiative argumentierte, dass sie theoretisch die rund 1700 GemeinderätInnen ihrer Mitgliedsgemeinden hinter sich hätte. Das nicht-demokratische Vorgehen bei den Zusammenlegungen wurde in erster Linie kritisiert, wie Florian Taucher auch feststellte: „Wir fühlen uns nicht mehr vertreten, funktionierende Gemeinden werden ohne vernünftige Begründung zusammengelegt.“¹⁷³ Die Kritik blieb nicht unwidersprochen, SPÖ-Klubchef Walter Kröpfl sprach von keinem Alleinvertretungsanspruch der Initiative, die nicht einmal ein Viertel der Gemeinden hinter sich versammle. Gemeindebundchef Dirnberger betrachtete die Reformen zwar als sehr sensibel, die Forderungen der Gemeindeinitiative würden aber jede Reform verunmöglichen.¹⁷⁴

¹⁷² Vgl. Taucher 2014, S.259-260.

¹⁷³ Preis und Rossacher 2013.

¹⁷⁴ Vgl. Preis und Rossacher 2013.

5 Forschungsstand über steirische Wahlen

5.1 Hadler (2005)

Hadler (2005) untersucht mittels vier verschiedener Forschungsansätze die Ergebnisse der steirischen Landtagswahl 2000. Jede Theorie wird auf entsprechende Fragestellungen angewandt, wie stark der Erklärungsgehalt der Thesen gegeben ist.¹⁷⁵ Hadler führte eine Panelstudie in drei Wellen (Juni, September, nach der Wahl am 15.10.) mittels standardisierter Fragebögen und qualitativer Interviews durch. Für jede der vier Zonen der Steiermark, die in Kapitel 4.1 charakterisiert wurden, wurde ein Bezirk ausgewählt.¹⁷⁶

Cleavage-Theorie

Das Parteiensystem der Steiermark war lange von den drei Lagern und deren Konfliktmuster dominiert. Zusätzlich kann noch eine regionale Trennlinie miteinbezogen werden.¹⁷⁷ Der territoriale Cleavage ist auf Bundesebene als Verhältnis zu anderen Staaten zu sehen, auf Landesebene ist darunter die Spannung zwischen Zentrum und Peripherie zu verstehen. In den Bundesländern ist dabei das Verhältnis zur Bundeshauptstadt Wien relevant. Hadler operationalisiert diese Dimension als Steiermarkbewusstsein.¹⁷⁸ In der Analyse teilen sich anhand der alten Clevages (Konfession, Wohlfahrtsstaat und Region) die Lager in Links und Rechts auf, die neuen Clevages führen zur internen Differenzierung der Lager. Die neuen Konflikte eröffneten erst Raum für neue oder neuausgerichtete Parteien, da die traditionellen Konfliktlinien von den Großparteien schon besetzt sind. Die WählerInnen der jeweiligen Parteien lagen mit den Vorstellungen der Parteien relativ kongruent, zwischen zwei Parteien schwankende WählerInnen lagen auch in den Einstellungen zwischen diesen.¹⁷⁹ Für Hadler ist die Einordnung in Lager durchaus noch sinnvoll, da schwankende WählerInnen nur im Rahmen zwischen zwei Parteien oder zur Nichtwahl stattfinden. Absolute Schwankungen sind dagegen sehr selten. Mehr Konfliktlinien führen auch zu mehr Überlappungen.

Mikrosoziologischer Ansatz

Die Wahrnehmung ihres Umfeldes durch die befragten Individuen weist auf klare Trends hin.

¹⁷⁵ Makrosoziologische Ansatz (nach Lipset/Rokkan), mikrosoziologische Ansatz (nach Lazarsfeld), sozialpsychologische Ansatz (nach Campbell) und Rational-Choice-Ansatz (nach Downs)

¹⁷⁶ Liezen, Leoben, Graz, Feldbach

¹⁷⁷ Vgl. Hadler 2005, S.22.

¹⁷⁸ Vgl. Hadler 2005, S.23.

¹⁷⁹ Vgl. Hadler 2005, S.52-53.

Die gewählte Partei wird in Milieus, in denen diese Partei alleine relevant ist, am deutlichsten positiv bewertet, aber auch in überlappenden Segmenten kommt die gewählte Partei gut weg. Die Konkurrenz wird dagegen klar schlechter bewertet, genauso wie starke Konkurrenz im Umfeld die eigene Partei schlechter wahrnehmen lässt. Das nüchternste Bild von ihrer Partei haben Grün-WählerInnen.¹⁸⁰ Gleiches lässt sich für die Haltung zu bestimmten Themen und den SpitzenkandidatInnen konstatieren. Die Einstellungen der Parteien decken sich ziemlich genau mit jenen ihrer Wählerschaft und vice versa. Allerdings fällt besonders bei den SpitzenkandidatInnen auf, dass Landeshauptfrau Klasnic ein deutliches positives Image aufwies, aber ihre Gegenkandidaten noch ungleich negativer bewertet wurden. Lediglich Peter Schachner-Blazizek (SPÖ) konnte im SPÖ-Milieu zumindest ein knapp positives Bild aufweisen, die restlichen Kandidaten waren in allen Lagern negativ bewertet oder unbekannt. Der Landeshauptmannbonus schlägt in dieser Darstellung voll durch, Landeshauptfrau Klasnic konnte nur im SPÖ- und SPÖ-Grün-Milieu keinen positiven Werte erzielen.¹⁸¹

Sozialpsychologischer Ansatz

Das Erklärungsmodell fußt auf drei Säulen, der Parteiidentifikation, den Sachthemen und den KandidatInnen. Die multivariate Analyse zeigte, dass die Stärke der Parteiorientierung nicht signifikant war, stattdessen ist wichtiger wie eindeutig eine Partei aus dem Angebot bevorzugt wird. Dies widerspricht aber der Idee der Identifikation.¹⁸² Bei der Parteiidentifikation fällt auf, dass die Eindeutigkeit der Orientierung mit der Stärke der Orientierung stark korreliert ist. Die Orientierung der Individuen ist auch maßgeblich von der Parteinähe der Eltern determiniert, was vor allem bei der ÖVP und etwas schwächer der SPÖ zu Tage tritt. Grün-WählerInnen haben zudem in hohem Maße Eltern mit ÖVP- oder SPÖ-Nähe, bei FPÖ-WählerInnen haben die Eltern wenig Parteiorientierung. Hinsichtlich der WechselwählerInnen ist auffällig, dass die Eindeutigkeit der Orientierung und der Wahlabsicht vor der Landtagswahl nicht unwesentlich zur tatsächlichen Wahl für den Landtag fällt. Bei den Sachthemen fällt die Dominanz der ÖVP in den Kategorien „Steiermärkische Anliegen“ und „ihre Region“ auf. Dies verdeutlicht den regionalpolitischen Charakter einer Wahl und der geschickten Verknüpfung des Wohls der Steiermark mit der ÖVP.¹⁸³

Rational Choice-Theorie

Bei der Überprüfung der Theorie zeigte sich, dass Parteiorientierung und die positive Bedeu-

¹⁸⁰ Vgl. Hadler 2005, S.62.

¹⁸¹ Vgl. Hadler 2005, S.66.

¹⁸² Vgl. Hadler 2005, S.116.

¹⁸³ Vgl. Hadler 2005, S.102-103.

tung der steiermärkischen Landesregierung die stabilsten Einflussgrößen darstellen. Die Sicht auf die Landesregierung als bedeutungslos führt zu überproportionaler Stimmenthaltung, gleiches gilt für den eigenen politischen Einfluss.¹⁸⁴ Auf deskriptiver Basis werden die Wanderungsbewegungen von der Nationalrats- zur Landtagswahl analysiert. In der Zwischenzeit war die SPÖ zur Oppositions- und die FPÖ zur Regierungspartei im Bund geworden. Bei der Landtagswahl sind der FPÖ in der Folge viele Proteststimmen als NichtwählerInnen verloren gegangen. Der stärkere Fokus auf Regionalpolitik bei Landtagswahlen verschaffte der ÖVP einen Vorteil, die Steiermark-patriotische WählerInnen zusätzlich überzeugen konnte und so einen deutlichen Vorsprung am Wahltag hatte.¹⁸⁵

Zusammenfassung

Cleavages ermöglichen tatsächlich eine gute Unterscheidung zwischen links- und rechtsgerichteten Parteien. Dies gilt aber nur für die traditionellen Konfliktlinien wie Region, Staat und Religion, nicht aber für neuere Cleavages wie Umwelt. Dort verschwimmen die Grenzen.¹⁸⁶ Die WählerInnen einer Partei haben dabei recht ähnliche Positionen wie die entsprechenden Parteien. Das soziale Umfeld hat einen klaren Einfluss auf die Wahlentscheidung. Personen mit stärkeren und widersprüchlichen Cross Pressures haben ihre Wahlabsicht eher verändert als Personen ohne Druck. Aber auch die Bewertung der SpitzenkandidatInnen konnte eine Abwanderung provozieren, ein Umstand der der ÖVP stark nützte.¹⁸⁷ Das Michigan-Modell ist zwar in Mehrparteiensystemen schwierig einzusetzen, dennoch konnte ein überraschendes Ergebnis zu Tage gefördert werden. Die Stärke der Parteiorientierung ist nicht signifikant, die Eindeutigkeit der Orientierung ist entscheidender für das Wahlverhalten.¹⁸⁸

Interessanterweise wurde zur Landtagswahl 2000 respektive der jahrzehntelangen Hegemonie der steirischen VP ein Schlussstatement gemacht, das sich fünf Jahre darauf als Trugschluss erweisen sollte. Die Wahlbeteiligung - speziell für die ÖVP - speiste sich der aus hohem Steiermarkbewusstsein und hoher Bedeutung der Landesregierung.¹⁸⁹ Der Gegenpol zu Wien, der scheinbar von der ÖVP mit ihrer Betonung und Verquickung mit dem Thema Steiermark monopolisiert wurde, erwies sich 2005 quasi als „Bumerang“ für die ÖVP. Die ÖVP-FPÖ/BZÖ-Regierung in Wien verhalf der steirischen SPÖ 2005 aber zum Sieg, wohl auch weil das Thema Steiermark besser ausgespielt werden konnte.

¹⁸⁴ Vgl. Hadler 2005, S.126.

¹⁸⁵ Vgl. Hadler 2005, S.130.

¹⁸⁶ Vgl. Hadler 2005, S.170.

¹⁸⁷ Vgl. Hadler 2005, S.170.

¹⁸⁸ Vgl. Hadler 2005, S.171-172.

¹⁸⁹ Vgl. Hadler 2005, S.176.

5.2 Hadler/Haller (2001)

Die steirische Landtagswahl 2000 lieferte ein überraschend starkes Ergebnis für die ÖVP. Die Wahl lag fernab anderer Wahlgänge auf Bundesebene und wurde als erste Wahl nach Bildung der ÖVP-FPÖ-Koalition quasi zur Testwahl umgedeutet. Medial wurden als Ursachen die beliebte Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, ein verfehlter Wahlkampf der SPÖ und eine zerstrittene FPÖ ausgemacht.¹⁹⁰ Bei der Landtagswahl 2000 sind viele Proteststimmen weggefallen und zu den NichtwählerInnen gewandert. Die Motive für die Wahl der Parteien schwankten. Im Gegensatz zu Bundeswahlen war die Kandidatin das wichtigste Wahlmotiv für ÖVP-WählerInnen, bei der vorangegangenen Nationalratswahl war Tradition der primäre Anreiz. Bei der SPÖ sind die zentralen Motive „Vertretung der persönlichen Interessen“ sowie „parteilitisch-ideologische Tradition“ konform zu den anderen Ebenen. Der Spitzenkandidat war weniger wichtig, aber auch die Stimmung gegen die Bundesregierung war weniger relevant als gedacht.¹⁹¹ Bei der FPÖ sind regionale SpitzenkandidatInnen stets unwichtig, die Person Jörg Haiders dafür ein durchgängiges Wahlmotiv. Selbiges gilt interessanterweise für die Grünen, wo Bundessprecher Van der Bellen ein wichtiges Motiv darstellte.¹⁹² Bei der ÖVP waren Sachthemen wenig relevant, die erfolgreiche Fokussierung auf die Spitzenkandidatin und die Positionierung als „Steiermark-Partei“ waren zentrale Wahlmotive.¹⁹³

Die These einer jungen und weniger gebildeten Nichtwählerschaft wird zum Teil widerlegt. Tatsächlich sind in jüngeren Altersgruppen NichtwählerInnen häufiger anzutreffen, bei dieser Wahl waren es aber deutlich häufiger Personen mit Matura, die sich enthielten.¹⁹⁴ Bei den deklarierten NichtwählerInnen ist das politische Interesse aber nicht geringer ausgeprägt. Als der wohl wesentlichste Faktor für Wahlenthaltung stellte sich ein anderes Motiv heraus. Wird die Landespolitik als wenig relevant erachtet, gehen die Individuen seltener wählen. Die Politikverdrossenheit liegt dagegen - bei WählerInnen als auch bei NichtwählerInnen - auf konstant hohem Niveau und kann die Schwankungen in der Wahlbeteiligung nicht erklären.¹⁹⁵ Das Wahlergebnis war also insgesamt nicht von der Bundespolitik beeinflusst, aber auch regionale Sachthemen spielten nur eine untergeordnete Rolle. Als wichtigste Determinante des Wahlverhaltens erwies sich die Rolle der Spitzenpersönlichkeiten. Großteils können damit die hohen Zuwächse der ÖVP und die Niederlagen von SPÖ wie FPÖ erklären.¹⁹⁶

¹⁹⁰ Vgl. Hadler und Haller 2001, S.149.

¹⁹¹ Vgl. Hadler und Haller 2001, S.158.

¹⁹² Vgl. Hadler und Haller 2001, S.159.

¹⁹³ Vgl. Hadler und Haller 2001, S.162.

¹⁹⁴ Vgl. Hadler und Haller 2001, S.163.

¹⁹⁵ Vgl. Hadler und Haller 2001, S.164-166.

¹⁹⁶ Vgl. Hadler und Haller 2001, S.173-174.

5.3 Filzmaier/Perlot/Zandonella (2011)

2010 wurde in Österreich der Bundespräsident gewählt, aber auch die Landtage im Burgenland, in Steiermark und in Wien. Die jeweiligen Mehrheitsverhältnisse änderten sich nur geringfügig. In der Steiermark sorgte die Ausgangslage naturgemäß für hohe Interesse. Zum einen versuchte die KPÖ ihren dritten Platz zu verteidigen, zum anderen war die FPÖ 2005 aus dem Landtag geflogen. Aber auch die ÖVP versuchte den Sessel des Landeshauptmannes zurückzuerobern. Die Großparteien eroberten neue Stimmen nur vom Koalitionspartner, da die ÖVP nach den hohen Verlusten an die SPÖ 2005 nur wenig Stimmen von dieser zurückgewann und somit wieder Zweiter wurde.¹⁹⁷ Beide Parteien verlor auch stark an die NichtwählerInnen, wie die KPÖ und Grünen. Folglich fiel die Wahlbeteiligung unter 70 Prozent. Für viele BeobachterInnen war dies angesichts der umkämpften Mehrheitsverhältnisse überraschend, was auf einen inhaltsleeren Wahlkampf zurückgeführt wurde.¹⁹⁸

Der Gender Gap war in der Steiermark im Vergleich zu den beiden anderen Landtagswahlen nicht übermäßig ausgeprägt. Die SPÖ Steiermark wurde im Vergleich zum Burgenland und Wien mehrheitlich von Männern gewählt, in den anderen Bundesländern genau umgekehrt. Die anderen Ergebnisse - ÖVP recht ausgeglichen, FPÖ mit Überhang an Männern, Grüne an Frauen - waren erwartbar. Der Generation Gap ist in allen drei Ländern recht konform. In der Steiermark sind die hohen Wert von FPÖ und Grünen bei den 16-29-Jährigen besonders ausgeprägt. Auch ist die SPÖ in der Gruppe 60+ besonders stark.¹⁹⁹

Die Nichtwahlmotive zogen sich durch alle drei Wahlen, dass vor allem das unattraktive Angebot an KandidatInnen oder Parteien schlagend wurde. In der Steiermark war für SPÖ-WählerInnen der Landeshauptmann das zentrale Motiv, dann StammwählerInnen und die ihre Interessen bei der SPÖ am besten vertreten sahen. Die ÖVP wurde zuerst von StammwählerInnen gewählt. Das Ziel Landeshauptmann folgte erst an dritter Stelle. Für die FPÖ und Grüne waren primär Themen entscheidend - das Auftreten gegen Zuwanderung beziehungsweise Umwelt- und Klimaschutz.²⁰⁰ Zentrales Interesse für die Sozialdemokraten war die Verteidigung des Landeshauptmannes. Die SPÖ hatte laut den AutorInnen aber nicht andere Parteien als Hauptkonkurrent, sondern vielmehr ein virulentes NichtwählerInnen-Problem.²⁰¹

¹⁹⁷ Vgl. Filzmaier, Perlot und Zandonella 2011, S.126.

¹⁹⁸ Vgl. Filzmaier, Perlot und Zandonella 2011, S.126-127.

¹⁹⁹ Vgl. Filzmaier, Perlot und Zandonella 2011, S.129-130.

²⁰⁰ Vgl. Filzmaier, Perlot und Zandonella 2011, S.133/135-138.

²⁰¹ Vgl. Filzmaier, Perlot und Zandonella 2011, S.141.

6 Datendeskription und Modelle

6.1 Datensätze

Die Daten sind der Homepage der Steiermärkischen Landesregierung entnommen. Diese dann bearbeiteten Excel-Tabellen enthalten die offiziellen Ergebnisse, so wie diese vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung online bereitgestellt werden. Die Daten umfassen die Wahlergebnisse der drei zu untersuchenden Ebenen des staatlichen Aufbaus, der Nationalratswahlen, der Landtagswahlen und der Gemeinderatswahlen.

Der bearbeitete Datensatz beinhaltet drei unterschiedlich lange Untersuchungszeiträume der drei politischen Ebenen. Bei den Nationalratswahlen wurden die fünf Wahlgänge ab 1999 (1999, 2002, 2006, 2008, 2013) inkludiert, bei den Landtagswahlen die fünf Wahlen seit 1995 (1995, 2000, 2005, 2010, 2015) und bei den Wahlen zu den Gemeinderäten ebenfalls die fünf Urnengänge ab 1995 (1995, 2000, 2005, 2010, 2015). Somit sind zwar prinzipiell jeweils fünf Wahlen pro Ebene inkludiert, zwecks Vergleichbarkeit zwischen den Ebenen werden aber primär die letzten beiden Wahlen betrachtet. Es müssen zu den Datensätzen einige allgemeine Anmerkungen zu relevanten Korrekturen gemacht werden. Die entsprechenden Auflistungen sind im Appendix vorzufinden.

1. Die Bezirksreformen verursachen prinzipiell keine Probleme für die Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Einige kleinere Grenzkorrekturen zwischen den Bezirken wurden bei den Gemeindefusionen allerdings vorgenommen, beispielsweise wurde Hieflau (Leoben) der neuen Gemeinde Landl im Bezirk Liezen angegliedert. Die Gemeinden mit Bezirkswechsel mussten rückwirkend auf ihre neuen Bezirke bei Wahlen vor 2013/2015 übertragen werden. Das Ausmaß dieser Änderung ist aber als marginal anzusehen.
2. Einige Gemeinden wurden im Zuge der Fusionen auf zwei Gemeinden aufgeteilt. Diese fünf ehemaligen Gemeinden sind Stocking (Sankt Georgen an der Stiefing und Wildon), Oberstorcha (Kirchberg an der Raab und Paldau), Kohlberg (Gnas und Paldau), Limbach bei Neudau (Bad Waltersdorf und Neudau) und Schlag bei Thalberg (Dechantskirchen und Rohrbach an der Lafnitz). Bei den geteilten Gemeinden wurde der Bevölkerungsanteil der Katastralgemeinden, wie er anhand der Einwohnerzahlen laut Statistik Austria mit Stichtag 01.01.2016 angeführt wurde, auf die neuen Gemeinden übertragen. Die „alten“ Ergebnisse wurden anteilmäßig übertragen. Ganz exakt sind diese Hochrechnungen von anteilmäßigen Ergebnisse nicht, die Divergenzen sollten

sich aber in sehr engen Grenzen halten. Bei den unmittelbar letzten Wahlen ist die Abweichung bei dieser Methode wahrscheinlich geringer als bei länger zurückliegenden Wahlen, da die Bevölkerungsentwicklung einzelner Ortschaften nicht parallel verlaufen sein muss. Bei insgesamt circa 3850 EinwohnerInnen dieser fünf ehemaligen Gemeinden ist der Einfluss auf das Gesamtergebnis nahezu vernachlässigbar.

3. Sankt Ruprecht ob Murau und Falkendorf wurden 2005 zu St.Ruprecht-Falkendorf zusammengelegt, diese Gemeinde wurde 2015 noch einmal mit Sankt Georgen ob Murau fusioniert und führt seither den Namen Sankt Georgen am Kreischberg. 2013 wurden zwei Fusionen, die bereits der Gemeindestrukturereform zuzurechnen sind, durchgeführt: Trofaiach wurde um Hafning und Gai vergrößert und Buch-St.Magdalena entstand aus dem Zusammenschluss von Buch-Geiseldorf und Sankt Magdalena am Lemberg. Bei notwendig gewordenen Neuwahlen während der jeweiligen Periode wurden stets die Ergebnisse der Neuwahlen anstelle der Ergebnisse des Haupttermins in die Datensätze eingespeist. Nach den Gemeinderatswahlen 2010 und 2005 wurden in vereinzelt Gemeinden Neuwahlen angeordnet. Nicht zuletzt durch die ersten Fusionen 2013 mussten die Gemeinderäte der neugewählt werden.²⁰²
4. Wahlkarten und Briefwahlstimmen wurden zur besseren Vergleichbarkeit gelöscht. Es ist ohnehin zu vermuten, dass der Protest bei Wahlen stärker an der Wahlurne selbst als am Briefkasten ausgelebt wird. Die anteilmäßige Umrechnung auf die einzelnen Gemeinden wäre nicht zielführend, da die Ergebnisse auf Gemeindeebene letztlich dadurch sogar mehr verzerrt werden würden. So sind die Gemeinderatswahlen der Orientierungspunkt für die höheren Ebenen.
5. Zu berücksichtigen gilt es darüber hinaus, dass die Gemeinderatswahlen in der Steiermark ohne Graz stattfinden. Die Landeshauptstadt wählt in einem anderen Fünfjahres-Rhythmus als die restlichen Gemeinden, erst 2017 stehen in Graz wieder Gemeinderatswahlen an, wodurch Graz nicht in die Analyse der Gemeinderatswahlen einfließen kann. Zur Sicherheit werden bei der Analyse die Grazer Ergebnisse ebenfalls aussortiert.
6. Statistische Unschärfen können nicht ausgeschlossen werden: 1995 und 2000 wird die Wahlbeteiligung aus dem Verhältnis von Gesamtstimmen zu Wahlberechtigten bestimmt, 2005 und 2010 allerdings aus dem Verhältnis von Gesamtstimmen zu gültigen Stimmen. Diese Diskrepanz ist nur für die Aussagen über die Wahlbeteiligung zu beachten, die absoluten Werte der diversen Parteien sind davon unbeeinflusst.

²⁰² Öblarn 29.10.2006; Fohnsdorf 25.09.2011; Buch-St.Magdalena, Graden, Trofaiach 14.04.2013; Pöfling-Brunn 19.01.2014

7. In der Steiermark gibt es noch eine weitere Besonderheit: Die Möglichkeit einer vorgezogenen Stimmabgabe bei den Gemeinderatswahlen. Diese war am 13.03.2015 - 9 Tage vor dem regulären Termin - möglich, wo bereits 6% der Wahlberechtigten ihre Stimmen abgegeben haben. Das Ergebnis wird allerdings davon nicht beeinflusst.

6.2 Empirisches Modell

Bei der empirischen Untersuchung wird anhand der Difference-in-Difference-Methode die Entwicklung der Ergebnisse der Gemeinden getestet. Diese Methode wurde aus der Ökonomie entlehnt, da sie sich für die Analyse angeboten hat. In diesem Ansatz werden die Veränderungen einer Treatmentgruppe den Veränderungen einer Kontrollgruppe, die nicht vom Treatment betroffen waren, gegenübergestellt. Der Zeitpunkt des Eingriffs unterteilt die Gemeinden in eine Phase vor und nach dem Treatment. Die Trends werden somit auf Basis einer zeitlichen Veränderung verglichen. Am Ende sollte der Effekt, den die Policymaßnahme hatte, übrigbleiben. Zentrale Annahme ist, dass die Trends in den Gemeinden ohne das Treatment Fusion die gleichen gewesen wären.

Die erste Regressionsgleichung wird für die prinzipielle Unterscheidung zwischen Fusion und Nicht-Fusion herangezogen. Die zweite und dritte Regressionsgleichung wird für die feinere Aufgliederung der Gemeinden ausgeführt, die geklagt oder sich in der Gemeindeinitiative engagiert haben. Die grobe Unterscheidung wird zur besseren Vergleichbarkeit mit den deskriptiven Statistiken ausgeführt. Die zu erklärenden Variablen sind die Wahlergebnisse der einzelnen Parteien - in absoluten Stimmen gemessen beziehungsweise in Prozentanteile transformiert. Zur Erklärung werden folgende Variablen einfließen.

$$(1) \text{PARTEI}_{2015/2013} = \alpha + \beta_0 * t + \beta_1 * \text{FUSION} + \beta_2 * (t * \text{FUSION}) + \varepsilon_i$$

$$(2) \text{PARTEI}_{2015/2013} = \alpha + \beta_0 * t + \beta_1 * \text{KLAGE} + \beta_2 * (t * \text{KLAGE}) + \varepsilon_i$$

$$(3) \text{PARTEI}_{2015/2013} = \alpha + \beta_0 * t + \beta_1 * \text{INITIATIVE} + \beta_2 * (t * \text{INITIATIVE}) + \varepsilon_i$$

Die folgenden Variablen sind Dummies. Die Variable FUSION beinhaltet sämtliche Gemeinden, die 2013/2015 fusioniert wurden. Die Variable KLAGE umfasst all jene fusionierten Gemeinden, die sich mit ihrer Klage gegen die Fusion ihrer Gemeinde letztlich sogar an den Verfassungsgerichtshof gewandt haben. KLAGE wurden 29 Gemeinden zugeordnet, wobei es in einigen neu zusammengesetzten Gemeinden mehrere Klagen der Altgemeinden eingebracht,

was letztlich irrelevant war. INITIATIVE ist eine Variable für alle Gemeinden, wo gegen die Fusionspläne des Landes bereits vor der Nationalratswahl 2013 kampagnisiert wurde und es von einigen Bürgermeister*innen einen Wahlvorschlag gewissermaßen gegen ihre eigenen Parteien (SPÖ und ÖVP) gegeben hatte. Diese Variable umfasst 89 Gemeinden. Die Zugehörigkeit einer Gemeinde zu KLAGE ist damit nicht ausgeschlossen, ebenso nicht, dass die entsprechende Gemeinde gar nicht fusioniert worden ist. Die Dummy-Variablen für die Arten von Fusionen können jeweils die Werte 0 oder 1 annehmen. 1 wenn dieser Fall zutrifft, 0 andernfalls. α bezeichnet schließlich den Intercept (Konstante) und ϵ den Fehlerterm. Ursprünglich wurde noch eine Variable für freiwillige Fusionen (FREIWILLIG) operationalisiert. Allerdings war dabei kein Ergebnis signifikant. Daher wurde diese Variable wieder ausgeschlossen.

6.3 Wahlbeteiligung

Eine Frage beziehungsweise Begründung, die auch im Raum stand, als die erste Wahl unter dem Eindruck der Gemeindestrukturreform - vor der Nationalratswahl gab es schon riesige Proteste und Diskussionen - geschlagen wurde, ist hinsichtlich der Wahlbeteiligung. Nach der Nationalratswahl wurde vermutet, dass das Votum in der Steiermark erst durch die gesunkene Wahlbeteiligung so stark gegen die SPÖ-ÖVP-Koalition ausfiel. Betrachtet man die Veränderung bei der Nationalratswahl 2013 in Relation zu jener von 2008 sind die 5.7 Prozentpunkte weniger abgegebene Stimmen ein deutlich stärkeres Einknicken als auf den anderen Ebenen 2015. Allerdings nehmen von Wahl zu Wahl Briefwahlstimmen an Bedeutung zu, wodurch in der Gesamtbetrachtung in der Steiermark die Wahlbeteiligung dennoch etwas weniger als die österreichweiten 3.9 Prozentpunkte fällt. Die Langzeittrends weisen auf eine rapide fallende Wahlbeteiligung vor allem bei der Landtagswahl hin, bei den Gemeinderatswahlen dagegen erfolgt der Abstieg in relativ gleichen, kleinen Schritten. Bei der Nationalratswahl ist die Beteiligung schon über längere Zeit mit leichten Aufwärtsbewegungen auch recht gleichförmig gesunken. Die Wahlbeteiligung kann in dieser Hinsicht also nur schwer als erklärende Komponente für die herben SPÖ- und ÖVP-Verluste. Von der Gemeindeinitiative wurde zum Beispiel im Herbst 2013 nur gefordert, die Stimme nicht für SPÖ und ÖVP abzugeben. Der Subtext legte den WählerInnen die Suche nach einer alternativen Partei nahe.

Einen leichten Unterschied in der Wahlbeteiligung gab es bis zu den Gemeindefusionen immer zu Gunsten der fusionierten Gemeinden, wodurch diese dann bei den letzten Wahlen auch verhältnismäßig mehr an Beteiligung verloren haben. Stand 2013 beziehungsweise 2015 sind dann die Unterschiede zwischen fusionierten und nicht-fusionierten Gemeinden verschwunden. Bei allen drei Ebenen fällt die Wahlbeteiligung in beiden Kategorien gleich hoch oder

	Nationalratswahlen				Gemeinderatswahlen				Landtagswahlen		
	GES	FUS	NF		GES	FUS	NF		GES	FUS	NF
1999	77.99%	78.25%	77.56%	1995	83.83%	84.42%	82.86%	85.59%	85.83%	85.21%	
2002	81.44%	81.53%	81.30%	2000	79.97%	80.33%	79.41%	75.51%	75.72%	75.18%	
2006	75.83%	75.94%	75.65%	2005	76.60%	76.99%	75.97%	76.83%	76.99%	76.57%	
2008	72.81%	72.91%	72.64%	2010	75.80%	76.18%	75.18%	65.66%	66.15%	64.89%	
2013	67.05%	67.12%	66.94%	2015	72.35%	72.40%	72.29%	62.97%	62.93%	63.03%	
Diff	-9.97%	-10.04%	-9.85%	Diff	-6.70%	-7.08%	-6.07%	-12.93%	-13.24%	-12.43%	
letzt	-5.76%	-5.79%	-5.71%	letzt	-3.44%	-3.78%	-2.89%	-2.70%	-3.22%	-1.87%	

Tabelle 1: Entwicklung der Wahlbeteiligung auf den verschiedenen Ebenen

besser gesagt niedrig aus. Beim Vergleich mit den detaillierteren Kategorien von Gemeinden erweist sich INITIATIVE als nur marginal vom Gesamtdurchschnitt abweichend. Die Veränderungen sind bei den Wahlen nur unwesentlich anders als im gesamten Bundesland. Die Gemeindeinitiative hat also aus dieser Sicht nicht zum größer werdenden Lager der NichtwählerInnen beigetragen. Bei den Gemeinden, die sich sogar mit Klagen gegen die Fusionen wehren wollten, zeigen sich bei der Nationalratswahl noch kaum Abweichungen. Die Wahlbeteiligung liegt immer rund einen Prozentpunkt unter dem Gesamtdurchschnitt. Bei den Gemeinderatswahlen sinkt die Wahlbeteiligung bei Gemeinden der Kategorie KLAGE schneller und liegt 2010 um 2.6 Prozentpunkte unter dem Gesamtdurchschnitt, 2015 fällt sie nicht mehr ganz so viel im restlichen Bundesland. Bei der Landtagswahl ist die Wahlbeteiligung im Vorfeld ebenfalls schon geringer, fällt aber 2015 noch einmal um etwas mehr als einen Prozentpunkt gegenüber dem Gesamtdurchschnitt. Die Verluste der Reformpartner mögen zum Teil auch dadurch zu Stande gekommen sein, die Mobilisierung war bei der Landtagswahl - siehe Kapitel 9.3 - nachweislich schwach.

	Nationalratswahlen			Gemeinderatswahlen			Landtagswahlen	
	KLAGE	INITIATIVE		KLAGE	INITIATIVE		KLAGE	INITIATIVE
1999	76.78%	77.97%	1995	83.36%	84.44%	85.06%	85.50%	
2002	80.71%	81.61%	2000	78.37%	80.47%	74.01%	75.65%	
2006	74.54%	75.68%	2005	75.24%	76.91%	75.13%	76.49%	
2008	71.67%	72.80%	2010	73.18%	76.69%	64.32%	66.10%	
2013	65.89%	67.14%	2015	70.28%	72.59%	60.59%	63.04%	

Tabelle 2: Wahlbeteiligung in den Kategorien Klage und Initiative

7 Nationalratswahl 2013

In der Steiermark konnte sich die FPÖ gegen die Großparteien SPÖ und ÖVP behaupten, in einer Stimmungslage die zwischen offener Protestwahl und bewusster Stimmenthaltung lag. So konnte die FPÖ einen Großteil jener Stimmen hinzugewinnen (+6.7%), die die Große Koalition auf der anderen Seite verlor (-10.7%). Auch insgesamt ist die Wahlbeteiligung zurückgegangen (-3.6%). Die Nationalratswahl 2013 war für viele Beobachter insofern eine Überraschung, da angesichts der permanenten Querelen in der Koalition nicht mit einer ausgeschöpften Legislaturperiode von neuerdings 5 Jahren zu rechnen war. Bei 40% vorgezogenen Neuwahlen auf nationaler Ebene war dies doch einigermaßen überraschend, da die Legislaturperiode eine extrem unruhige war, mit globalen und europäischen Krisen en masse.²⁰³ Hauptergebnisse waren eine weiterhin einbrechende Konzentration, wobei aber gleichzeitig ernsthafte Optionen zur Veränderung fehlten sowie neue (populistische) Konkurrenz, die einen möglichen FPÖ-Sieg - mit Platz 1 - verhinderte.²⁰⁴ Das Ergebnis in der Steiermark wurde intensiv diskutiert, insbesondere wem die Verluste zuzurechnen seien.

„Immer wieder wurde dabei auch thematisiert, ob ein derartiger Reformkurs (...) von den Wählerinnen und Wählern überhaupt honoriert werden könne oder nicht doch nur zur nächsten Wahlniederlage führe.“²⁰⁵

Poier (2014) hält zunächst fest, dass die Gemeindestrukturereform vielleicht marginalen Einfluss auf das Ergebnis hatte, auch weil die zwangsfusionierten Gemeinden in Summe keine übermäßig große Einwohnerzahl aufgewiesen haben. Die emotionale Wirkung des Pflegeregresses dürfte dagegen sehr wohl größeren Einfluss auf die stärkere Ablehnung von SPÖ und ÖVP - als im Bundesschnitt - gehabt haben, als dies bis zum Wahltag angenommen wurde.²⁰⁶ Auf ein paar Spezifika muss aber zusätzlich hingewiesen werden. Zunächst hat das Team Stronach in der Steiermark ein deutlich stärkeres Ergebnis als in den restlichen Bundesländern eingefahren (10%). Die Herkunft des MAGNA-Gründers Frank Stronach und seine jahrzehntelangen Investitionen in seiner Heimatregion dürften dem Erfolg nicht abträglich gewesen sein. Die Steiermark ist - wie bereits festgehalten - für das dritte Lager traditionell ein guter Boden. Bereits bei der Nationalratswahl 2008 haben FPÖ und BZÖ gemeinsam über 30% der Stimmen in der Steiermark erhalten. Die Zugewinne der FPÖ sollten daher nicht als allzu überraschend gesehen werden.²⁰⁷ Poier vermutet darüber hinaus noch, dass in höheren,

²⁰³ Vgl. Poier 2014, S.189-190.

²⁰⁴ Vgl. Poier 2014, S.190-191.

²⁰⁵ Poier 2015, S.110.

²⁰⁶ Vgl. Poier 2014, S.193.

²⁰⁷ Vgl. Poier 2014, S.193.

bürgerlich-urbanen Schichten, die mangelnde Reformbereitschaft der Bundesregierung einen starken Kontrast zur Landesregierung darstellte und somit ein Abwandern dieser Art von Proteststimmen in Richtung der NEOS herbeigeführt hat.²⁰⁸

Nach der Nationalratswahl war die Debatte in der Steiermark relativ einig darüber, dass nicht die Reformpartnerschaft die Schuld für die SPÖ- und ÖVP-Verluste tragen könne. Der langjährige steirische SPÖ-Klubobmann Walter Kröpfl zieht aus dem Ergebnis zwei Erkenntnisse über Reformen. Zum einen wurde die Bundesregierung für ihre Reformverweigerung abgestraft, zum anderen müsse man sich darüber im Klaren sein, dass Reformen wie in der Steiermark auf Widerstand und Unmut in der Wahlzelle stoßen werden.²⁰⁹

„Die vereinigte Opposition in der Steiermark kritisiert naturgemäß den Reformkurs. Einmal sind die Reformen zu weitreichend. Ein anderes Mal sind sie zu wenig in die Tiefe gehend. Manchmal wirft man den Reformpartnern sogar undemokratisches Verhalten vor.“²¹⁰

7.1 Aufruf zum Wahlboykott

Die wesentliche Debatte, die im Nachhinein geführt wurde, diente am Tag nach der Wahl als Aufmacher. „Wähler strafte SPÖ und ÖVP“ titelten Medien, und gerade darin liegt das Dilemma: Wofür wurde die Koalition gestraft: Für den Stillstand im Bund oder für die Reformen im Land?²¹¹ In der breiten Öffentlichkeit wurden die angestrebten respektive umgesetzten Reformen wie eben die Gemeindezusammenlegungen oder der Pflegeregress diskutiert.

Lokalpolitikern waren besonders die mit Nachdruck durchgesetzten Verschmelzungen vieler Gemeinden mit ihren Nachbarn ein Dorn im Auge. So formierte sich eine überparteiliche „Gemeindeinitiative“, die von ÖVP- und SPÖ-Bürgermeistern als Hauptprotagonisten getragen wurde. Dieser lose und spontane entstandene Zusammenschluss mobilisierte im Besonderen gegen die Fusionen und plakatierten im Vorfeld der Wahl offen für ein Abstrafen der „Reformpartner“ in der Wahlkabine oder überhaupt nicht wählen zu gehen. Hintergrund dieser Kampagne war und ist das Vorgehen der selbsternannten „Reformpartner“ Voves und Stellvertreter Schützenhöfer, die einige überholte Strukturen aufzubrechen gedachten und dabei wohl hofften, auf weniger Widerstand und mehr Sympathie zu stoßen. Die Initiative wurde

²⁰⁸ Vgl. Poier 2014, S.193.

²⁰⁹ Vgl. Kröpfl 2014, S.217.

²¹⁰ Kröpfl 2014, S.217.

²¹¹ Vgl. APA 2013d.

von den Bürgermeister*innen nicht zuletzt aus Eigennutz forciert, da nahezu jeder zweite Bürgermeistersessel mittlerweile durch die Reform nicht mehr existent ist.

Dem Boykottaufruf bei der Nationalratswahl 2013 folgten nicht alle Gemeinden der Initiative, zudem hatten sich manche Gemeinden - wie Heiligenkreuz am Waasen, Teufenbach, St.Kathrein am Offenegg oder Feldkirchen bei Graz - schon vorher wieder losgesagt. Zu Beginn der Protestaktion rechneten die Initiatoren mit einer Beteiligung von rund 95 Gemeinden an der Plakatserie gegen SPÖ und ÖVP, die unter dem Titel „Keine Stimme für die Demokratieverweigerer SPÖ und ÖVP“ affiziert wurde. Letztlich beteiligten sich rund 15% an der Plakataktion und weitere 10% der Gemeinden in der Initiative an Boykotten ohne die Plakate aufzuhängen.²¹² Die Spitzen von SPÖ und ÖVP waren im Vorfeld nicht sonderlich besorgt, ob der Plakataktion der Gemeindeinitiative. Von einer kleinen Minderheit und keiner flächendeckenden Aktion wurde beispielsweise von ÖVP-Landesgeschäftsführer Bernhard Rinner ausgegangen.²¹³ Die Boykott-Anhänger waren aber nicht nur über die Landesregierung erbost. Auf die Frage was dieses Landesthema denn mit der Nationalratswahl zu tun habe, wurde die Bundesregierung mit Verweis auf die Regierungserklärung scharf kritisiert. Der SPÖ-Bürgermeister Hans Jobstmann (Etmühl) meinte folgendes dazu.

„In der Regierungserklärung von 2008 steht die Garantie, dass Städte und Gemeinden erhalten bleiben und eine Veränderung nur mit einer Volksabstimmung möglich ist - und deshalb tragen unsere Bundespolitiker Mitverantwortung, wenn das nicht eingehalten wird.“²¹⁴

Als sich die steirischen Verluste für die Regierung am Wahltag abzeichneten, war die Aufregung in den steirischen Parteizentralen entsprechend groß. Möglicherweise war auch ein Solidarisierungseffekt relevant, der sich gegen das „Drüberfahren“ allgemein und nicht die Gemeindestrukturenreform im Speziellen richtete. Die Analyse des Wahlergebnisses brachte dennoch ein beträchtliches Maß an Unbehagen der Steierinnen und Steirer mit der „Reformpartnerschaft“ im Land zu Tage, das bereits einen langen Schatten auf die nächste Landtagswahl warf.²¹⁵ Spott und Kritik aus anderen Landesverbänden war vorprogrammiert, da sich Voves und Schützenhöfer selten mit ihrer Meinung zurückgehalten haben. Die SPÖ musste vor allem viele junge Männer (primär Arbeitnehmer) in der Obersteiermark an die FPÖ ziehen lassen, die aus Frustration über fehlende Antworten aus der Sozialdemokratie „fliehen“.²¹⁶

Intern wurde der unpopuläre Pflegeregress als Faktor ausgemacht und weniger die Gemeinde-

²¹² Vgl. APA 2013c.

²¹³ Vgl. Hecke und Fröhlich 2013.

²¹⁴ Hecke und Fröhlich 2013.

²¹⁵ Vgl. Gigler und Albertani 2013.

²¹⁶ Vgl. Gigler und Albertani 2013.

strukturreform, erklärten SPÖ-Landesgeschäftsführer Anton Vukan oder der steirische ÖGB-Vorsitzende Horst Schachner, da die SPÖ in den obersteirischen Industriegebieten am stärksten verloren hat, wo kaum Fusionen geplant waren.²¹⁷ LH-Stellvertreter Schützenhöfer ließ auch eine Umfrage (Karmasin Institut, n=360) offenlegen, nach derer konstatiert wurde, dass der umstrittene Pflegeregress dennoch nur für einen geringen Anteil der steirischen Protestwähler ausschlaggebend war.²¹⁸ Der Umfrage zufolge sind Themen der Landespolitik für nur 20 bzw. 35% der Wähler für die Nationalratswahl von Relevanz gewesen.²¹⁹ Protestwähler hätten demnach zu 46% die Oppositionsparteien auf Grund von Bundesthemen gewählt und nur zu 8% auf Grund von landespolitischen Themen.²²⁰ 46% wollten ihre Stimme gegen beides richten, zusammenfassend war das Hauptwahlmotiv Unzufriedenheit (rund 85% mit der Bundes- und zu 50% mit der Landespolitik) in der Steiermark von zentraler Bedeutung. Die kleine Gruppe von Nicht- und Protestwählern (7%) auf Grund der Landespolitik nannte zu 47% den Pflegeregress als Hauptmotiv, gefolgt von Gemeindefusionen und Spitalsreformen.²²¹

Ein illustratives Beispiel für eine Grundstimmung gegen die Regierungskoalition in Graz wurde in der Presse am 05. Oktober 2013 publiziert. In Gschnaidt, wo die FPÖ 48.4% (+38.5) erreichte, wurde der parteilose Bürgermeister Max Höfer befragt. „Die kann man doch nicht mehr wählen“, kommentierte er die herben Verluste von SPÖ und ÖVP. Er bezieht sich aber mit „die“ nicht auf die Repräsentanten im Bund, sondern auf den Landeshauptmann und seinen Stellvertreter, die Personifizierung der Reformpartnerschaft. Die Fusionen würden zu Gunsten roter und schwarzer Bürgermeister umgesetzt, die auf einen Machtzuwachs spekulierten.²²² Der SPÖ-Bürgermeister von Mürzzuschlag, Karl Rudischer, zeigte sich eher besorgt über einen lustlosen und schwachen Wahlkampf der Sozialdemokraten, denen in der Steiermark zudem der Pflegeregress sehr übel genommen werde. Die Gemeindestrukturreform hätte hingegen wenig Einfluss gehabt: „Das mit der Gemeindefusion ist ein Funktionärsproblem.“²²³

7.2 Deskriptive Statistiken

Die deskriptiven Statistiken wurden für jede Wahlebene auf dieselbe Art und Weise vollzogen. Das heißt insbesondere, dass bei Nationalrats- und Landtagswahlen sämtliche Stimmen

²¹⁷ Vgl. APA 2013b.

²¹⁸ Vgl. Albertani 2013.

²¹⁹ Vgl. APA 2013a.

²²⁰ Vgl. Albertani 2013.

²²¹ Vgl. Albertani 2013.

²²² Vgl. Bonavida 2013.

²²³ Vgl. Bonavida 2013.

von Graz aussortiert wurden. Ziel ist Auffälligkeiten zwischen Fusions- und Nichtfusionsgemeinden auf deskriptiver Basis darzustellen. Primäres Vorgehen ist die Differenzen in einen Vorher-Nachher-Vergleich der beiden Möglichkeiten zu setzen. Eine feinere Analyseebene wird dann bei den Regressionsanalysen zum Tragen kommen. Im Appendix sind die deskriptiven Statistiken der Nationalratswahl nachzuvollziehen.

Zunächst können die absoluten Stimmen der Parteien betrachtet werden. Hierbei haben sowohl die SPÖ als auch die ÖVP 2002 ihren Höchststand im Untersuchungszeitraum in der Steiermark ohne Graz, die ÖVP liegt aber um 7 Prozentpunkte vorne. Prozentuell hat die SPÖ aber 2006 ihren Höhepunkt und liegt nur mehr knapp hinter der ÖVP. Bei den folgenden beiden Wahlen verlieren beide Großparteien jeweils massiv an Stimmen, die ÖVP aber ungleich mehr, wodurch die SPÖ 2008 und 2013 auf Platz 1 liegt. Die FPÖ erreicht 2013 wieder einen ähnlichen Wert wie 1999. Die 29% von 1999 werden 2002 gedrittelt, 2008 und 2013 gewinnen die Freiheitlichen jeweils 7-8 Prozentpunkte hinzu. Dennoch fehlen noch über 25000 Stimmen beziehungsweise 3.85 Prozentpunkte auf das Ergebnis von 1999. Die Grünen gewinnen von 1999 bis 2013 stetig an Stimmen, die 1.7 Prozentpunkte Zunahme 2013 sind sozusagen ein Highlight. Die KPÖ schafft es ohne Graz nicht über 1.6% (2006). Einzelne Parteien schaffen auch beachtenswerte Ergebnisse, so wie das BZÖ 2008 (13.4%) und das Team Stronach 2013 (10.6%). Die Liberalen Parteien (NEOS 2013: 3.1% und LIF 1999: 2%) sind ohne Graz ebenfalls weniger wichtig.

Aussagekräftiger sind aber die prozentuellen Werte der jeweiligen Parteien, wenn diese in den Vergleich zwischen den Fusions- und Nichtfusionsgemeinden gesetzt werden. Der absolute Stimmenvergleich bringt hier wenig, da die letztendlich 129 Gemeinden mit Fusionen im Zeitraum immer rund 170000 Wahlberechtigte mehr haben als die 158 nicht zusammengelegten Gemeinden. Die SPÖ und ÖVP verlieren 2013 stark, wie schon 2008, die FPÖ profitiert beide Male besonders. Die Zugewinne der FPÖ 2013 müssen aber auch etwas relativiert werden, da das BZÖ 35000 Stimmen verliert und auch aus dem Nationalrat fällt, das Team Stronach könnte als neue Partei genauso davon profitiert haben.

Hervorzuheben sind andere Entwicklungen, die speziell für die Überprüfung bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen konstatiert werden sollen. 2013 war die Gemeindestrukturereform schon in aller Munde und auch die Proteste eigentlich am Höhepunkt, als die Pläne finalisiert wurden. Ausgewirkt haben sich die Zusammenlegungen nicht wesentlich, wenn man der Hypothese stärkerer Verluste in Fusionsgemeinden folgen würde. De facto sind die Unterschiede marginal und im Zeitverlauf nicht sonderlich auffällig. Die SPÖ hat wie die Grünen und die KPÖ konstant ein leicht stärkeres Gewicht in nichtfusionierten Gemeinden, die ÖVP dagegen

in den fusionierten Gemeinden. Bei der FPÖ haben sich die leicht höheren Prozentwerte in fusionierten Gemeinden ab 2008 gedreht, wodurch nichtfusionierte Gemeinden etwas stärker liegen. Substantiell besser liegen in Fusionsgemeinden 2013 aber nur die anderen beiden rechtspopulistischen Parteien, das Team Stronach wie auch das BZÖ. Ein massiv stärkerer Protest ist also in Fusionsgemeinden so gesehen schwer auszumachen, wirklich auffällig ist eigentlich nur das ÖVP-Ergebnis. Die ÖVP liegt bis 2013 1-1.5 Prozentpunkte besser in den Fusionsgemeinden, liegt aber 2013 mit 0.9 Prozentpunkten im Minus. Hinsichtlich der Gewinne und Verluste von 2013 gegenüber 2008 ist zunächst anzumerken, dass die SPÖ in beiden Arten von Gemeinden den nahezu identen Prozentanteil (knapp unter 6%) verliert, die ÖVP mit -5.3% in Fusionsgemeinden stärker als in Nicht-Fusionsgemeinden (-4.4%). Die FPÖ gewinnt in beiden Arten den nahezu gleichen Prozentsatz hinzu (rund 8%). Die Grünen gewinnen in Fusionsgemeinden etwas weniger hinzu (1.5% anstatt 1.6%) und das BZÖ verliert dort etwas weniger (-9.5% anstatt -10%).

Als Anmerkung sollte noch hinzugefügt werden, dass der Bezirk Leoben bis auf eine Ausnahme nicht von der Gemeindestrukturreform betroffen war und somit ein recht großes Gewicht bei den nichtfusionierten Gemeinden hat, im Positiven für die SPÖ wie im Negativen für die ÖVP. Bei den Großparteien ist auch der Trend erwähnenswert. Die Abweichungen zwischen den beiden Gruppen wurden nämlich geringer und sind jetzt wie bei anderen Parteien relativ ausgeglichen. Bei der SPÖ geht die Diskrepanz zugunsten nichtfusionierter Gemeinden ab 1999 sukzessive zurück, bei der ÖVP schwankte sie bis zum Einbruch 2013. Als Schlussfolgerungen der deskriptiven Analyse können folgende Punkte festgehalten werden, die in weiterer Folge weiter überprüft werden. Zum einen hat die FPÖ 2013 nicht viel stärker vom Protest in Fusionsgemeinden profitiert als sie dies ohnehin getan, zum anderen hat die ÖVP 2013 etwas von ihrem „Bonus“ in Fusionsgemeinden eingebüßt, so wie dies der SPÖ stetig in Nicht-Fusionsgemeinden widerfährt. Summa summarum haben dadurch sämtliche Parteien nun ein fast ausgeglichenes Prozent-Verhältnis von fusionierten zu nichtfusionierten Kommunen.

7.3 Regressionsanalyse

Erste Stufe der Analyse ist die Trennung zwischen Fusions- und Nicht-Fusionsgemeinden. 2013 haben ÖVP wie SPÖ deutliche Verluste in beiden Typen hinnehmen müssen, während die FPÖ überall stark zulegt. Signifikant ist aber nur das ÖVP-Ergebnis und dies in höchstem Maße (p-Wert nahezu Null). Die SPÖ-Verluste sind gerade nicht so abweichend, dass eine Signifikanz gegeben ist. Die FPÖ-Zugewinne sind höchst signifikant stärker in Fusionsgemeinden (p-Wert Null). KPÖ und Grüne sind insignifikant. Bei allen Wahlen ist auf dieser Ebene

nicht nur der unmittelbare Vergleich vor und nach dem Treatment - in diesem Fall zwar noch knapp davor, aber schon weit fortgeschritten - interessant, sondern auch der langfristige Trend. In unserem Falle werden die letzten fünf Wahlen in die Analyse miteinfließen. Nimmt man die Periode von 1999 bis 2013 als Untersuchungszeitraum verändert sich die Signifikanz des ÖVP- und FPÖ-Ergebnisses nicht. Auffällig ist, dass die ÖVP-Verluste noch deutlich stärker werden und höchst signifikant bleiben. Die SPÖ-Werte bleiben nahezu gleich. Die FPÖ gewinnt gegenüber den vier vorhergehenden Nationalratswahlen nur mehr ein Drittel so stark hinzu und dies nur knapp signifikant am 10%-Niveau. Die Zugewinne der KPÖ und Grünen verändern sich nur geringfügig.

Bei einer feineren Unterscheidung der Gemeinden verändern sich die Regressionsergebnisse teilweise beträchtlich. Zunächst stellt sich die Frage, ob sich klagende Gemeinden anders verhalten haben, im Kontrast zu sämtlichen anderen Gemeinden. Die ÖVP- und SPÖ-Verluste sowie die FPÖ-Zugewinne sind auch speziell in diesem Vergleich recht solide, aber keineswegs signifikant. Als weitere Dimension kann der Einfluss der Gemeindeinitiative überprüft werden. Die ÖVP-Verluste und FPÖ-Zugewinne schwächen sich nochmals ab, für die SPÖ würden sogar kaum mehr Verluste übrig bleiben. Die Ergebnisse sind aber weit wenig von irgendeiner Signifikanz. Die Zugewinne für KPÖ und Grüne sind in jeder Dimension insignifikant.

Zusammenfassend lässt sich für die Nationalratswahl ein Ergebnis konstatieren, dass in dieser Form nahezu deckungsgleich auf die beiden anderen Wahlen zu übertragen ist. Die ÖVP verliert signifikant stärker in Fusionsgemeinden, die FPÖ gewinnt signifikant stärker in Fusionsgemeinden. Die SPÖ verliert überall in etwa gleich stark, während die KPÖ und die Grünen kaum Unterschiede aufweisen und je nach Dimension entweder leichte Zugewinne oder leichte Verluste hinnehmen mussten. Die Ergebnisse bleiben im Wesentlichen identisch, auch wenn der längerfristige Trend herangezogen wird. Interessant an dieser Analyse ist zudem, dass sich bereits hier relativ deutlich zeigt, dass eine weitere Unterscheidung der Fusionsgemeinden kaum zusätzlichen Erklärungsgehalt liefert. Zwar verstärken sich die Effekte in klagenden oder initiativen Gemeinden noch etwas zu Lasten der Reformpartner SPÖ und ÖVP - und zu Gunsten der FPÖ -, allerdings geht die Signifikanz dabei verloren. KLAGE und INITIATIVE sind zumindest bei der Nationalratswahl (noch) keine soweit relevanten Effekte, dass die Unterschiede in den Ergebnissen hinreichend groß genug zu den anderen Gemeinden werden würden. Bei der Nationalratswahl ist der Boykottaufruf trotz der nicht zu geringen medialen Präsenz - beziehungsweise der Gemeindeinitiative insgesamt - keine wesentliche Erklärung für die herben SPÖ- und ÖVP-Verluste.

8 Gemeinderatswahlen 2015

Bei den Gemeinderatswahlen am 22.03.2015 wurden erstmals Wahlen auf Basis der neuen Gemeindestruktur abgehalten. Das offizielle Ergebnis weist für die ÖVP und SPÖ deutliche Verluste aus, aber noch immer weit geringere als wenig später bei der Landtagswahl. Die ÖVP verlor 4.09% (42.72%) und die SPÖ 5.42% (31.57%). Die Verluste bei der ÖVP wirken weniger dramatisch, da 2010 ein Wahlerfolg mit einem Höchststand nach 1990 erreicht wurde. Bei der SPÖ werden die Verluste noch deutlicher, wenn 2005 als Ausgangsbasis gewählt wird. Innerhalb von zwei Gemeinderatswahlen hat die SPÖ fast 12 Prozentpunkte verloren. Wahlgewinner waren in erster Linie die FPÖ mit einem Plus von 7.31% (13.86%) und geringerem Maß die Grünen mit +1.21% (3.33%), sonstige Listen mit +0.88% (6.60%) und die KPÖ (+0.31%). In Wählerstimmen ist die Wahl für die ÖVP eine Niederlage, angesichts des Mandatsstandes scheint die ÖVP aber besser reüssiert zu haben und liegt bei 48.58%. Sämtliche anderen Parteien verlieren bei der Umrechnung in Mandate rund ein bis zwei Prozentpunkte, am stärksten die FPÖ (-1.99). Allerdings hatte die ÖVP bei näherer Betrachtung 2010 noch 54.66% der Mandate errungen. Bei der SPÖ sind die Verluste in Mandaten tatsächlich etwas geringer, gegenüber 2010 um 3 Prozentpunkte weniger. Die FPÖ gewinnt in Mandaten prozentuell weniger hinzu als in absoluten Stimmen (+6.8 Prozentpunkte).

Das Wahlsystem begünstigt die ÖVP sicherlich etwas, Antritte in fast allen Gemeinden sind aber auch ein großer Vorteil für das Wahlergebnis gegenüber den Mitbewerbern. Die genauen Ergebnisse sind im Appendix nachzulesen. Der Frauenanteil an den GemeinderätInnen beträgt immer noch nur 22.1% (1122 von 5088 Mandaten). Nach der Gemeinderatswahl setzte sich medial die Formulierung eines „blauen Auges“ für die Reformpartner durch. Die SPÖ-Verluste kamen speziell in den Hochburgen zustande, die ÖVP hatte in Fusionsgemeinden einen schwierigen Stand als zuvor. Dennoch erreichte die ÖVP 2472 Mandate und durch die indirekte Bürgermeisterwahl stellt die ÖVP 204 BürgermeisterInnen (über 71%). Dies ist prozentuell keine wesentliche Veränderung gegenüber dem letzten Wahlgang.

8.1 Lokale Unterschiede als Erklärungsversuch

Die Ergebnisse fielen für die Reformpartner regional sehr unterschiedlich aus. Die sinkende Wahlbeteiligung hat zu den Verlusten sicher auch beigetragen, speziell in den Städten - wie beispielsweise in Bruck/Mur und Mürzzuschlag in der Obersteiermark, wo die SPÖ ihre absoluten Mehrheiten einbüßte. In Gemeinden, wo sich die Debatten um ein Asylwerberheim

(Spital am Semmering) beziehungsweise Schubhaftzentrum (Vordernberg) drehten, konnte die FPÖ trotz entsprechender Kampagnen nicht reüssieren und verlor sogar. In Bad Aussee, dem seine Stellung als Expositur abhanden kam, wurde die SPÖ zu Gunsten der ÖVP abgestraft.²²⁴

Andere Auffälligkeiten waren beispielsweise die starken Verluste von der Bürgermeisterpartei SPÖ an die FPÖ in Breitenau am Hochlantsch. Dort stand die Schließung der Kleinschule im Fokus. Auch in Pöfing-Brunn verlor die Bürgermeisterpartei SPÖ, aber auch die FPÖ, wodurch die ÖVP nun die Mehrheit stellt. In dieser Gemeinde wurde wegen Finanzproblemen beim Gemeindebudget ein Regierungskommissär eingesetzt. In Leutschach an der Weinstraße profitierte die FPÖ besonders von den ÖVP- und SPÖ-Verlusten. In Wies gelang es der Namensliste fast eine Zweidrittelmehrheit auf Kosten von ÖVP und SPÖ zu erlangen. In Tillmitsch brach die zerstrittene SPÖ - bis dahin mit fast Zweidrittelmehrheit ausgestattet - völlig ein, von 14 Mandaten blieben 4 übrig, der Rest ging an FPÖ, Bürgerliste, Grüne und auch ÖVP. In Bad Blumau gab es beispielsweise Querelen wegen eines geplanten Glashausprojekts, die FPÖ holte sich die Stimmen der nicht mehr angetretenen Bürgerliste, die ÖVP blieb aber knapp vorne.²²⁵

Diese kurzen Beispiele verdeutlichen hinsichtlich der Gemeinderatswahl, dass es keine monokausale Erklärung gibt. Insgesamt gibt es also eine Fülle an höchst lokalen Faktoren, Trends und Themen, die in die Gemeinderatswahlen hineingespielt haben. Die Fusionen können regional einen Effekt gehabt haben, die Stimmungslage kann - wie ausgeführt - aber durch ganz andere Themen beeinflusst sein. Die Fusionen erwiesen sich vor allem als Landesthema.

Peter Filzmaier analysierte für die Kronen Zeitung am Tag nach der Wahl das Ergebnis. Sein Resümee war, dass die Zustimmung zu den Fusionen in allen demografischen Gruppen mehrheitlich positiv war, ein Abstrafen deshalb nicht unbedingt zu erwarten war.²²⁶ Durch die Berichterstattung vor allem über Streitfälle wäre ein falsches Bild entstanden, die Fusionsgemeinden fallen nicht auf. Er verwehrte sich gegen die Darstellung, dass die Gemeindestrukturreform die Verluste unvermeidlich gemacht hätte. Speziell bei der SPÖ sollten die konstanten und parallelen Verluste in vielen Gemeinden zu denken geben.

„Das Märchen, die Gemeindefusionen würden das Ergebnis der Gemeinderatswahlen bestimmen, ist durch die Daten der Demoskopie widerlegt. Wer das unverändert behauptet, will speziell als SPÖ-Gemeindepolitiker von hausgemachten Problemen ablenken.“²²⁷

²²⁴ Vgl. APA 2015.

²²⁵ Vgl. APA 2015.

²²⁶ Vgl. Kronen Zeitung 2013.

²²⁷ Kronen Zeitung 2013.

Zunächst wurden die Folgen der Gemeindestrukturreform auf die Wahlergebnisse etwas beiseite geschoben. Zwei Analysen in den Tagen nach der Wahl bewiesen aber recht deutlich das Gegenteil. Im Standard wurde am Tag nach der Wahl das Ergebnis statistisch ausgewertet, ob die Gewinne und Verluste der Parteien in fusionierten Gemeinden unterschiedlich zu den nicht-fusionierten seien. Die Ergebnisse entsprechen jenen meiner deskriptiven Statistiken. Für die SPÖ (etwas stärkere Verluste in Fusionsgemeinden), KPÖ (stärkere Gewinne in Fusionsgemeinden) und Grüne (marginal mehr Gewinne in Nicht-Fusionsgemeinden) sind die Unterschiede nicht statistisch signifikant. Bei der ÖVP sind die weit größeren Verluste wie die weit größeren Gewinne der FPÖ in Fusionsgemeinden statistisch signifikant.²²⁸ Die Verluste der Reformpartner sind zu großen Teilen an die FPÖ abgewandert, aber in unterschiedlichem Ausmaß je nach Gemeindetypus. Diese Ergebnisse gilt es im Folgenden detaillierter zu überprüfen. „Das Ergebnis zeigt klar: Die Gemeindefusionen schaden vor allem der ÖVP. Die FPÖ konnte vom Unmut über die Zusammenlegungen profitieren.“²²⁹

Vom FH Joanneum wurde unter Leitung von Heinz P. Wassermann ein fiktiver Vergleich der Ergebnisse von 2015 mit 2010 vorgenommen. Fiktiv daran ist, dass wie in meiner Analyse die Grenzen der neuen Gemeinden geltend gemacht wurden. Die Ergebnisse weisen auf einen deutlichen Zusammenhang zwischen den Fusionen und den Verlusten der Reformpartner hin. Zudem hat die FPÖ deutlich mehr Zuwächse in fusionierten Gemeinden. Einschränkend muss gesagt werden, die FPÖ profitierte nur dort, wo es keine etablierte Namensliste oder eine aus Fusionsprotest formierte respektive von SPÖ oder ÖVP abgespaltene Bürgerliste gab. Das Beispiel Bad Mitterndorf illustrierte dies, die Liste Ritzinger gewann 24.3 Prozentpunkte, die FPÖ büßte dort sogar 3.5 Prozentpunkte ein.²³⁰ Auf Bezirksebene sind die Veränderungen recht unterschiedlich, dennoch weist Bruck-Mürzzuschlag als Extrembeispiel auf das genannte Muster hin. Die FPÖ gewann in Fusionsgemeinden 11.9 Prozentpunkte hinzu, in Nichtfusionsgemeinden nur 3.8.²³¹ Mit Hilfe einer Renitenzmatrix - näheres in Kapitel 9.5 - berechnete das Team um Wassermann, ob sich der Widerstand für die lokalen PolitikerInnen gelohnt hatte. Tatsächlich sind besonders renitente Gemeinde (oder besser Gemeindeoberhäupter) jene, wo die FPÖ nur unterdurchschnittlich zulegt. Hervorgehoben wurde zudem, dass es im fiktiven Vergleich um 20% weniger absolute Mehrheiten gegeben hat. Dies stelle laut Wassermann vor allem für die SPÖ ein Problem dar, da sie fünf ihrer zuvor sieben absoluten Mehrheiten in Bezirkshauptstädten verloren hätte.²³²

²²⁸ Vgl. Bauer 2015.

²²⁹ Bauer 2015.

²³⁰ Vgl. Hecke 2015.

²³¹ Vgl. Hecke 2015.

²³² Vgl. Hecke 2015.

8.2 Veränderung der Konkurrenz

8.2.1 Antritte pro Partei

Eine erste sehr relevante Fragestellung ist, wie sich die Zahl der Gemeinden, in denen Parteien oder Listen nicht vertreten sind, nach der Gemeindestrukturereform verändert hat. Über den Zeitverlauf eines Vierteljahrhunderts zeigt sich, dass die ÖVP die mit Abstand flächendeckendste Organisation in der Steiermark aufweist. Sie ist niemals in mehr als 4 Gemeinden (im Jahr 2000, bei 543 Gemeinden - mit Graz) nicht angetreten, was einen Prozentwert von 0.74% ausmacht. Sprich die Steirische Volkspartei schaffte es über ihre Ortsparteien oder Listen immer in mehr als 99% der Gemeinden eine Wahlmöglichkeit darzustellen. Die SPÖ verlor im Untersuchungszeitraum etwas an Boden. 1990 und 1995 trat sie in 14 Gemeinden nicht an, 2010 waren es schon 36 Gemeinden ohne SPÖ-Ortspartei oder -Liste am Wahlzettel. Prozentuell war dies eine nicht unwesentliche Steigerung von 2.58% auf 6.64%. Die SPÖ zog sich sukzessive aus ihren Problemgebieten der Ost- und Südoststeiermark zurück, wo sie ohnehin mandatsmäßig nur schwach vertreten ist und es wenig für sie zu erreichen gibt.

Die FPÖ durchlebte in den 1990ern und Anfang der 2000er einen Höhenflug mit darauffolgenden schweren Turbulenzen. Die Popularität der Bundespartei schlägt wahrscheinlich bei kaum einer anderen Partei so auf die unteren Ebenen nieder. So überrascht es nicht, dass die Aufbauarbeit der FPÖ in den 1990ern nach dem „Knittelfelder Putsch“²³³ 2002 schlagartig umgekehrt wurde. 1990 noch in 229 Gemeinden nicht angetreten, schafften es die Freiheitlichen bis 2000 diese Zahl auf 93 zu reduzieren. Statt in 42% der Gemeinden nicht vertreten zu sein, waren es 2000 nur mehr 17% ohne FPÖ-Ortspartei oder -Liste am Wahlzettel. 2005 schnellte die Zahl wieder auf den Anfangswert hoch und nahm 2010 noch einmal substantiell zu, als die FPÖ in fast der Hälfte der Gemeinden keinen Wahlvorschlag einbrachte. Bei den Grünen zeigt sich, dass ab 2000 der Plafond erreicht wurde. 1990 waren Grüne Listen noch in 509 Gemeinden nicht angetreten, ab 2000 immer noch in 460 Gemeinden. Die Reduktion betrug 9 Prozentpunkte von knapp 94% auf 85%.

Die KPÖ ist eher als Landespartei präsent, ähnlich wie die Grünen ist ein flächendeckender Aufbau von Ortsparteien nicht erfolgt. Die KPÖ hält ihre Stammgebiete konstant, die Industriezentren der Ober- und Weststeiermark, in 96% der Gemeinden war sie allerdings zwischen 1990 und 2010 nicht präsent. Sonstige Listen sind in vielen Gemeinden ein nicht unwesentlicher oder sogar sehr relevanter Faktor. Dennoch hat im Zeitverlauf die Anzahl der

²³³ Mediale Bezeichnung des außerordentlichen Parteitages der FPÖ am 07.09.2002 in Knittelfeld, die turbulenten Ereignisse führten zum Rücktritt einiger FPÖ-Minister und letztlich zu vorgezogenen Neuwahlen.

Gemeinden ohne sonstige Listen wieder zugenommen. 2000 waren 69% der Gemeinden ohne Bürger-, Namens- oder ähnliche Listen, 2010 allerdings über 80%. 2010 lag der Wert sogar über dem Anfangsjahr 1990 (75%). Zum Teil mag dies auch dem Umstand geschuldet sein, dass sich Grüne und Alternative Listen in nicht zu geringer Zahl fix den Grünen angeschlossen haben oder diesen zumindest fix zugerechnet werden. Allerdings ist der „Verlust“ von 60 Gemeinden ein recht deutlicher Trend gegen Listen.

2015 reduzierte sich die Anzahl der Gemeinden schlagartig. Von der Gemeindestrukturreform hat die FPÖ in dieser Fragestellung mit Abstand am meisten profitiert. Statt in fast 50% nicht wählbar zu sein, standen die Freiheitlichen 2015 nur mehr in 15% der Gemeinden nicht zur Wahl. Dieser liegt etwas unter dem vorherigen Spitzenwert von 2000, als die FPÖ nur in jeder sechsten Gemeinde nicht angetreten war. Die FPÖ konnte wahrscheinlich ein bereits bestehendes, aber schlummerndes Reservoir aktivieren und ihr in der Steiermark sicherlich vorhandenes Potential gut ausschöpfen. In 34 von 286 Gemeinden (ohne Graz) gab es keine freiheitliche Liste. Aber auch der SPÖ kam die Reform insofern gelegen, als sie ihre konstant bestehende Absenz in einer Handvoll von Gemeinden schließen konnte. 2015 trat die SPÖ in allen 286 Gemeinden an und konnte ihren Abwärtstrend durch die Zusammenlegungen stoppen. Auch die ÖVP schaffte es nun leichter ihr Ziel - in allen Gemeinden anzutreten - umzusetzen. Bei nur einer fehlenden Gemeinde anno 2010 war es allerdings kein großes Kunststück diese Lücke zu schließen.

Die Grünen haben 2015 gleichviele Listen wie 2010 in die Gemeinderatswahlkämpfe schicken können. Durch die gleichzeitig deutliche Abnahme an Gemeinden haben die Grünen nun auch mehr Präsenz im Land erlangt. Allerdings waren 199 Gemeinden nach wie vor ohne Grüne Ortspartei oder Liste, was fast 70% aller Gemeinden darstellt. Die Grünen haben also faktisch nur wenig profitiert, da fast ausschließlich bestehende Listen auf das vergrößerte Gemeindegebiet ausgedehnt wurde. Die KPÖ war 2015 mit fast doppelt so vielen Listen wie noch 2005 angetreten und konnte zumindest in etwas mehr als 10% aller Gemeinden eine Alternative anbieten. Bei den sonstigen Listen wurde ebenfalls ein Negativtrend umgekehrt. Statt in 80% gab 2015 wieder nur mehr in 70% der Gemeinden keine sonstige Liste. Damit wurde wie bei der FPÖ der Höchststand von 2000 nahezu erreicht. Allerdings sind 201 Gemeinden trotzdem ohne parteiungebundene Liste geblieben, was angesichts der Proteste gegen die Gemeindestrukturreform zunächst doch recht überraschend scheint.

8.2.2 Listen pro Gemeinde

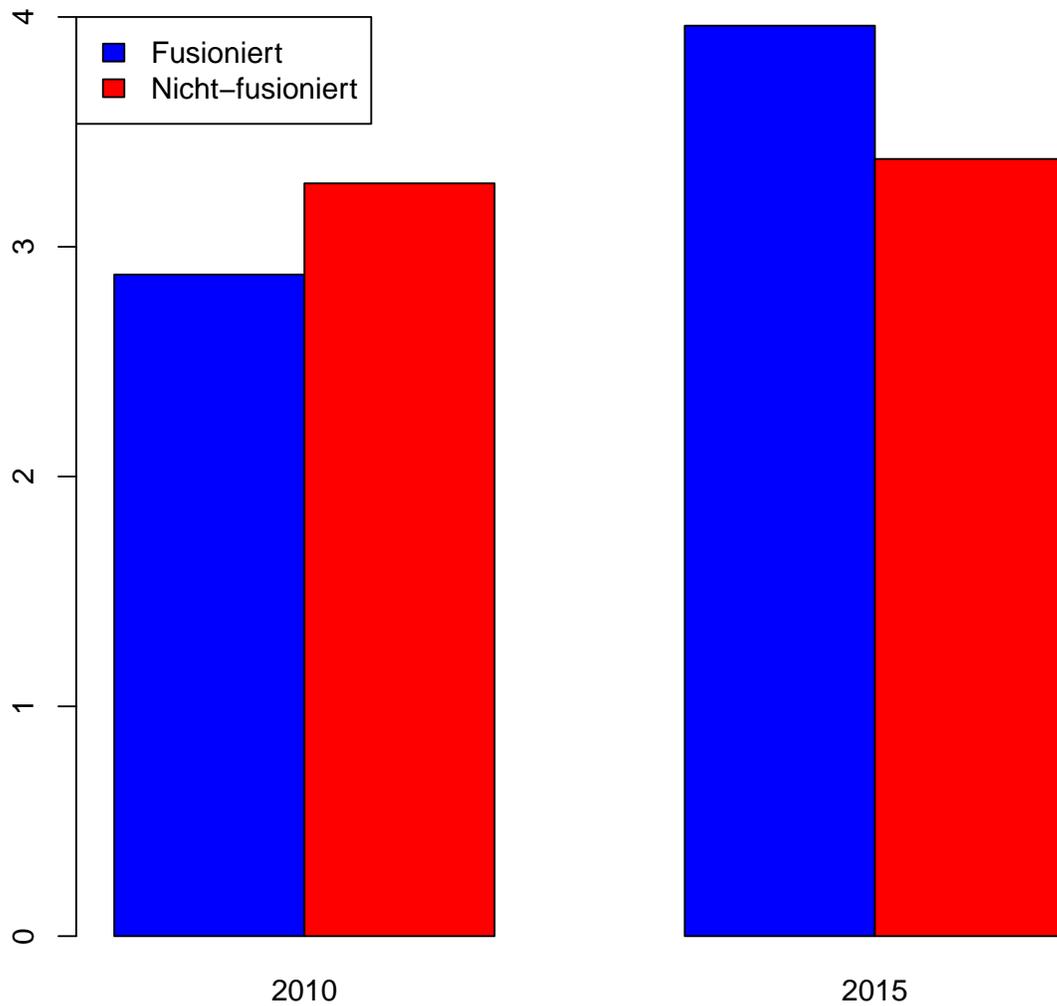
Eine zweite grundlegende Frage ist, ob sich die Anzahl der Listen pro Gemeinde im Zeitverlauf verändert hat. Diese Fragestellung ist dreizuteilen. Zunächst ist zu hinterfragen, wie sich die Konkurrenzsituation in den alten Gemeinden zwischen 1995 und 2015 verändert hat. Sprich, ob sich in den alten Grenzen schon zunehmend Listen gebildet haben. Der zweite Teil der Frage ist, ob sich in den neuen Grenzen Divergenzen zwischen vorher und nachher zeigen. Hierbei gilt für jede neugebildete Gemeinde, dass das arithmetische Mittel über die Summe der fusionierten Gemeinden herangezogen wird. Daneben sollte darauf hingewiesen werden, welche die minimale und maximale Anzahl in den alten Gemeinden darstellte.

Jahr	Gemeinden	Anzahl	Mittelwert	Median	Minimum	Maximum
2015	286	1043	3.647	3	2	10
2010	546	1634	2.993	3	1	8
2005	546	1604	2.938	3	1	6
2000	547	1771	3.238	3	1	9
1995	547	1773	3.241	3	1	9
1990	546	1625	2.976	3	1	8

Tabelle 3: Listen pro Gemeinde im Durchschnitt

Betrachtet man zunächst die rein absoluten Veränderungen, so zeigte sich eine wellenförmige Entwicklung. Von 1990 bis 2000 stieg die Anzahl der Wahlalternativen pro Gemeinde von etwas unter 3 auf knapp 3.25 um danach wieder knapp unter die 3 abzurutschen. 2015 hingegen sind dagegen signifikant mehr Listen in den Gemeinden angetreten als zuvor, nämlich 3.65. Der Median verändert sich nicht, das heißt, dass zu allen Zeitpunkten die häufigste Konstellation eine Gemeinderatswahl mit drei wahlwerbenden Parteien ist. Der Minimum-Maximum-Vergleich weist zusätzlich auf eine Zunahme der Konkurrenz hin, da nun in jeder Gemeinde mindestens zwei - bis zu zehn - Parteien zur Auswahl stehen. Der veränderte Minimalwert ist ein noch einmal ein deutlicher Hinweis auf die Aussagen des vorhergehenden Unterpunktes. Zum Vergleich bei den Landtagswahlen traten 1995 8 Parteien an, 2000 7, 2005 und 2010 jeweils 8 und 2015 sogar 9. Bei den Nationalratswahlen waren 1999 noch 8 Parteien am Wahlzettel, 2002 nur mehr 6, 2006 7, 2008 und 2013 dann aber 10 Parteien.

Durchschnittliche Anzahl an Listen pro Gemeinde



Auf Basis der neuen Bezirksgrenzen, die seit 2013 gelten, zeigen sich klare Tendenzen einer Zunahme an Parteien pro Gemeinde innerhalb jedes Bezirkes. Die vereinzelt durchgeführten Bezirkswechsel wurden in dieser Berechnung berücksichtigt. Die durchschnittliche Anzahl pro Gemeinde steigt um 0.41 bis 0.84 Parteien innerhalb jedes Bezirkes. Eine Ausnahme stellt der Bezirk Leoben dar, dort gab es im Gegensatz zum Rest der Steiermark nur eine Fusion und eine Gemeinde, die in einen anderen Bezirk wechselte. Deshalb ist der konstante Durchschnitt womöglich, andererseits gab es im Bezirk Leoben auch den deutlich größten Mittelwert vor der Gemeindestrukturreform (3.75). Im Vorfeld gab es zwischen 2005 und 2010 dagegen kaum Veränderungen, die Werte lagen zwischen -0.06 und 0.2. Die Ausnahme stellt wiederum der

Bezirk Leoben dar, in welchem der Mittelwert um 0.39 zunahm. In diesem Bezirk könnte es sein, dass die Veränderung einfach früher antizipiert wurde. Das Maximum 2015 lag im Bezirk Graz-Umgebung, mit durchschnittlich über 4.4 Parteien pro Gemeinde, das Minimum in Hartberg-Fürstenfeld (3.25). Vor der Gemeindestrukturereform war die durchschnittliche maximale Anzahl an Parteien pro Gemeinde in Leoben (3.72) gelegen, Hartberg-Fürstenfeld war auch 2010 schon der Bezirk mit den wenigsten Parteien im Schnitt (2.67).

Bezirk	2015			2010		
	Gemeinden	Anzahl	Mittel	Gemeinden	Anzahl	Mittel
Deutschlandsberg	15	52	3.467	40	113	2.825
Graz-Umgebung	36	160	4.444	56	202	3.607
Leibnitz	29	107	3.690	52	151	2.904
Leoben	16	60	3.750	18	67	3.722
Liezen	29	99	3.414	52	156	3.000
Murau	14	47	3.357	34	91	2.676
Voitsberg	15	59	3.933	25	79	3.160
Weiz	31	102	3.290	55	157	2.855
Bruck-Mürzzuschlag	19	78	4.105	37	122	3.297
Hartberg-Fürstenfeld	36	117	3.250	67	179	2.672
Murtal	20	72	3.600	38	120	3.158
Südoststeiermark	26	90	3.462	72	197	2.736

Tabelle 4: Veränderung der durchschnittlichen Listenanzahl pro Bezirk

8.2.3 Unterschiede durch die Fusionen

Abschließend soll hinterfragt werden, ob sich Abweichungen zwischen fusionierten und nicht-fusionierten Gemeinden in der Konkurrenz zeigen. Der Mittelwertvergleich offenbart, dass die Fusionen zu einer Umkehrung der zuvor bestehenden Differenz zwischen fusionierten und nichtfusionierten Gemeinden haben. In fusionierten Gemeinden traten 2010 noch durchschnittlich 2.9 Parteien, 2015 dann fast 4. Bei den nichtfusionierten Gemeinden gab es nur eine geringe Zunahme, statt 156 traten 2015 157 Listen an. Der Durchschnitt liegt also bei beiden Zeitpunkten um 3.3. Eine potentielle Erklärung könnte sein, dass tendenziell kleinere Gemeinden aufgelöst worden sind, in denen oftmals nur wenige Listen angetreten sind. Beim Zusammenschluss von Gemeinden sind bereits bestehende Listen oder Ortsparteien auf das gesamte Gemeindegebiet ausgedehnt worden. Dies stimmt auch mit den Überlegungen hinsichtlich der Antritte pro Partei überein.

Bezirk	2015							2010						
	FUS	Sum	Mittel	NF	Sum	Mittel	Diff	FUS	Anzahl	Mittel	NF	Sum	Mittel	Diff
Deutschlandsberg	8	31	3.88	7	21	3.00	0.88	33	88	2.67	7	25	3.57	-0.91
Graz-Umgebung	12	62	5.17	24	98	4.08	1.08	32	110	3.44	24	92	3.83	-0.39
Leibnitz	11	42	3.82	18	65	3.61	0.21	34	95	2.79	18	56	3.11	-0.32
Leoben	1	5	5.00	15	55	3.67	1.33	3	13	4.33	15	54	3.60	0.73
Liezen	15	57	3.80	14	42	3.00	0.80	38	114	3.00	14	42	3.00	0.00
Murau	10	36	3.60	4	11	2.75	0.85	30	79	2.63	4	12	3.00	-0.37
Voitsberg	8	32	4.00	7	27	3.86	0.14	18	53	2.94	7	26	3.71	-0.77
Weiz	11	40	3.64	20	62	3.10	0.54	35	97	2.77	20	60	3.00	-0.23
Bruck-Mürzzuschlag	11	48	4.36	8	30	3.75	0.61	29	92	3.17	8	30	3.75	-0.58
Hartberg-Fürstenfeld	17	60	3.53	20	60	3.00	0.53	48	125	2.60	19	54	2.84	-0.24
Murtal	10	39	3.90	10	33	3.30	0.60	28	86	3.07	10	34	3.40	-0.33
Südoststeiermark	16	63	3.94	10	27	2.70	1.24	62	171	2.76	10	26	2.60	0.16

Tabelle 5: Listen pro Bezirk

8.3 Gewinne und Verluste

Die deskriptiven Statistiken wurden auf selber Grundlage wie jene zu den Nationalratswahlen vollzogen, indem die absoluten und prozentuellen Werte sowie die Zugewinne und Verluste gegenübergestellt wurden. Die ÖVP verliert 35000 Stimmen gegenüber 2015, die SPÖ 38500. Bei beiden Großparteien fallen die Verluste beim Vergleich mit dem längerfristigen Mittel aber stärker auseinander. Die ÖVP erreichte 2010 ihren Höchststand, weshalb die Verluste 2015 drastischer ausfallen als gegenüber dem Mittel von 1995 bis 2010 (minus 13800). Die SPÖ verliert gegenüber dem Mittel sogar noch weit mehr, nämlich 49500 WählerInnen. Die FPÖ gewinnt 2015 39000 Stimmen, gegenüber dem Mittel 27000. Die KPÖ legt um 1700 WählerInnen leicht zu. Die Grünen gewinnen auch substantiell - angesichts ihrer schwachen Basis in den Kommunen -, indem 6800 WählerInnen mehr als 2010 angesprochen werden konnten. Sonstige Listen gewinnen 4000 WählerInnen hinzu, gegenüber dem Mittel um 8800.

Beim Vergleich der Gewinne und Verluste in Fusions- und Nicht-Fusionsgemeinden zeigt sich, dass die ÖVP in fusionierten Kommunen mit 4 Prozentpunkten (-5.8%) deutlich stärker als in den restlichen Gemeinden einbüßt. Die SPÖ verliert in fusionierten Gemeinden fast gleichviel (-5.5%), aber dennoch stärker als in nicht-fusionierten Gemeinden (-4.7%). Bei der SPÖ sind die Verluste gegenüber dem längerfristigen Mittel noch stärker, in beiden Kategorien genau -7.1%. Die FPÖ erreicht in Fusionsgemeinden ungleich stärkere Zugewinne (+8.3%), in nicht-fusionierten Kommunen lukriert sie ebenfalls weit mehr WählerInnen als 2010 (+5.1%), liegen dort aber nur wenig über den Höchstwerten von 1995 und 2000. In Fusionsgemeinden sind die Zugewinne auch gegenüber dem Mittel mit 6.1% stark. Die KPÖ hat ein leicht stärkeres Plus in Fusionsgemeinden. Die Grünen gewinnen in Fusionsgemeinden einen Prozentpunkt mehr. Das Verhältnis zwischen den beiden Kategorien ist nun fast ausgeglichen, nachdem sie vorher ein klares Übergewicht in nicht fusionierten Gemeinden hatten. Sonstigen Listen ergeht es ähnlich, das Verhältnis wurde nun durch die um 0.9 Prozentpunkte stärkeren Zugewinne in Fusionsgemeinden egalisiert.

Berücksichtigt man zudem, dass nur SPÖ und ÖVP überall Listen zur Wahl stellen konnten, verändern sich die Prozentanteile teils deutlich. Die FPÖ hat in den Gemeinden, in denen sie angetreten ist, einen Prozentpunkt mehr erlangt als im Gesamtergebnis, die Grünen 3.3, die KPÖ 5, die sonstigen Listen 9.7. Die FPÖ läge in fusionierten Gemeinden nur leicht besser, in nicht-fusionierten Gemeinden deutlich besser. Die Grünen lägen ebenfalls in nicht-fusionierten Gemeinden klar besser, auch die KPÖ läge dort besser, insgesamt in beiden Kategorien weit besser. Sonstige Listen lägen in Fusionsgemeinden um 8.6 Prozentpunkte höher (15.2%), in den restlichen Gemeinden um 11.8 Prozentpunkte (18.4%). Bei den Zugewinnen verkehren sich die Verhältnisse ins Gegenteil. Die FPÖ gewinnt bei ihren Antritten durchschnittlich 6.6%, in den fusionierten Gemeinden 7.3%, in nicht-fusionierten Gemeinden 5%. Die Grünen haben um 1.8% zugelegt, in Fusionsgemeinden um 2.3% (gegenüber 1%). Die KPÖ gewinnt gesamt 0.6%, in den Fusionsgemeinden 1.8%, in den nicht-fusionierten Gemeinden wurden sogar Verluste von 0.35% eingefahren. Sonstige Listen gewinnen 3.9%, in den Fusionsgemeinden 5.7%. In den restlichen Gemeinden ohne Zusammenlegung verloren die sonstigen Listen 3.2%, allerdings von einem weit höheren Niveau ausgehend (über 21%).

Ein interessantes Detail ist, dass die FPÖ sogar bei den Mandaten absolut gesehen gewinnt, obwohl die zu vergebenden Mandate durch die Zusammenlegungen der Gemeinden um ein knappes Drittel reduziert wurden. Auch die Grünen und die KPÖ erlangen 2015 mehr Mandate als 2010. Stimmenmäßig erreichen sämtliche Parteien abseits der Regierung aus SPÖ (2005) und ÖVP (2010) ihr Maximum bei den Gemeinderatswahlen 2015. Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die SPÖ generell verliert, die ÖVP überproportional in Fusionsgemeinden, wo die FPÖ umgekehrt überproportional zulegt.

8.4 Mehrheitswechsel

Eine andere Dimension, die noch interessante Ergebnisse zu Tage fördern könnte, ist die Frage, ob sich bei den Gemeinderatswahlen von 2015 im Vergleich zu 2010 die Mehrheiten in Gemeinden verschoben haben. Die Mehrheiten von 2010 beziehen sich auch wiederum auf die Gebiete der neuen Gemeindestruktur. In erster Linie wird die Veränderung anhand der absoluten Stimmen gemessen, da dies am besten vergleichbar ist, aber auch die Mandatsstärken in den Gemeinden können in Relation zu der Summe der Mandate von 2010 gesetzt werden. Untenstehende Tabelle 6 gibt Aufschlüsse über die Verschiebungen in den Gemeinden und Gemeinderäten. Die untersuchten Dimensionen sind Fusion versus Nicht-Fusion sowie Gemeinden, in denen Klagen und die Gemeindeinitiative aufgekommen sind.

2015-2010	Gesamt	in Stimmen	%	in Mandaten	%
Gesamt	286	26	9.09%	28	9.79%
FUS	130	15	11.54%	15	11.54%
NF	156	11	7.05%	13	8.33%
Klage	29	3	10.34%	5	17.24%
Initiative	89	8	8.99%	10	11.24%

Tabelle 6: Mehrheitswechsel bei den Gemeinderatswahlen

In jeder elften Gemeinde gab es 2015 eine andere Mehrheitspartei als 2010. In der Veränderung der absoluten Stimmen zeigt sich ein gewisser Überhang von fusionierten Gemeinden gegenüber nicht-fusionierten Gemeinden (11.5% zu 7%). Dies ist allerdings weniger auffällig als zu vermuten gewesen wäre. Als Einschränkungen müssen folgende Aspekte aber auch betont werden. Erstens, wenn auf Basis der neuen Gemeinden gerechnet wird, ist die Stärke der Ortsparteien von 2015 oft nicht die gleiche wie 2010, weil sie in fusionierten Gemeinden nicht überall angetreten sind. Deshalb ist aus meiner Sicht das Potential in Fusionsgemeinden per se schon höher. Zweitens, der Wechselwunsch als Ausdruck des Protests dürfte durch indirekte Wahlen weniger zum Tragen gekommen sein, da die Person des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin zur Disposition steht und erst in zweiter Linie die Parteien.

Die Dimensionen Klage und Initiative zeigen nur geringe Abweichungen vom Gesamtdurchschnitt. In klagenden Gemeinden ist nur das stärkere Kippen der Mandatsmehrheiten bemerkenswert. Allerdings ist wieder einschränkend anzumerken, dass erstens es in oft nur einzelne alte Gemeinden und nicht sämtliche Vorgängergemeinden Klagen eingebracht haben - sprich nicht die neue Gemeinde als Ganzes hat geklagt, sondern nur ein Teil. Zweitens, wenn der Bürgermeister eine Klage einbringt, wird ihm das eher als „heldenhaft“ ausgelegt und ein gewisser Bonus wirkt möglicherweise gegenüber dem Malus, der aus der Fusion entstehen kann. Insgesamt zeigt sich aber wiederum, dass die Gemeinderatswahlen - wahrscheinlich auch durch ihr verkapptes Hauptwahlmotiv des/der BürgermeisterIn - tatsächlich noch die am wenigsten von den Fusionen durchdrungene Ebene hinsichtlich der Wahlergebnisse darstellt.

8.5 Regressionsanalyse

Bei den Gemeinderatswahlen sind die Verluste der Reformpartner noch überschaubar ausgefallen. Dies äußert sich bis zu einem gewissen Grad auch in den Regressionsanalysen. Beim Vergleich von Fusions- zu Nicht-Fusionsgemeinden zeigen sich aber praktisch dieselben Mus-

ter wie schon bei der Nationalratswahl eineinhalb Jahre zuvor. Die ÖVP verliert fast gleich stark wie die SPÖ, allerdings sind die schwarzen Verluste signifikant (p-Wert von 0.06). Bei der SPÖ verlaufen die Einbußen wie zuvor recht parallel. Die FPÖ gewinnt zwar recht stark hinzu, allerdings war sie 2015 gegenüber 2010 fast in jeder Gemeinde präsent. Die Zugewinne sind daher fast zwangsläufig, allerdings sind sie auch hoch signifikant (p-Wert von 0.02). Die KPÖ gewinnt ebenfalls substantiell hinzu, die Grünen noch leicht, beides allerdings ohne wesentliche Unterschiede zwischen den Gemeindetypen. Die FPÖ-Gewinne fallen allerdings gegenüber den Stimmengewinnen der sonstigen Listen noch gering aus. Zudem ist das Ergebnis hoch signifikant (p-Wert 0.035), die sonstigen Listen haben also in Fusionsgemeinden besonders stark reüssiert.

Auf Basis des längerfristigen Trends der Gemeinderatswahlen 1995 bis 2015 fallen die ÖVP-Verluste schon um einiges weniger hoch aus, allerdings immer noch mit signifikanten Unterschieden zwischen den fusionierten und nicht-fusionierten Gemeinden. Bei der SPÖ sind die Verluste für beide Untersuchungszeiträume sogar identisch und wieder insignifikant. Langfristig verliert die SPÖ also deutlich stärker gegenüber der ÖVP. Auch die FPÖ-Zugewinnen werden in der langen Frist durchaus relativiert. In den 1990ern hatte die Partei schon weit mehr Ortsparteien und Listen, dennoch sind die Differenzen zwischen den Gemeindetypen auch hier hoch signifikant. Bei den Grünen fallen die nicht großen Zuwächse noch einmal geringer aus, bei der KPÖ hingegen sind die Zuwächse enorm. Beide Ergebnisse sind aber insignifikant. Die KPÖ-Zugewinne sind auch damit erklärbar, dass die Partei erst langsam (wieder) mehr und mehr Listen aufstellen kann. Die Sonstigen Listen gewinnen zwar auch langfristig am deutlich meisten hinzu. Allerdings sind die Unterschiede nicht mehr signifikant. Bei Bürgerlisten scheint bei der Gemeinderatswahl 2015 tatsächlich ein besonderer Effekt der Fusionen zum Tragen gekommen zu sein.

Bei Aufgliederung der Gemeinden geht die Signifikanz bis auf ein Ergebnis vollständig verloren. Dennoch sind bei klagenden Gemeinden die noch einmal deutlich stärkeren SPÖ-Verluste insgesamt erwähnenswert und die weit geringeren FPÖ-Zugewinne. Gerade in diesen Gemeinden führen die sonstigen Listen ihre größten Erfolge ein. Hier legen sie um 309 Stimmen mehr pro Fusionsgemeinde (gegenüber den Nicht-Fusionsgemeinden) zu und dies signifikant. Ein ungeschlagener Wert in der gesamten Analyse. Die Gemeindeinitiative bewirkt keine signifikanten Unterschiede zwischen den Gemeinden, hier werden sämtliche Gewinne und Verluste - teilweise stark - gedämpft, die KPÖ hat hier sogar verloren.

Insgesamt können klare Parallelen zur Nationalratswahl 2013 hergestellt werden. Die ÖVP-Verluste sind wie die FPÖ-Zugewinne signifikant in der Unterscheidung zwischen fusionierten

und nicht-fusionierten Gemeinden, allerdings ist die Signifikanz geringer. Die SPÖ-Verluste sind wiederum insignifikant, die Zugewinne der KPÖ wie der Grünen ebenfalls. In den weiteren Analysedimensionen werden sämtliche Ergebnisse insignifikant, wenngleich die Richtungen der Effekte gleich bleiben. Aus meiner Sicht gilt es vor allem das Ergebnis der sonstigen Listen hervorzuheben. Wie bereits aus der deskriptiven Analyse zu erwarten war, sind die Bürger- und Namenslisten neben den Freiheitlichen die großen Gewinner der Gemeinderatswahlen. In allen Abstufungen sind die Effekte deutlich positiv, aber nicht immer signifikant. Die primäre Unterscheidung von fusionierten zu nicht-fusionierten Gemeinden ist im Vergleich 2015 zu 2010 hoch signifikant. Im längerfristigen Vergleich - ab 1995 gemessen - sind die Zugewinne nicht mehr signifikant. Dies unterstreicht, dass die parteiunabhängigen Listen schon früher - 1995 und 2010 wieder - teilweise starke Ergebnisse einfuhren, aber vor allem 2000 und 2005 wieder deutlich zurückgedrängt wurden. Zudem beweist dies, dass die Formierung sonstiger Listen 2015 wesentlich von den landespolitischen Begleitumständen beeinflusst war. Die Gemeindestrukturreform ist mancherorts sicherlich wesentliches Thema gewesen, aber nicht ausschließlich wie die anekdotischen Beispiele nahelegen. Vor allem sind die Fusionen aber in den Gemeinden, die mit ihrem Widerstand bis vor den Verfassungsgerichtshof gingen, eine gute Erklärung. Die sonstigen Listen liegen in diesen Gemeinden signifikant besser als in sämtlichen anderen Gemeinden. Somit lässt sich sagen, dass für die großen und kleinen Parteien die Muster der Nationalratswahl recht nahtlos fortsetzen, wesentliche Erkenntnis sind aber die Ergebnisse der SONSTIGEN. Zum einen liegen sie in den Fusionsgemeinden signifikant besser als noch bei der letzten Wahl - aber nicht langfristig, zum anderen haben sie auch in klagenden Gemeinden signifikant bessere Ergebnisse als zuvor erreicht.

9 Landtagswahl 2015

Die Landtagswahl wurde mit Spannung erwartet, auch weil die Gemeinderatswahl den Reformpartnern nur wenig Aufschluss über die Auswirkungen der Reformen lieferte. Letztendlich überraschte das Ergebnis insofern, da der Landeshauptmann entgegen aller Erwartungen von der SPÖ zur ÖVP wechselte. Poier (2016) verweist teilweise zu Recht darauf, dass die Wahlergebnisse der steirischen SPÖ und ÖVP bei Nationalrats- und Europawahlen schon länger weit niedriger lagen als bei den Landtagswahlen. In diesem Sinne setzt er die Landtagswahlergebnisse zu jenen der Nationalratswahl in Vergleich. Bei dieser Betrachtung gibt es viele Gewinner. SPÖ, ÖVP und FPÖ liegen über ihrem Nationalratswahlergebnis, Verlierer sind dagegen die Grünen und insbesondere das Team Stronach. Zusätzlich setzt er das Ergebnis in Kontext zum Trend der Landtagswahlergebnisse der letzten 30 Jahre. Die Ergebnisse der drei großen Parteien wiesen dabei auch große Ausreißer auf. Die ÖVP folgte insgesamt einem steilen Abwärtstrend, während die FPÖ einem steilen Aufwärtstrend folgte. Die SPÖ stagniert längerfristig. Die ÖVP- und FPÖ-Ergebnisse sind in diesem Sinne folgerichtig, die SPÖ verlor wieder ihren Bonus, den Landeshauptmann Voves lange garantierte.

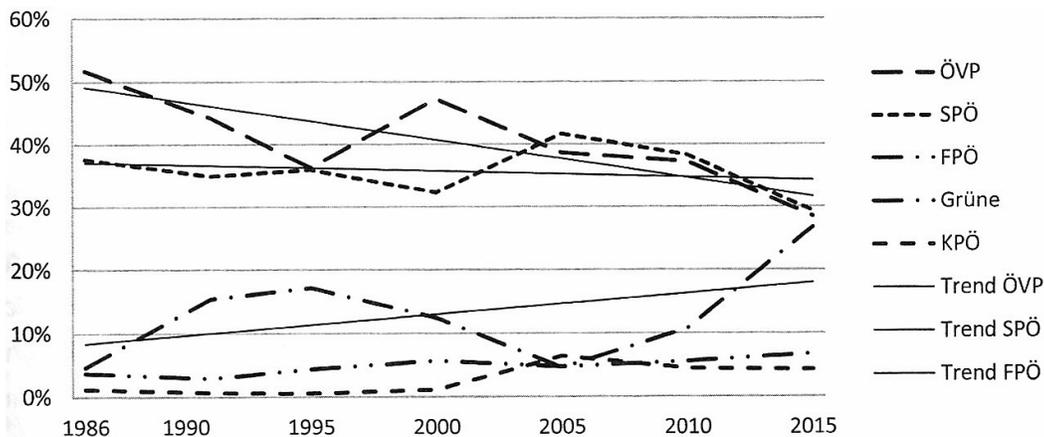


Abbildung 4: Ergebnisse der Landtagswahlen in der Steiermark 1986-2015²³⁴

9.1 Deskriptive Statistiken

Bei den Landtagswahlen 2015 haben die SPÖ und ÖVP massiv an Stimmen verloren. Zieht man als Vergleichswert das Mittel der vier vorhergehenden Landtagswahlen zu Rate, sind

²³⁴ Poier 2016, Abbildung 1, S.139.

die ÖVP-Verluste noch einmal drastischer. Die FPÖ verdreifachte 2015 ihren Stimmenanteil nahezu und errang einen Erdrutschsieg, der sie nahe an SPÖ und ÖVP heranführte. 2005 war die FPÖ sogar aus dem Landtag geflogen. Die Grünen legen über die Zeit leicht zu, während die KPÖ seit 2005 stagniert. Die KPÖ wäre ohne Graz nie im Landtag, auch die Grünen schafften auch erst 2015 über 5% im restlichen Bundesland.

Das Ergebnis von 2015 fällt für die Regierungsparteien in Nicht-Fusionsgemeinden deutlich besser aus, die SPÖ liegt um 1.4 Prozentpunkte besser, die ÖVP um 1.9, die FPÖ in Fusionsgemeinden dagegen um 1.9 Prozentpunkte besser. Die Grünen und die KPÖ liegen zwischen 0.1-0.2 Prozentpunkte besser in den fusionierten Kommunen. Der längerfristige Trend kehrt sich bei den drei großen Parteien 2015 um. Die SPÖ liegt zwar in Nicht-Fusionsgemeinden stets besser, das Verhältnis nahm aber vor 2015 kontinuierlich ab. 2015 steigt die Differenz zu Gunsten der Nicht-Fusionsgemeinden um 0.9 auf 1.4 Prozentpunkte. Bei der ÖVP kehrt sich das Verhältnis überhaupt vollständig um. Bis 2015 liegt die Volkspartei zwischen 0.9 und 1.5 Prozentpunkte besser in den später fusionierten Gemeinden. 2015 liegt sie dagegen 0.9 Prozentpunkte schlechter in diesen Gemeinden. Bei der FPÖ ist die Differenz vor 2015 relativ ausgeglichen, 2010 erreichen sie 0.3 Prozentpunkte mehr in Nicht-Fusionsgemeinden. 2015 sind die massiven Zugewinne in den fusionierten Gemeinden noch einmal höher ausgefallen, so liegen sie dort um 1.9 Prozentpunkte besser (eine Differenz von 2.2 gegenüber 2010). Die Grünen und die KPÖ liegen nach der Fusionswelle nahezu ausgeglichen.

Die SPÖ verliert um 0.9 Prozentpunkte mehr in Fusionsgemeinden, die ÖVP sogar um 2.4 Prozentpunkte. Gewinner dieser Situation ist die FPÖ, die in den Fusionsgemeinden um 2 Prozentpunkte mehr zulegen. Auch die Grüne gewinnen in den Fusionsgemeinden leicht mehr (+0.45 Prozentpunkte), ebenfalls die KPÖ (+0.4), die ansonsten in Nicht-Fusionsgemeinden 2015 sogar Verluste einfuhr. Die Regierungskoalition verliert insgesamt gesehen also recht deutlich, in fusionierten Kommunen noch einmal stärker an die FPÖ. Aber auch die restlichen Parteien im Landtag oder knapp gescheiterten Parteien reüssieren dort besser.

9.2 Interpretation des Wahlergebnisses

Poier befindet, dass durch die Landtagswahl der Trend der Dekonzentration des Parteiensystems fortgesetzt wurde. Des Weiteren kommt es bei immer mehr Wahlen zu einer thematischen Überlagerung von allen Ebenen, von der besonders - auch diesmal - die FPÖ profitiert.²³⁵ Auffällig ist, dass die Zustimmung zur Reformpartnerschaft fast ihrem Stimmenanteil

²³⁵ Vgl. Poier 2016, S.143.

entspricht. Laut einer Wahltagsbefragung von SORA/ISA (für den ORF, n=1202) bewerteten 59% der Befragten die Reformpartnerschaft eher positiv, SPÖ und ÖVP erreichten zusammen 57.74% der Stimmen. 29% der Befragten sahen die Reformpartnerschaft eher negativ, was wiederum in etwa dem FPÖ-Stimmenanteil entsprach, darüber hinaus gaben 12% keine Angabe.²³⁶ In der gleichen Umfrage wurden auch die Einzelmaßnahmen abgefragt, die teilweise weit heftiger abgelehnt wurden als die Reformpartnerschaft per se. Die Verkleinerung des Landtages (78% positiv), die Abschaffung der Proporzregierung (70%), das Nulldefizit im Landesbudget (63%), die Zusammenlegung von Bezirken und Gemeinden (60%) wurden allesamt deutlich begrüßt. Die sozialen Einschnitte wie die Abschaffung des Gratiskindergartens (71% negativ), die Einsparungen bei Sozialeinrichtungen (76%) und die Schließung von Spitälern und Spitalsabteilungen (84%) wurden unmissverständlich abgelehnt.²³⁷

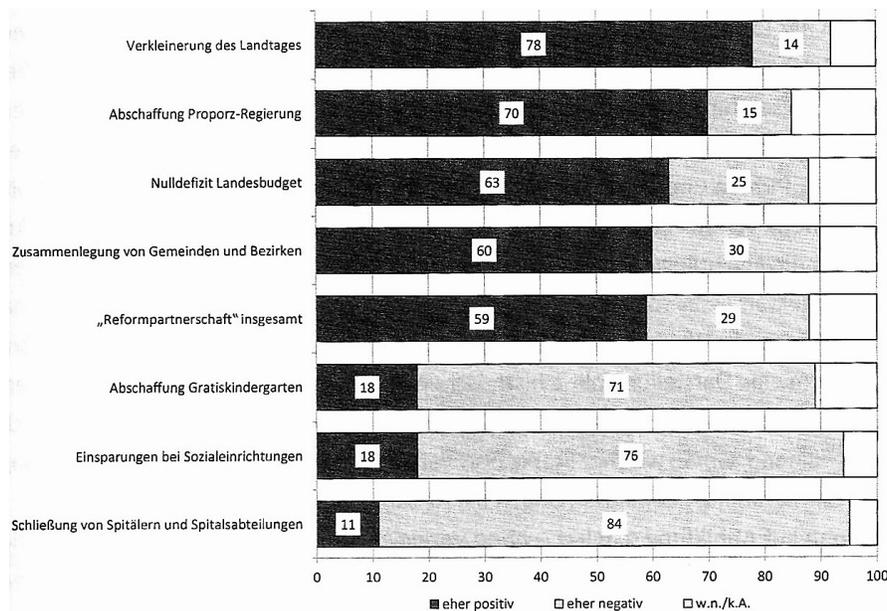


Abbildung 5: Bewertung der Projekte der Reformpartnerschaft²³⁸

9.3 Wählerstromanalyse

Vom Sozialforschungsinstitut SORA wurden für den ORF die Wählerströme bei der Landtagswahl hochgerechnet. Die beiden Großparteien hatten mit massiven Abwanderungen respektive Mobilisierungsproblemen zu kämpfen. Im Vergleich zu früheren Wahlen sind die

²³⁶ Vgl. Poier 2016, S.144-145.

²³⁷ Vgl. Poier 2016, S.144-145.

²³⁸ Poier 2016, Abbildung 7, S.145.

rund 60%, die SPÖ beziehungsweise ÖVP 2015 und 2010 gewählt haben, ein deutlicher Einbruch.²³⁹ Der SPÖ haben 154000 Personen, der ÖVP 145000 weiterhin die Treue gehalten. Die SPÖ verliert primär an die NichtwählerInnen (36000 Stimmen) und erst dann an die FPÖ (31000). Auch 16000 Stimmen wandern zur ÖVP. Diese internen Wählerwanderungen waren 2005 entscheidend für den SPÖ-Sieg und wie 2010 verlieren die Sozialdemokraten wieder Teile dieser Wählerschaft. Bei der ÖVP gehen die Verluste großteils an die FPÖ (56000 Stimmen) und erst dann an die NichtwählerInnen (23000). Ein knappes Viertel der ÖVP-WählerInnen von 2010 hat diesmal die FPÖ angekreuzt, bei der SPÖ ist es ein Achtel. Die FPÖ konnte 2015 73% ihrer WählerInnen wieder von sich überzeugen.²⁴⁰

Auch die Zugewinne der Grünen sind praktisch nur von Reformpartnern zugewandert. 15000 Grün-WählerInnen von 2010 haben sie 2015 wieder gewählt, 14000 Stimmen sind zu fast gleichen Teilen von SPÖ und ÖVP zugewandert. Die KPÖ hat nur ein Drittel ihrer Stimmen von 2010 gehalten, die neuen Stimmen sind von FPÖ, Grünen und NichtwählerInnen zugewandert. 6000 Stimmen von FPÖ-WählerInnen 2010 sind angesichts von 10000 gehaltenen KPÖ-WählerInnen von 2010 bemerkenswert. Auffällig ist, dass 8 von 10 NichtwählerInnen von 2010 wieder zu Hause bleiben, die restlichen Stimmen verteilen sich auf sämtliche Parteien.²⁴¹ Insgesamt verdeutlichen die Wählerströme, dass die Reformpartner überwiegend in Richtung FPÖ und NichtwählerInnen verloren haben.

Wählerstromanalyse Landtagswahl Steiermark 2015 (Zeilenprozent)									
	SPÖ 2015	ÖVP 2015	FPÖ 2015	Grüne 2015	KPÖ 2015	NEOS 2015	Sonst. 2015	Nichtw. 2015	Summe 2010
SPÖ 2010	61%	6%	12%	2%	3%	1%	1%	14%	100%
ÖVP 2010	2%	59%	23%	3%	1%	2%	1%	9%	100%
FPÖ 2010	5%	4%	73%	4%	1%	1%	2%	10%	100%
Grüne 2010	17%	23%	1%	42%	2%	5%	2%	7%	100%
KPÖ 2010	4%	7%	19%	15%	34%	3%	4%	13%	100%
Sonst. 2010	8%	11%	50%	3%	5%	2%	3%	18%	100%
Nichtw. 2010	5%	3%	5%	3%	2%	2%	1%	79%	100%
Summe 2015	61%	6%	12%	2%	3%	1%	1%	14%	100%

Abbildung 6: Wählerstromanalyse Landtagswahl Steiermark 2015²⁴²

²³⁹ Bei der Nationalratswahl 2013 waren es bei der SPÖ 72%, bei der ÖVP 73% und der FPÖ 69%.

²⁴⁰ Vgl. SORA 2015.

²⁴¹ Vgl. SORA 2015.

²⁴² SORA 2015.

9.4 Regressionsanalyse

Die Landtagswahlen sind für die Reformpartner desaströs verlaufen. SPÖ wie ÖVP verlieren massiv, während die Freiheitlichen in gleichem Maße stärker werden. Bei der Regression mit dem Treatment Fusionen zeigen sich diese Muster wieder. Einzig sind nun die Verluste der ÖVP wie auch die Gewinne der FPÖ höchst signifikant (p-Werte von Null). KPÖ und Grüne legen nicht übermäßig zu, dies auch insignifikant. In der längerfristigen Perspektive gibt es noch ein weiteres signifikantes Ergebnis. Die SPÖ verliert nicht nur mehr, sondern auch signifikant stärker in Fusionsgemeinden (p-Wert von 0.09). Dies ist der einzig signifikante Wert für die Sozialdemokraten. Die ÖVP-Verluste sind wie die FPÖ-Zugewinne wiederum höchst signifikant. Während die FPÖ-Gewinne etwas geringer ausfallen und den SPÖ-Verlusten in etwa entsprechen, verliert die ÖVP langfristig sogar dramatisch mehr, mit dem höchsten hier eruierten Wert (-262 Stimmen im Verhältnis von fusionierten gegenüber nicht-fusionierten Gemeinden). Die Wahlbeteiligung muss insofern beachtet werden, da sie auf Landesebene am schnellsten gefallen ist und deshalb die Parteien relativ am wenigsten zulegen oder einbüßen.

In den weiteren Merkmalen der Gemeinden zeigen sich diesmal auch signifikante Ergebnisse. In klagenden Gemeinden verliert die ÖVP auch übermäßig stark und signifikant. Die SPÖ verliert zwar auch mehr, aber nicht signifikant abweichend. Diese Gemeinden sind aber ein guter Boden für die FPÖ, die hier weit mehr zulegen kann und wiederum höchst signifikant. Auch die Grünen legen hier deutlich stärker zu, aber ohne signifikante Divergenz. In den „initiativen“ Gemeinden sind die ÖVP-Verluste wiederum signifikant und übersteigen die ebenfalls signifikanten FPÖ-Zugewinne. Bei der SPÖ fallen die Verluste in dieser Dimension sogar weit weniger drastisch aus. Das Ergebnis ist dadurch völlig insignifikant. Die Nicht-Signifikanz dieses Ergebnisses untermauert noch einmal, dass die SPÖ ihre Verluste überall relativ gleichmäßig eingefahren hat.

Gesamt gesehen weichen die Ergebnisse bei den Landtagswahlen teilweise doch deutlich von den vorangegangenen Nationalrats- und Gemeinderatswahlen ab. Die Richtung der Effekte bleibt zwar bei allen drei analysierten Wahlen für alle Parteien nahezu gleich, auffällig ist bei der Landtagswahl aber, dass weit mehr Dimensionen signifikante Effekte aufweisen. Die ÖVP verliert in den Fusionsgemeinden höchst signifikant mehr als in nicht-fusionierten Gemeinden, sowohl in der kurzen als auch der langen Frist. Gleiches gilt für die FPÖ vice versa. Allerdings sind bei diesen beiden Parteien nun auch die Kategorien KLAGE und INITIATIVE signifikant. Die ÖVP verliert in klagenden wie auch in initiativen Gemeinden signifikant mehr als in den restlichen Gemeinden, die FPÖ-Zugewinne in diesen beiden Kategorien sind sogar jeweils höchst signifikant. Die Veränderungen bei der KPÖ und den Grünen sind wie

bei den beiden anderen Wahlen wiederum in allen Fällen nicht signifikant. Interessant ist, dass es bei dieser Wahl auch bei der SPÖ ein signifikantes Ergebnis zu beobachten gibt. Zwar verliert die SPÖ bei allen Wahlen in allen Kategorien, allerdings recht parallel - egal wie die Gemeinden aufgliedert werden. Hier ist nun das Ergebnis für die Unterscheidung von fusionierten zu nicht-fusionierten Gemeinden in der langen Frist (1995 bis 2015) signifikant. Allerdings ist das Ergebnis im Vergleich von der letzten zur vorletzten Wahl nicht signifikant. Eine Erklärung, die sich auch aus der deskriptiven Analyse aufdrängt ist, dass die SPÖ zur Erringung des Landeshauptmannsessels 2005 vor allem Zugewinne in späteren Fusionsgemeinden zu verbuchen hatte und diese auch bei der folgenden Wahl noch relativ gut halten konnte. Die Verluste gegenüber 2010 erfolgen dann wieder relativ parallel. So gesehen, sind es also nicht übermäßig starke Einbußen in den Fusionsgemeinden zuletzt, sondern die vorhergehenden Zugewinne in diesen Gemeinden. Etwas vereinfacht, sind fusionierte Gemeinden eher ländliche Kleingemeinden, in denen die Sozialdemokraten traditionell eher schwach vertreten waren. Den Landeshauptmann zu stellen wäre aber ohne eine klare Verbesserung abseits der Hochburgen nicht möglich gewesen.

Der Frust über die Reformen der Landesregierung wurde also - wie es scheint - tatsächlich mehrheitlich auf die Landtagswahlen übertragen. Die Vermutungen waren zwar im Vorfeld von vielen politischen Beobachtern so geäußert worden, die etwas geringeren Einbrüche der Reformpartnerschaft bei den vorangegangenen Wahlen - als befürchtet oder erwartet - ließen wohl manchen SPÖ- oder ÖVP-Politiker zu früh aufatmen. Die Umfragen vor der Wahl ließen zwar auch klare Verluste für die Reformpartner erwarten, das FPÖ-Ergebnis wurde aber nicht ansatzweise vorhergesehen.²⁴³ Offen bleibt inwiefern die Erfolge der sonstigen Listen bei den Gemeinderatswahlen zu diesem erdrutschartigen Zugewinnen der FPÖ beigetragen haben. Die Frage nach dem Protest gegen die Landespolitik kann vielleicht durch den nun folgenden Auszug aus einer Analyse von Heinz P. Wassermann etwas besser dargestellt werden.

9.5 Analyse von Wassermann (2016)

Die Reformpartnerschaft fährt sowohl bei den Gemeinderatswahlen als auch bei den Landtagswahlen in jedem einzelnen Bezirke Verluste ein.²⁴⁴ Wassermann (2016) untersucht mögliche Einflussfaktoren, die mit den Wahlergebnissen auf Bezirksebene korrelieren und Unterschiede erklären könnten. Die Arbeitslosenrate könnte eine mögliche Erklärung sein. Der

²⁴³ Durchschnitt der letzten 8 Umfragen (neuwal.at): SPÖ 31.6%; ÖVP 29.1%; FPÖ 20.5%; GRÜNE 7.8%; KPÖ 4.6%

²⁴⁴ Vgl. Wassermann 2016, Tabelle 2, S.178; Tabelle 4, S.181.

Stimmenanteil der SPÖ, Grünen und KPÖ steigt mit der Höhe der Arbeitslosigkeit, während er für die ÖVP sinkt. Ebenfalls signifikant ist das Ergebnis für die FPÖ, die einen signifikant geringen Anteil bei steigender Arbeitslosigkeit erhält. Betrachtet man nur die Veränderung der Arbeitslosenrate über die letzten 12 Monate vor der Wahl, kommen die gleichen Resultate für SPÖ, KPÖ und ÖVP heraus, Grüne und FPÖ werden insignifikant.²⁴⁵

Der Einfluss der Bezirksfusionen ist, dass SPÖ und KPÖ besser, ÖVP und FPÖ schlechter liegen. Für die FPÖ gilt aber, dass sie signifikant stärkere Ergebnisse in fusionierten Bezirken erreicht. Für die Grünen gilt dasselbe für nicht-fusionierte Bezirke. Die ÖVP-Verluste sind zudem in fusionierten Bezirken stärker.²⁴⁶ Bei den Gemeindefusionen gibt es nur wenige signifikante Faktoren. Die FPÖ liegt prozentuell signifikant besser in fusionierten Gemeinden bei der Landtagswahl, die Zuwächse sind in diesen Gemeinden - sowohl bei der Gemeinderats- als auch Landtagswahl - hoch signifikant. Die Verluste der ÖVP sind ebenfalls bei beiden Wahlen signifikant stärker in Fusionsgemeinden. Die Wahlergebnisse sind dagegen nicht signifikant. Bei den Grünen sind die Ergebnisse in nicht-fusionierten Gemeinden signifikant stärker. Bei der SPÖ gibt es dagegen keine signifikanten Divergenzen, lediglich bei der Landtagswahl sind die Verluste in Fusionsgemeinden signifikant höher (um ca. 1 Prozentpunkt).²⁴⁷

Die Einschnitte in der Gesundheitsversorgung wurden nur auf Basis der Bezirke überprüft. Die FPÖ liegt in Bezirken mit Spitalsschließungen o.Ä. hoch signifikant besser, mit ebenso hoch signifikanten Zuwächsen. Bei den Grünen und der KPÖ sind diese Ergebnisse genau umgekehrt. Interessant ist, dass SPÖ und ÖVP in ihren Ergebnissen keine signifikanten Unterschiede zwischen betroffenen und nicht-betroffenen Bezirken aufweisen, wohl aber hoch signifikant stärkere Verluste in betroffenen Bezirken hinnehmen mussten.²⁴⁸ Eine weitere Dimension ist die Frage der kandidierenden Parteien bei den Gemeinderatswahlen. Laut Auswertung ist mehr Konkurrenz prinzipiell schädlich für die Ergebnisse der ÖVP und der Grünen. Die Verluste der Reformpartner sind hoch signifikant höher, sobald mehr Konkurrenz in einer Gemeinde aufgetreten ist. Die Ergebnisse der FPÖ sind insignifikant.²⁴⁹

Für zwei weitere Fragestellungen erstellt Wassermann einen Renitenzfaktor, also das Ausmaß des Widerstandes gegen die Gemeindefusionen. Die Mitgliedschaft bei der Gemeindeinitiative bewertet er mit 10 Punkten, eine gesetzlich verordnete Zusammenlegung mit 20 Punkten, den Gang vor den Verfassungsgerichtshof mit 40 Punkten ebenso wie das Einschreiten der

²⁴⁵ Vgl. Wassermann 2016, S.184.

²⁴⁶ Vgl. Wassermann 2016, S.186-187.

²⁴⁷ Vgl. Wassermann 2016, S.188-189.

²⁴⁸ Vgl. Wassermann 2016, S.190-191.

²⁴⁹ Vgl. Wassermann 2016, S.191.

Gemeindeaufsicht mit 40 Punkten. Die Ergebnisse für die ÖVP sind bei beiden Wahlen hoch signifikant und zwar je stärker ausgeprägt der Widerstand, desto schwächer die ÖVP. Auch deren Verluste sind signifikant höher. Die Ergebnisse der SPÖ sind in keiner Kategorie signifikant. Bei den Oppositionsparteien sind nur die Landtagswahlergebnisse signifikant, für die FPÖ, Grünen, KPÖ, FRANK, NEOS jeweils hoch signifikant, für die KPÖ signifikant. Die Zuwächse für FPÖ und Grünen sind ebenfalls hoch signifikant, für die KPÖ signifikant.²⁵⁰ Wenn nur fusionierte Gemeinden in die Berechnung einfließen, ergeben sich einige Veränderungen. Die SPÖ verliert signifikant mehr mit höherer Renitenz bei den Gemeinderatswahlen, bei der ÖVP werden die Veränderungen bei den Gemeinderatswahlen insignifikant. Bei der FPÖ ist nur mehr das Ergebnis der Landtagswahl hoch signifikant, der Rest nicht signifikant. Für die Grünen, KPÖ und NEOS sind die Ergebnisse bei der Landtagswahl ebenso hoch signifikant für stärkeren Widerstand. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass je stärker ausgeprägt die Renitenz, desto schwächer liegt die ÖVP und desto höher sind die SPÖ-Verluste.²⁵¹

Ein weiterer Aspekt sind die zwischen 2010 und 2015 vorgenommenen Schulschließungen, von denen 55 (von 286) Gemeinden betroffen waren. Die ÖVP liegt dabei in Gemeinden ohne Schließung signifikant höher, ebenso die Grünen. Sonst gibt es keine signifikanten Erkenntnisse.²⁵² Die Zahl der Wahlberechtigten wird abschließend als Indikator für die Gemeindegröße herangezogen. Wenig überraschend liegt die SPÖ in größeren Gemeinden signifikant besser - allerdings nur bei den Gemeinderatswahlen. Die ÖVP liegt bei beiden Wahlen mit steigender Gemeindegröße signifikant schlechter. Die Grünen liegen in größeren Gemeinden bei der Landtagswahl erwartungsgemäß hoch signifikant besser, bei den Gemeinderatswahlen aber hoch signifikant schlechter. Bei der FPÖ gibt es einen ähnlichen Widerspruch, da sie bei den Gemeinderatswahlen hoch signifikant mehr gewinnt in größeren Gemeinden, bei den Landtagswahlen aber signifikant weniger. Festhalten lässt sich, dass SPÖ und ÖVP unter einer hohen Wahlbeteiligung „leiden“, dann erreichen sie signifikant geringere Anteile, auch die SPÖ-Verluste fallen stärker aus.²⁵³

Abschließend sei auf untenstehende Tabelle 7 verwiesen, die Wassermann als zusammenfassende Signifikanztabelle ausweist. Nicht zu Unrecht konstatiert Wassermann, dass die volle Wucht sämtlicher Veränderungen auf das Wahlverhalten noch nicht bei den Gemeinderatswahlen, sondern erst bei der Landtagswahl durchgeschlagen hat. Somit fielen unliebsame Reformen primär auch auf die „Schuldigen“ der Reformpartnerschaft direkt zurück.

²⁵⁰ Vgl. Wassermann 2016, S.192.

²⁵¹ Vgl. Wassermann 2016, S.193.

²⁵² Vgl. Wassermann 2016, S.194.

²⁵³ Vgl. Wassermann 2016, S.195-197.

	Gemeinderatswahlen		Landtagswahlen	
	GE	Ppd	GE	Ppd
Arbeitslosenrate	2/28,6 %	0/0 %	6/75 %	2/40 %
Arbeitslosenrate Veränderung	1/14,3 %	1/16,7 %	5/62,5 %	2/40 %
Bezirksfusionsfaktor	3/42,9 %	0/0 %	5/62,5 %	4/80 %
Bezirksfusionsstatus	1/14,3 %	2/33,4 %	5/62,5 %	1/20 %
Gemeindefusionsfaktor	0/0 %	0/0 %	0/0,0 %	2/40 %
Gemeindefusionsstatus	1/14,3 %	2/33,4 %	2/25 %	5/100 %
Gesundheitsversorgung	0/0 %	0/0 %	3/37,5 %	5/100 %
Kandidierende Parteien	3/42,9 %	2/33,4 %	nb	nb
Renitenzfaktor1	1/14,3 %	1/16,7 %	6/75 %	4/80 %
Renitenzfaktor2	1/14,3 %	1/16,7 %	6/75 %	2/40 %
Schulschließungen	2/28,6 %	0/0 %	0/0,0 %	1/20 %
Wahlberechtigte	4/57,2 %	2/33,4 %	5/62,5 %	1/20 %
Wahlbeteiligung	3/42,9 %	2/33,4 %	7/87,5 %	2/40 %
Wahlbeteiligung Veränderung	1/14,3 %	4/66,7 %	3/37,5 %	2/40 %
Summe	23/23,5 %	17/20,2 %	53/50,9 %	33/50,8 %

Abbildung 7: Zusammenfassende Signifikanztabelle²⁵⁴

²⁵⁴ Wassermann 2016, Tabelle 23, S.199.

10 Zusammenfassung und Conclusio

Insgesamt müssen sämtliche Ergebnisse der Parteien einzeln analysiert werden, auch wenn sich gewisse Muster über sämtliche Wahlen durchziehen. Die Fusionen haben in Teilen das Ergebnis sicherlich mitbeeinflusst, aber sicher nicht in dem Ausmaß wie es die mediale Präsenz dieses Themas phasenweise vermuten ließ. Die Gemeindestrukturreform war eben nur Teil eines der drei Pfeiler der Reformpartnerschaft.

	SPÖ		ÖVP		FPÖ		GRÜNE		KPÖ		SONST	
Wahl	FUS	NF	FUS	NF	FUS	NF	FUS	NF	FUS	NF	FUS	NF
NRW	-5.92	-5.95	-5.32	-4.42	8.03	7.91	1.49	1.58	0.31	0.32		
GRW	-5.45	-4.67	-5.75	-1.77	8.32	5.09	1.65	0.62	0.40	0.25	1.26	0.38
LTW	-10.59	-9.66	-10.20	-7.82	18.98	16.84	1.25	0.81	0.04	-0.34		

Tabelle 7: Zusammenfassung der deskriptiven Ergebnisse (Prozentpunkte)

Die hohen Verluste der SPÖ sind bei den drei analysierten Wahlen kaum durch die Gemeindestrukturreform zu erklären. Dies verdeutlichen auch die nach Bezirk aufgeschlüsselten Gewinne und Verluste (siehe Appendix C). Einzige Ausnahme ist die Landtagswahl in der langfristigen Perspektive. De facto wurde die Aufbauarbeit, die unter Franz Voves geleistet wurde und wodurch sogar erstmals der Landeshauptmannsessel von der ÖVP geholt werden konnte, zu Nichte gemacht. Wie sich in der Analyse auch zeigt, waren die Ergebnisse der 2000er-Jahre nur möglich indem sich die SPÖ in den Gemeinden, die später fusioniert wurden, stetig verbesserte. Tendenziell sind dies eher kleinere und ländliche Gemeinden, wo die SPÖ traditionell Probleme hat. Durch die letzten Ergebnisse wurde die steirische SPÖ wieder stärker auf ihre Stammwählerschaft zurückgestutzt, wie es Anfang und Mitte der 1990er schon der Fall war. Die Gemeinderatswahlen waren auch nur eine Prolongierung der herben Verluste von 2010. Die starke Personalisierung der Landespolitik ist in diesem Zusammenhang also auch ein guter Erklärungsgrund für die starken Schwankungen, die zwischen den SPÖ- und ÖVP-Ergebnissen im letzten Vierteljahrhundert in der Steiermark geherrscht haben. Bei der Bewertung der SPÖ-Verluste müssen den sozialen Einschnitten und den strukturellen Problemen sicherlich mehr Gewicht zugeordnet werden, als nur der Gemeindestrukturreform.

Die ÖVP hat sich mit der Gemeindestrukturreform sicher mehr ins eigene Fleisch geschnitten als dies beim Koalitionspartner SPÖ der Fall war. Die ÖVP wird als konservative Partei in ganz Österreich als Garant für den Erhalt der Strukturen am Land gesehen und stellt nicht zufällig mit Abstand die meisten BürgermeisterInnen. Von daher stand für die Steirische Volkspartei von Haus aus mehr auf dem Spiel, als sie sich für Gemeindezusammenlegungen

stark machte. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die ÖVP bei allen drei Wahlen in Fusionsgemeinden signifikant stärker verloren hat. Die Verluste sind zwar damit nicht per se erklärt, aber die ungleich stärkeren Verluste in Fusionsgemeinden können als Malus aufgefasst werden. Speziell bei den Gemeinderatswahlen ist diese Schlussfolgerung zulässig, da die Verluste in nicht betroffenen Gemeinden in einem überschaubaren Rahmen geblieben wären. Noch dazu, da die Wahlen 2010 ein überragendes Ergebnis für die ÖVP brachten. Bei der Nationalratswahl mag der Boykottaufruf beiden Reformpartner-Parteien etwas geschadet haben, in welchem Ausmaß bleibt aber offen. Zweifelsohne ist die Wahlbeteiligung 2013 substantiell gefallen, aber auch bei der Landtagswahl, wo die Reformpartnerschaft auch außerordentlich schwache Behalteraten hatte. Die ÖVP hat durch die Fusionen sicher um einiges mehr an Verlusten einstecken müssen als prinzipiell vom Trend her zu erwarten gewesen wäre.

Die hohen Zugewinne der FPÖ sind zu einem guten Teil auch aus den Fusionen erklärbar, greifen aber bei teils erdrutschartigen Zugewinnen definitiv zu kurz. Die Ablehnung der Reformpartnerschaft an sich korreliert recht stark mit dem FPÖ-Ergebnis bei der Landtagswahl, einzelne Projekte wurden in der Bevölkerung sogar völlig abgelehnt. Von daher ist die prinzipielle Stimmungslage für Protest per se und Protestparteien jeglicher Art recht günstig gewesen, dieses Potential haben aber - mit Ausnahme der Gemeinderatswahlen - fast ausschließlich die Freiheitlichen abschöpfen können. Bei allen drei Wahlen sind die Zugewinne in den Fusionsgemeinden in der kurzen wie auch der langen Frist signifikant höher als in den anderen Gemeinden. Die Proteststimmung war also hier offenbar noch einmal ausgeprägter. Angesichts der historischen Ergebnisse der FPÖ Steiermark sind aber die Zugewinne bei der Nationalrats- und den Gemeinderatswahlen zu relativieren. Auch angesichts der Ergebnisse in anderen Bundesländer bei den letzten Wahlen spricht der Trend momentan recht stark für die FPÖ. Der dauerhafte Aufbau der kommunalen Organisationen stellte halt stets ein großes Problem dar. Das Ergebnis der Landtagswahl ist ob der massiven Zugewinne sicherlich überraschend ausgefallen, wobei die gesamte Stimmungslage den Rechtspopulisten 2015 in die Hände gespielt hat. Die Fusionen waren sozusagen noch ein kleiner Bonus, 19 Prozentpunkte in fusionierten gegenüber 17 in nicht-fusionierten Gemeinden lassen sich damit teilweise erklären. Vor allem sind die Gewinne in klagenden Gemeinden und jenen der Gemeindeinitiative signifikant höher gelegen, was bei den Gemeinderatswahlen noch nicht der Fall war. Die hat FPÖ erst bei der Landtagswahl ihr momentan existierendes Potential in hohem Maße erreichen können, weil es zum einen bei der Nationalratswahl ein starkes Team Stronach in der Steiermark und bei den Gemeinderatswahlen überparteiliche Bürger- und Namenslisten gab, speziell dort, wo die Ablehnung der Fusionen am stärksten ausgeprägt war. Die Landtagswahlen waren die Wahlen über die Verursacher der Reformen und deshalb

ist die negative Stimmung erst bei diesen Wahlen vollständig zum Tragen gekommen.

Die Grünen und die KPÖ haben in Ansätzen von den Verlusten der Reformpartnerschaft profitiert. Wie sich gezeigt hat, sind aber die Gemeinden, die von der Gemeindestrukturreform betroffen waren, für diese beiden Parteien höchst unauffällig. Die sozialen Einschnitte der Reformpartnerschaft - und andere Projekte abseits der ja an und für sich der Bevölkerung mehrheitlich befürworteten Fusionen - können viel eher eine Erklärung liefern. Die Grünen haben ihre in der Steiermark doch eher prekäre Lage etwas verbessern können, auch die KPÖ hat sich entgegen vieler Vermutungen im Landtag stabilisiert. Dennoch können diese beiden Parteien nur in geringem Maß als Profiteure der Reformpartner-Verluste geltend gemacht werden. Hilfreich war für beide, dass sie nun durch die Fusionen weniger weiße Flecken auf der Landkarte haben, wodurch zukünftige Gemeinderatswahlen besser gestaltbar sind.

Die Sonstigen Listen sind aus meiner Sicht besonders hervorzuheben. Bei den Gemeinderatswahlen haben die Bürger- und Namenslisten in Fusionsgemeinden signifikant stärker gewonnen, aber nur im Vergleich gegenüber 2010. Auch in der Kategorie Klage gewinnen sie signifikant mehr. Bei nur einem Drittel an Gemeinden, wo diese angetreten sind, haben die sonstigen Listen das Protestpotential gut ausgeschöpft. Die Proteste sind zwar nicht nur gegen die Gemeindezusammenlegungen gerichtet, aber in Teilen sicher ein gewichtiger Faktor gewesen. Vor allem wird dies anhand der klagenden Gemeinden ersichtlich, wo der Ärger bis zur Gemeinderatswahl nicht abebbte und sich dort deutlich manifestierte.

Bei den Nationalratswahlen waren die Reformen nur teilweise umgesetzt und daher dem SPÖ- und ÖVP-Ergebnis noch nicht ganz so abträglich wie 2015. Der Unmut war im Herbst 2013 aber in der Steiermark definitiv schon groß, die steirischen Ergebnisse waren für die Bundesparteien der Reformpartner auffällig schwach. Die Reformpartnerschaft stand zwar medial schon im Fokus, aber eher als Ausrede für die Bundespolitik. Die Aufregung über die Fusionen und insbesondere der Boykott dürften dabei überbewertet worden sein. Wenn man es vereinfachen möchte, ließe sich schlicht sagen, dass Voves und Schützenhöfer eben nicht zur Wahl gestanden sind. Bei den Gemeinderatswahlen zeigt sich, dass der Protest nur lokal zum Tragen ist und damit auch nur eingeschränkte Rückschlüsse auf die Ergebnisse möglich sind. Da die Steiermark als eines von zwei Bundesländern noch am indirekten Wahlsystem auf kommunaler Ebene festhält, sind die Gemeinderatswahlen Abstimmungen über die BürgermeisterInnen und weniger über Parteien. Dennoch fallen auf keiner anderen Ebene die Abweichungen zwischen fusionierten und nicht-fusionierten Gemeinden derart stark aus, allerdings insgesamt für die Reformpartner am geringsten. Die Landtagswahl war letztlich die Ebene, wo sich der Protest über viele einzelne Maßnahmen kumuliert hat. Die Fusionen

stellen nur einen kleinen Teil davon dar. Wie bei den Gemeinderatswahlen ist ein gewisser Fusionsmalus für die ÖVP zu konstatieren, der bei der FPÖ umgekehrt zum Bonus wird. Bei der Landtagswahl muss aber auch auf die sehr schwache Mobilisierung der Reformpartner und die insgesamt für Rechtspopulisten sehr förderliche Großwetterlage hingewiesen werden. Die Zustimmung zur Reformpartnerschaft an sich entsprach in etwa deren Stimmenanteil, wie eine fundamentale Ablehnung dem FPÖ-Anteil nahezu entsprach.

Wahl	Treatment	Zeitraum	ÖVP	SPÖ	FPÖ	KPÖ	GRÜNE	SONST
NRW	Fusion	2008-2013	neg. ***	neg.	pos. ***	pos.	pos.	
		1999-2013	neg. ***	neg.	pos. ***	pos.	pos.	
GRW	Klage Initiative	2008-2013	neg.	neg.	pos.	pos.	pos.	
		2008-2013	neg.	neg.	pos.	pos.	pos.	
	Fusion	2010-2015	neg. *	neg.	pos. **	pos.	pos.	pos. **
		1995-2015	neg. *	neg.	pos. **	pos.	pos.	pos.
LTW	Klage Initiative	2010-2015	neg.	neg.	pos.	neg.	pos.	pos. *
		2010-2015	neg.	neg.	pos.	neg.	pos.	pos.
	Fusion	2010-2015	neg. ***	neg.	pos. ***	pos.	pos.	
1995-2015		neg. ***	neg. *	pos. ***	pos.	pos.		
2010-2015		neg. *	neg.	pos. ***	pos.	pos.		
	Initiative	2010-2015	neg. *	neg.	pos. ***	0	pos.	

Tabelle 8: Signifikanztabelle der Regressionen

Hinsichtlich der Hypothesen können die beiden Teile der Hypothese 1 nur als eingeschränkt verifiziert anerkannt werden, da die SPÖ auch bei den Gemeinderatswahlen deutlich Stimmen einbüßt und der ÖVP die Entkoppelung auch nur in Gemeinden ohne Fusion gelingt. Die zweite Hypothese kann als großteils falsifiziert angesehen werden, da es maximal bei der Landtagswahl signifikanten Einfluss auf die Reformpartner gab, starker Widerstand ist aber gerade bei der Nationalratswahl noch nicht übermäßig zum Tragen gekommen. Die dritte Hypothese ist in beiden Teilen verifiziert worden, die FPÖ insgesamt und die sonstigen Listen bei den Gemeinderatswahlen haben nachweislich vom Protest profitiert, insbesondere wo Fusionen länger debattiert wurden. Fakt ist, dass die ÖVP durch die Fusionen einen gewissen Malus (2-4 Prozentpunkte mehr Verlust) erlitten hat, den die FPÖ ihrerseits als Bonus auf die ohnehin schon vorhandene Proteststimmung (2-3 Prozentpunkte) aufschlagen konnte. Bei allen drei Wahlen hat es die FPÖ geschafft ihr - in der Steiermark definitiv vorhandenes Potential - bis ein zu einem sehr hohen Grad auszuschöpfen und historische Höchststände anzuschließen. Die Fusionen als wesentliches Wahlmotiv auszumachen, kann als deutlich übertrieben angesehen werden. Dennoch können sie als ein symptomatisches Projekt präsentiert werden, in welchem manche AkteurInnen erbitterten Widerstand leisten, obgleich es eine deutliche Zustimmung in der Bevölkerung zu diesem Projekt gibt.

Literatur

- Acemoglu, Daron und James A. Robinson (2000). „Political losers as a barrier to economic development“. In: *The American Economic Review* 90.2, S. 126–130.
- Albertani, Claus (2013). „Landespolitik kaum Grund für Protest“. In: *Kleine Zeitung*. URL: http://www.kleinezeitung.at/steiermark/4089855/OVP_Landespolitik-kaum-Grund-fur-Protest (besucht am 15. 11. 2016).
- Albertani, Claus und Thomas Rossacher (2012). „Reform hält 114 Gemeinden in Atem“. In: *Kleine Zeitung*. URL: http://www.gemeindestrukturreform.steiermark.at/cms/dokumente/11617230_69389369/9f615c3f/KLEINE%20ZEITUNG.pdf (besucht am 15. 12. 2016).
- Amt der Steiermärkischen Landesregierung (2012). *Stärkere Gemeinden–größere Chancen. Gemeindestrukturreform Steiermark–Leitbild*. URL: http://www.gemeindestrukturreform.steiermark.at/cms/dokumente/11615233_100167017/525d4b39/GSR_Leitfaden_30012012_Vs2.pdf.
- (2013). *Gemeindestrukturreform Steiermark: Stärkere Gemeinden–größere Chancen. Präsentation*. URL: http://www.gemeindestrukturreform.steiermark.at/cms/dokumente/11820435_97007261/f8130d9d/Pr%C3%A4sentation_GSR_end.pdf (besucht am 15. 11. 2016).
- APA (2013a). „ÖVP: Die Steirer waren nicht schuld“. In: *Kleine Zeitung*. URL: http://www.kleinezeitung.at/politik/4089604/Schlappe-fur-grosse-Koalition_OVP_Die-Steirer-waren-nicht-schuld (besucht am 15. 11. 2016).
- (2013b). „SPÖ muss sich warm anziehen“. In: *Kleine Zeitung*. URL: http://www.kleinezeitung.at/s/steiermark/graz/4089135/Reformpartner-bleiben-standhaft_SPO-muss-sich-warm-anziehen- (besucht am 15. 11. 2016).
- (2013c). „Steiermark: Boykott der „Rebellen“ findet wenig Echo“. In: *Die Presse*. URL: http://diepresse.com/home/politik/nrwahl2013/1456015/Steiermark_Boykott-der-Rebellen-findet-wenig-Echo- (besucht am 23. 11. 2016).
- (2013d). „Steirisches Reformer-Duo im Dilemma“. In: *Österreich*. URL: <http://www.oe24.at/oesterreich/politik/Voves-Schuetzenhofer-Steirisches-Reformer-Duo-im-Dilemma/117606185> (besucht am 15. 11. 2016).
- (2015). „Steiermark: FP legt zu, SP und VP im Minus“. In: *Kurier*. URL: <http://kurier.at/politik/inland/steiermark-wahlen-so-haben-die-gemeinden-gewaehlt-sp-und-vp-mit-minus-fp-gewinnt/120.865.225> (besucht am 07. 12. 2016).

- Bauer, Michael (2015). „Wie die Zusammenlegung von Gemeinden das Wahlergebnis beeinflusst“. In: *Der Standard*. URL: <http://derstandard.at/2000013307055/Wie-die-Gemeindezusammenlegung-das-Wahlergebnis-beeinflusst> (besucht am 07.12.2016).
- Benz, Arthur (2003). „Konstruktive Vetospieler in Mehrebenensystemen“. In: *Die Reformierbarkeit der Demokratie: Innovationen und Blockaden: Festschrift für Fritz W. Scharpf*. Hrsg. von Renate Mayntz, Wolfgang Streeck und Fritz W. Scharpf. Campus Verlag, S. 205–238.
- Böhm, Marion (1994). *Die Niederösterreichische Kommunalstrukturreform - Kriterien des Erfolgs und Misserfolgs. Ein Beitrag zur politischen Geographie*.
- Bonavida, Iris (2013). „Erkundungen der blauen steirischen Seele“. In: *Die Presse*. URL: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1461189/Erkundungen-der-blauen-steirischen-Seele> (besucht am 15.11.2016).
- Czada, Roland (2003). „Der Begriff der Verhandlungsdemokratie und die vergleichende Policy-Forschung“. In: *Die Reformierbarkeit der Demokratie: Innovationen und Blockaden: Festschrift für Fritz W. Scharpf*. Hrsg. von Renate Mayntz, Wolfgang Streeck und Fritz W. Scharpf. Campus Verlag, S. 173–204.
- Czerwick, Edwin (1984). „Zum Verhältnis von Landtagswahlen und Bundestagswahlen“. In: *Wahlen und Wahlkampf in Rheinland-Pfalz. Beitrag für die politische Bildungsarbeit aus Anlaß d. Landtags- u. Bundestagswahlen am 6. März 1983*. Hrsg. von Ulrich Sarcinelli, S. 136–154.
- Dachs, Herbert (1992). „Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern - Eine Zusammenschau“. In: *Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern*. Hrsg. von Herbert Dachs. Bd. 1991, S. 605–636.
- Dirnberger, Erwin (2014). „Die Gemeindestrukturreform aus Sicht des Gemeindebundes“. In: *Steirisches Jahrbuch für Politik 2013*. Hrsg. von Beatrix Karl u. a. Böhlau Verlag, S. 253–254.
- Drexler, Christopher (2014). „Reformpartnerschaft – Zukunftspartnerschaft“. In: *Steirisches Jahrbuch für Politik 2013*. Hrsg. von Beatrix Karl u. a. Böhlau Verlag, S. 221–222.
- Ertl, Jochen (1997). „Kommunal- und Bundestagswahlen als Protestwahlen“. In: *Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt*. Hrsg. von Oscar W. Gabriel, Frank Brettschneider und Angelika Vetter. Springer, S. 203–226.
- Fallend, Franz, Armin Mühlböck und Elisabeth Wolfgruber (2001). „Die österreichische Gemeinde. Fundament oder „Restgröße“ im Mehrebenensystem von Kommunen, Ländern, Bund und Europäischer Union“. In: *Regionalismus–Föderalismus–Supranationalismus. Informationen zur politischen Bildung*. Hrsg. von Forum politische Bildung. Bd. 18, S. 45–61.

- Fernandez, Raquel und Dani Rodrik (1991). „Resistance to reform: Status quo bias in the presence of individual-specific uncertainty“. In: *The American economic review*, S. 1146–1155.
- Filzmaier, Peter, Flooh Perlot und Martina Zandonella (2011). „Das Landtagswahljahr 2010“. In: *SWS-Rundschau* 51.2, S. 121–144.
- Forum St.Lambrecht (2011). *Liste der teilnehmenden Gemeinden an der Gemeindeinitiative zur Änderung der Stmk. Gemeindeordnung mit 107 gleichlautenden Gemeinderatsbeschlüssen*. URL: 2016-11-23.
- Frey, Rainer (1976). „Verwaltungsreformen in Deutschland: Voraussetzung zur Verwirklichung lokaler Demokratie?“ In: *Kommunale Demokratie. Beiträge für die Praxis der kommunalen Selbstverwaltung*. Hrsg. von Rainer Frey. Verlag Neue Gesellschaft, S. 97–120.
- Gabriel, Oscar W. (1983). „Gesellschaftliche Modernisierung, politische Beteiligung und kommunale Demokratie. Strukturen, Bedingungen und Folgen bürgerschaftlicher Beteiligung an der kommunalen und nationalen Politik“. In: *Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie*. Hrsg. von Oscar W. Gabriel. Bd. 13. Beiträge zur Kommunalwissenschaft. Minerva Publikation, S. 57–103.
- Gigler, Claudia und Claus Albertani (2013). „Vom Zorn junger und alter Männer“. In: *Kleine Zeitung*. URL: http://www.kleinezeitung.at/steiermark/ennstal/4091066/Hakelziehn-zur-Wahl_Vom-Zorn-junger-und-alter-Maenner (besucht am 15. 11. 2016).
- Gödl, Ernst (2014). „Die Gemeindereform – die „harte Nuss“ der steirischen Reformpolitik“. In: *Steirisches Jahrbuch für Politik 2013*. Hrsg. von Beatrix Karl u. a. Böhlau Verlag, S. 263–266.
- Hadler, Markus (2005). „Die Qual der Wahl“. *Eine Überprüfung unterschiedlicher Wahltheorien anhand einer Panelstudie zur steiermärkischen Landtagswahl 2000*. LIT Verlag.
- Hadler, Markus und Max Haller (2001). „Die steirische Landtagswahl 2000. Trends und Determinanten politischer Partizipation auf regionaler Ebene im Vergleich“. In: *SWS-Rundschau* 41.2, S. 149–176.
- Haller, Max und Franz Höllinger (1994). *Sozialstruktur Steiermark 1991. Basisdaten zur Bevölkerungs- und Sozialstruktur der Steiermark und ihrer Entwicklung von 1961 bis 2031*. Techn. Ber. Arbeitsgemeinschaft für Sozialforschung und Sozialplanung Steiermark.
- Hämmerle, Walter (2000). *Zwischen Konkurrenz und Konsens: Entscheidungsregeln im kommunalen politischen System*. Leske + Budrich.
- Hecke, Bernd (2015). „Experte belegt: „Fusionen spielten große Rolle““. In: *Kleine Zeitung*. URL: http://www.kleinezeitung.at/steiermark/landespolitik/wahlen/4693223/GEMEINDEWAHL-2015_Experte-belegt_Fusionen-spielten-grosse-Rolle (besucht am 15. 12. 2016).

- Hecke, Bernd und Josef Fröhlich (2013). „Gemeindeinitiative kämpft gegen die eigenen Parteien“. In: *Kleine Zeitung*. URL: http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graznord/4082050/Zwangsfusionen_Gemeindeinitiative_kaempft_gegen_die_eigenen_Parteien?addchannel=1362.
- Hecke, Bernd u. a. (2012). „Der Offenbarungseid der Ortschefs“. In: *Kleine Zeitung*. URL: http://www.gemeindestrukturreform.steiermark.at/cms/dokumente/11617230_69389369/ae705df4/Kleine-G7-12022011-12-13.pdf; http://www.gemeindestrukturreform.steiermark.at/cms/dokumente/11617230_69389369/62e251fe/Kleine-G7-12022011-14-15.pdf (besucht am 15.12.2016).
- Höfler, Klaus (2011). „Gemeindereform: In Etappen zu einer neuen Landkarte“. In: *Die Presse*. URL: http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/695622/Gemeindereform_In-Etappen-zu-neuer-Landkarte (besucht am 15.11.2016).
- Holler, Wolfgang und Karl-Heinz Naßmacher (1976). „Rat und Verwaltung im Prozeß kommunalpolitischer Willensbildung“. In: *Kommunale Demokratie. Beiträge für die Praxis der kommunalen Selbstverwaltung*, hrsg. von Rainer Frey. Verlag Neue Gesellschaft, S. 3–31.
- Keim, Eris J. (1977). „Politisch-Ökonomische Aspekte der kommunalen Neugliederung in Nordrhein-Westfalen“. In: *Lokale Politik unter exekutiver Führerschaft*. Hrsg. von Paul Kevenhörster, S. 232–258.
- Kevenhörster, Paul (1976). „Parallelen und Divergenzen zwischen gesamtsystemarem und kommunalem Wahlverhalten“. In: *Kommunales Wahlverhalten*. Hrsg. von Horst Kanitz. Schriftenreihe des Instituts für Kommunalwissenschaften 4. Eichholz, S. 241–281.
- (1983). „Kommunalwahlen—Instrument bürgerschaftlicher Einflussnahme auf die Kommunalpolitik“. In: *Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie*. Hrsg. von Oscar W. Gabriel. Beiträge zur Kommunalwissenschaft 13, S. 157–172.
- Klammer, Dieter (2000). *Kommunalpolitiker und Ortsparteien in Österreich: eine empirische Untersuchung der lokalen Positionseliten in Österreichs Gemeinden*. Trauner.
- Klose, Alfred (1984). *Gemeindegröße als politisches Problem*. Schriftenreihe für Kommunalpolitik und Kommunalwissenschaft 9. Österreichischer Wirtschaftsverlag.
- Koch, Susanne (1994). *Parteien in der Region: eine Zusammenhangsanalyse von lokaler Mitgliederpräsenz, Wahlergebnis und Sozialstruktur*. Bd. 5. Passauer Beiträge zur Sozialwissenschaft. Leske + Budrich.
- Kronen Zeitung (2013). „Voves soll verheimlichen, dass er aus SPÖ kommt“. In: *Kronen Zeitung*. URL: http://www.krone.at/Steiermark/Voves_soll_verheimlichen._dass_er_aus_SP0e_kommt-Wahl-Analyse-Story-444975 (besucht am 07.12.2016).

- Kröpfl, Walter (2014). „Wahlergebnis 2015 darf Reformpartnerschaft nicht in Frage stellen!“ In: *Steirisches Jahrbuch für Politik 2013*. Hrsg. von Beatrix Karl u. a. Böhlau Verlag, S. 217–220.
- Kübeck, Johannes u. a. (2011). „Es wird kein Drüberfahren geben“. In: *Kleine Zeitung*. URL: <http://www.pressreader.com/austria/kleine-zeitung-steiermark/20110923/281865820206189> (besucht am 15.11.2016).
- Lehmbruch, Gerhard (1998). *Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Regelsysteme und Spannungslagen im Institutionengefüge der Bundesrepublik Deutschland*. 2. Aufl. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Mantl, Wolfgang (2014). „Der „Wert“ der Steiermark“. In: *Steirisches Jahrbuch für Politik 2013*. Hrsg. von Beatrix Karl u. a. Böhlau Verlag, S. 227–238.
- Marko, Joseph (1992). „Parteien und Wahlen in der Steiermark“. In: *Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern 1945-1991*. Hrsg. von Herbert Dachs. Oldenbourg, S. 345–437.
- Meyer, Christine Benedichte (2012). „When radical reforms are on the agenda: Managing politics in government“. In: *The Journal of Applied Behavioral Science* 48.2, S. 194–224.
- Müller, Hugo (1958). „Probleme der Gemeindegemeinschaft in Österreich“. Diss. Hochschule für Welthandel Wien.
- Pekari, Bernd (2016). „Die mediale Resonanz auf die „Reformpartnerschaft“ von SPÖ und ÖVP in der Steiermark“. In: *Steirisches Jahrbuch für Politik 2015*. Hrsg. von Beatrix Karl u. a. Böhlau Verlag, S. 203–208.
- Pelinka, Anton (1984). „Kommunalpolitik in Österreich“. In: *Handwörterbuch zur Kommunalpolitik*. Hrsg. von Rüdiger Voigt. Studienbücher zur Sozialwissenschaft 50. Westdeutscher Verlag, S. 259–262.
- Poier, Klaus (2014). „Nationalratswahl 2013: Die österreichische Parteienlandschaft im Umbruch“. In: *Steirisches Jahrbuch für Politik 2013*. Hrsg. von Beatrix Karl u. a. Böhlau Verlag, S. 189–196.
- (2015). „2005-2015 Das janusköpfige Dezennium“. In: *Politicum* 118. Hrsg. von Klaus Poier und Manfred Prisching, S. 96–113.
- (2016). „Die steirische Landtagswahl 2015: Erwartbares, Überraschungen, Lehren?“ In: *Steirisches Jahrbuch für Politik 2015*. Hrsg. von Beatrix Karl u. a. Böhlau Verlag, S. 137–152.
- Preis, Robert und Thomas Rossacher (2013). „Wir gründen neue Partei“. In: *Kleine Zeitung*. URL: http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graznord/4065963/Strukturreform_Wir-grunden-neue-Partei (besucht am 07.12.2016).
- Raumplanung, Österreichisches Institut für (1975). *Gemeindegemeinschaften in Österreich. Teil I: Gesamtübersicht 1961–1973*. Techn. Ber. Institut für Stadtforschung.

- Scharpf, Fritz W. (2009). *Föderalismusreform: kein Ausweg aus der Politikverflechtungsfalle?* Campus Verlag.
- Schmidt, Collette M. (2012). „Perfekt inszeniertes Tempo“. In: *Der Standard*. URL: <http://derstandard.at/1326504152828/Steirische-Gemeindereform-Perfekt-inszeniertes-Tempo> (besucht am 15. 12. 2016).
- Schmidt, Manfred G. (2005). „Politische Reformen und Demokratie. Befunde der vergleichenden Demokratie- und Staatstätigkeitsforschung“. In: *Politische Reform in der Demokratie*. Hrsg. von Hans Vorländer. Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) 22. Nomos, S. 45–62.
- Schneider, Georg und Ernst Grabenhofer (1970). *Kommunale Strukturbereinigung in Niederösterreich*. Techn. Ber. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung 1/9-B Dokumentation und Grundlagenforschung.
- Schwarz, Hans-Peter (2005). „Der demokratische Reformier. Prolegomena zu einem vernachlässigten Feld der Demokratietheorie“. In: *Politische Reform in der Demokratie*. Hrsg. von Hans Vorländer. Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) 22. Nomos, S. 14–44.
- SORA (2015). *SORA-Wählerstromanalyse LTW Steiermark 2015*. URL: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/ltw-stmk15.html> (besucht am 07. 12. 2016).
- Spann, Thomas und Ewald Verhounig (2013). „Die Gemeinde als Wirtschaftsstandort: Auswirkung der geplanten Gemeindefusionen auf die Wirtschaft“. In: *Steirisches Jahrbuch für Politik 2012*. Hrsg. von Beatrix Karl u. a. dr.schnider's eu, S. 49–54.
- Steininger, Barbara (1986). „Small is beautiful - Die niederösterreichische Kommunalstrukturreform 1961–1985 im Spannungsfeld zwischen Verwaltungsökonomie und Bürgernähe“. Diss. Universität Wien.
- (2004). „Bürgermeister und Bürgermeisterinnen in Niederösterreich – kommunale Eliten im politischen System“. In: *Niederösterreich: Menschen und Gegend*. Hrsg. von Manfred Wagner. Bd. 1. Böhlau Verlag Wien, S. 243–271.
- Taucher, Max (2014). „Keine Zwangsfusionen gegen den Willen der Bevölkerung“. In: *Steirisches Jahrbuch für Politik 2013*. Hrsg. von Beatrix Karl u. a. Böhlau Verlag, S. 259–262.
- Tsebelis, George (1995). „Decision making in political systems: Veto players in presidentialism, parliamentarism, multicameralism and multipartyism“. In: *British journal of political science* 25.03, S. 289–325.
- (1999). „Veto players and law production in parliamentary democracies: An empirical analysis“. In: *American Political Science Review* 93.03, S. 591–608.

- Ueltzhöffer, Jörg (1975). „Die kommunale Machtelite und der politische Willensbildungsprozeß in der Gemeinde“. In: *Kommunalpolitik*. Hrsg. von Hans-Georg Wehling. Hoffmann und Campe, S. 95–130.
- Vis, Barbara und Kees Van Kersbergen (2007). „Why and how do political actors pursue risky reforms?“ In: *Journal of Theoretical Politics* 19.2, S. 153–172.
- Vorländer, Hans (2005). „Politische Reform in der Demokratie - Zur Einführung“. In: *Politische Reform in der Demokratie*. Hrsg. von Hans Vorländer. Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) 22. Nomos, S. 7–13.
- Voves, Franz und Hermann Schützenhöfer (2013). „Ein starkes steirisches Reformjahr“. In: *Steirisches Jahrbuch für Politik 2012*. Hrsg. von Beatrix Karl u. a. dr.schnider's eu, S. 25–28.
- Wagschal, Uwe (2005). „Anforderungen, Blockaden und Perspektiven des wohlfahrtsstaatlichen Umbaus“. In: *Politische Reform in der Demokratie*. Hrsg. von Hans Vorländer. Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) 22. Nomos, S. 79–93.
- Wassermann, Heinz P. (2016). „Von weggebrochenen Hochburgen und zerbröckelnden Parteien“. In: *Steirisches Jahrbuch für Politik 2015*. Hrsg. von Beatrix Karl u. a. Böhlau Verlag, S. 177–202.
- Wastl-Walter, Doris (2000). *Gemeinden in Österreich: im Spannungsfeld von staatlichem System und lokaler Lebenswelt*. Bd. 68. Böhlau Verlag Wien.
- Wehling, Hans-Georg (2010). „Kommunalpolitik in Baden-Württemberg“. In: *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern*. Hrsg. von Andreas Kost und Hans-Georg Wehling. Springer VS, S. 21–39.
- Welan, Manfred (1998). „Wer soll uns vertreten? Persönliche Streifzüge durch die Republik der Funktionäre, Sekretäre und Mandarine“. In: *Professionsnormen für Politiker*. Hrsg. von Günther R. Burkert-Dottollo und Bernhard Moser. Politische Akademie, S. 27–46.
- (2000). *Der Bürgermeister in Niederösterreich. Vortrag, gehalten vor der Niederösterreichischen Juristischen Gesellschaft in Waidhofen an der Ybbs am 16.6. 1999*. Schriftenreihe Niederösterreichische Juristische Gesellschaft 79. Orac.
- Wirth, Klaus (2011). „Strukturreformen bei Gemeinden“. In: *Wirtschaftspolitische Blätter* 4, S. 717–728.
- Wlattnig, Wolfgang (2014). „Streiflichter einer historischen Gemeindestrukturreform“. In: *Steirisches Jahrbuch für Politik 2013*. Hrsg. von Beatrix Karl u. a. Böhlau Verlag, S. 247–252.
- Zsilincsar, Walter (2011). „Kleinstädte unter dem Druck geplanter Gebietsreformen (am Beispiel der Steiermark)“. In: *Competitiveness and sustainable development of the small towns*

and rural regions in Europe. Hrsg. von Jiri Jezeka und Lukas Kanka. University of West Bohemia, S. 81–120.

Abbildungsverzeichnis

1	Rechtsformen der Fusionierungen 1961-1973 in den Bundesländern	27
2	Struktureffekte der Reform	40
3	Anzahl der Gemeinden nach Größenklassen	41
4	Ergebnisse der Landtagswahlen in der Steiermark 1986-2015	74
5	Bewertung der Projekte der Reformpartnerschaft	76
6	Wählerstromanalyse Landtagswahl Steiermark 2015	77
7	Zusammenfassende Signifikanztabelle	82

Tabellenverzeichnis

1	Entwicklung der Wahlbeteiligung auf den verschiedenen Ebenen	53
2	Wahlbeteiligung in den Kategorien Klage und Initiative	53
3	Listen pro Gemeinde im Durchschnitt	66
4	Veränderung der durchschnittlichen Listenanzahl pro Bezirk	68
5	Listen pro Bezirk	69
6	Mehrheitswechsel bei den Gemeinderatswahlen	71
7	Zusammenfassung der deskriptiven Ergebnisse (Prozentpunkte)	83
8	Signifikanztabelle der Regressionen	86
9	Gemeinden mit Wechsel des Bezirkes	97

10	Gemeinden die durch die Reform auf zwei Gemeinden aufgeteilt wurden . . .	97
11	Angetretene Parteien bei den Nationalratswahlen 1999-2013	103
12	Angetretene Parteien bei den Landtagswahlen 1995-2015	103
13	Anzahl der eingebrachten Wahlvorschläge je Bezirk	103
14	Gemeinderatswahlen 1995-2015 (FUSION)	104
15	Gemeinderatswahlen 2010-2015 (FUSION)	104
16	Gemeinderatswahlen 1995-2015 (FUSION)	105
17	Gemeinderatswahlen 2010-2015 (FUSION)	105
18	Gemeinderatswahlen 1995-2015 (KLAGE)	106
19	Gemeinderatswahlen 2010-2015 (INITIATIVE)	106
20	Gemeinderatswahlen 2010-2015 (KLAGE)	107
21	Gemeinderatswahlen 2010-2015 (INITIATIVE)	107
22	Landtagswahl 1995-2015 (FUSION)	108
23	Landtagswahl 2010-2015 (FUSION)	108
24	Landtagswahl 2010-2015 (KLAGE)	109
25	Landtagswahl 2010-2015 (INITIATIVE)	109
26	Landtagswahl 2010-2015 (KLAGE)	110
27	Landtagswahl 2010-2015 (INITIATIVE)	110
28	Landtagswahl 1995-2015 (FUSION)	111
29	Landtagswahl 2010-2015 (FUSION)	111
30	Nationalratswahl 1999-2013 (FUSION)	112
31	Nationalratswahl 2008-2013 (FUSION)	112

32	Nationalratswahl 2008-2013 (KLAGE)	113
33	Nationalratswahl 2008-2013 (INITIATIVE)	113
34	Nationalratswahl 2008-2013 (KLAGE)	114
35	Nationalratswahl 2008-2013 (INITIATIVE)	114
36	Nationalratswahl 1999-2013 (FUSION)	115
37	Nationalratswahl 2008-2013 (FUSION)	115

A Korrekturen in den Datensätzen

A.1 Gemeinden mit Bezirkswechsel

Gemeinde alt	Gemeinde neu	Bezirk alt	Bezirk neu
Hieflau	Landl	Leoben	Liezen
Tynau	Fladnitz an der Teichalm	Graz-Umgebung	Weiz
Tulwitz	Fladnitz an der Teichalm	Graz-Umgebung	Weiz
Hirnsdorf	Feistritztal	Weiz	Hartberg-Fürstenfeld
Mitterlabill	Schwarzautal	Südoststeiermark	Leibnitz
Schwarzau im Schwarzautal	Schwarzautal	Südoststeiermark	Leibnitz
Weinburg am Saßbach	Sankt Veit in der Südsteiermark	Südoststeiermark	Leibnitz
Petersdorf II	Sankt Marein bei Graz	Südoststeiermark	Graz-Umgebung

Tabelle 9: Gemeinden mit Wechsel des Bezirkes

A.2 Aufgeteilte Gemeinden

Gemeinde alt	Gemeinden neu	%	Bezirk
Limbach bei Neudau	Bad Waltersdorf	29.1%	Hartberg-Fürstenfeld
	Neudau	69.9%	
Schlag bei Thalberg	Dechantskirchen	88%	Hartberg-Fürstenfeld
	Rohrbach an der Lafnitz	12%	
Stocking	Sankt Georgen an der Stiefing	27.6%	Leibnitz
	Wildon	72.4%	
Oberstorcha	Kirchberg an der Raab	23.8%	Südoststeiermark
	Paldau	76.2%	
Kohlberg	Gnas	39.4%	Südoststeiermark
	Paldau	60.6%	

Tabelle 10: Gemeinden die durch die Reform auf zwei Gemeinden aufgeteilt wurden

B Deskriptive Statistiken

NF: Nicht-fusionierte Gemeinden (n= 158) FUS: Fusionierte Gemeinden (n= 129)

Gemeinderatswahlen

	GESAMT	Wahlbe.	Gesamt	ÖVP	%	SPÖ	%	Mand.	FPÖ	%	Mand.	KPÖ	%	Mand.	Sonstige	%	Mand.	GRÜNE	%	Mand.
	1995	733796	615106	252097	40.98%	227851	37.04%	2480	69194	11.25%	718	4779	0.78%	22	32218	5.24%	352	12297	2.00%	69
	2000	738465	590583	250665	42.44%	223960	37.92%	2494	66222	11.21%	725	3899	0.66%	25	24701	4.18%	444	12269	2.08%	68
	2005	779503	597123	259655	43.48%	256163	42.90%	2894	36399	6.10%	333	4378	0.73%	19	26622	4.46%	337	13528	2.27%	89
	2010	795601	603040	283062	46.94%	221368	36.71%	2515	40977	6.79%	380	7147	1.19%	31	34270	5.68%	387	12469	2.07%	83
	2015	800836	579437	247559	42.72%	182910	31.57%	1561	80306	13.86%	604	8839	1.53%	38	38268	6.60%	295	19277	3.33%	110
	DIFF 2015-2010	5235	-23603	-35503	-4.22%	-38458	-5.14%	-954	39329	7.06%	224	1692	0.34%	7	3998	0.92%	-92	6808	1.26%	27
	MITTEL(2010-1995)	761841	601463	261370	43.46%	232335	38.64%	2596	53198	8.84%	539	5051	0.84%	24	29453	4.89%	380	12641	2.10%	77
	DIFF 2015-MITTEL	38995	-22026	-13811	-0.74%	-49425	-7.08%	-1035	27108	5.02%	65	3788	0.69%	14	8815	1.71%	-85	6636	1.22%	33
	FUSION	Wahlbe.	Gesamt	ÖVP	%	SPÖ	%	Mand.	FPÖ	%	Mand.	KPÖ	%	Mand.	Sonstige	%	Mand.	GRÜNE	%	Mand.
	1995	450948	380568	158222	41.58%	139214	36.58%	1587	44494	11.69%	498	2633	0.69%	15	18658	4.90%	223	6608	1.74%	37
	2000	454042	364553	156409	42.90%	135993	37.30%	1594	42538	11.67%	504	2439	0.67%	21	15144	4.15%	347	6608	1.81%	46
	2005	478784	368508	162118	43.99%	154639	41.96%	1828	24346	6.61%	237	2314	0.63%	12	17429	4.73%	244	7211	1.96%	45
	2010	488579	372079	177430	47.69%	135532	36.43%	1597	25861	6.95%	258	4434	1.19%	21	19977	5.37%	267	5979	1.61%	38
	2015	490051	354632	148730	41.94%	109863	30.98%	777	54141	15.27%	362	5633	1.59%	23	23508	6.63%	158	11557	3.26%	54
	DIFF 2015-2010	1472	-17447	-28700	-5.75%	-25669	-5.45%	-820	28280	8.32%	104	1199	0.40%	2	3531	1.26%	-109	5578	1.65%	16
	MITTEL(2010-1995)	468088	371427	163545	44.04%	141344	38.07%	1651	34310	9.23%	374	2955	0.80%	17	17802	4.79%	270	6602	1.78%	42
	DIFF 2015-MITTEL	21963	-16795	-14815	-2.10%	-31481	-7.09%	-874	19831	6.04%	-12	2678	0.79%	6	5706	1.84%	-112	4956	1.48%	13
	NICHT	Wahlbe.	Gesamt	ÖVP	%	SPÖ	%	Mand.	FPÖ	%	Mand.	KPÖ	%	Mand.	Sonstige	%	Mand.	GRÜNE	%	Mand.
	1995	282848	234538	93875	40.03%	88637	37.79%	893	24700	10.53%	220	2146	0.91%	7	13560	5.78%	129	5689	2.43%	32
	2000	284423	226030	94256	41.70%	87967	38.92%	900	23684	10.48%	221	1460	0.65%	4	9557	4.23%	97	5661	2.50%	32
	2005	300719	228615	97537	42.66%	101524	44.41%	1066	12053	5.27%	96	2064	0.90%	7	9193	4.02%	93	6317	2.76%	44
	2010	307022	230961	105632	45.74%	85836	37.16%	918	15116	6.54%	122	2713	1.17%	10	14293	6.19%	120	6490	2.81%	45
	2015	310785	224805	98829	43.96%	73047	32.49%	784	26165	11.64%	242	3206	1.43%	15	14760	6.57%	137	7720	3.43%	56
	DIFF 2015-2010	3763	-6156	-6803	-1.77%	-12789	-4.67%	-134	11049	5.09%	120	493	0.25%	5	467	0.38%	17	1230	0.62%	11
	MITTEL(2010-1995)	293753	230036	97825	42.53%	90991	39.57%	944	18888	8.21%	165	2096	0.91%	7	11651	5.05%	110	6039	2.63%	38
	DIFF 2015-MITTEL	17032	-5231	1004	1.43%	-17944	-7.08%	-160	7277	3.43%	77	1110	0.52%	8	3109	1.51%	27	1681	0.81%	18

NICHT	Wahlbe.	Gültig	SPÖ	%	ÖVP	%	FPÖ	%	GRÜNE	%	KPÖ	%	FRANK	%	NEOS	%	BZÖ	LH	LIF	Sonstige
1995	276230	235374	89280	37.93%	87827	37.31%	38822	16.49%	7849	3.33%	1072	0.46%						6535	3989	
2000	280520	210898	72211	34.24%	101344	48.05%	25060	11.88%	8872	4.21%	1528	0.72%						1452	431	
2005	289274	221495	97566	44.05%	87317	39.42%	9531	4.30%	7920	3.58%	11266	5.09%					3558	3978	359	
2010	301071	195378	78119	39.98%	74259	38.01%	20894	10.69%	7709	3.95%	6930	3.55%					5603		1864	
2015	297813	187708	56921	30.32%	56664	30.19%	51683	27.53%	8921	4.75%	6012	3.20%	3505	1.87%	3844	2.05%			158	
DIFF 2015-2010	-3258	-7670	-21198	-9.66%	-17595	-7.82%	30789	16.84%	1212	0.81%	-918	-0.34%								
MITTEL(2010-1995)	286774	215786	84294	39.05%	87687	40.70%	23577	10.84%	8088	3.77%	5199	2.45%								
DIFF 2015-MITTEL	11039	-28078	-27373	-8.73%	-31023	-10.51%	28106	16.69%	834	0.99%	813	0.75%								

DIFF	Wahlbe.	Gültig	SPÖ	%	ÖVP	%	FPÖ	%	GRÜNE	%	KPÖ	%	BZÖ	%	FRANK	%	NEOS	%	FRANK	%	NEOS	%	Sonstige
1995	-165529	-143770	-50159	1.15%	-58625	-1.31%	-23897	-0.05%	-5035	-0.06%	-225	0.11%											18058
2000	-167292	-128172	-40386	1.03%	-64640	-0.90%	-16528	-0.38%	-5055	0.10%	-350	0.17%											4889
2005	-170961	-132831	-55242	0.92%	-56918	-1.29%	-6242	-0.15%	-4074	0.19%	-4822	0.55%											11853
2010	-174488	-119214	-46098	0.50%	-49924	-1.47%	-11897	0.27%	-3560	0.36%	-3195	0.33%											23514
2015	-171974	-107931	-28514	1.43%	-29895	0.91%	-35239	-1.87%	-5356	-0.08%	-3631	-0.06%											5185
DIFF 2015-2010	2514	11283	17584	0.93%	20029	2.38%	-23342	-2.14%	-1796	-0.44%	-436	-0.39%											
MITTEL(2010-1995)	-169568	-130997	-47971	0.90%	-57527	-1.24%	-14641	-0.08%	-4431	0.15%	-2148	0.29%											
DIFF 2015-MITTEL	-2407	23066	19457	0.52%	27632	2.15%	-20598	-1.79%	-925	-0.22%	-1483	-0.35%											

Nationalratswahlen

GESAMT	Wahlbe.	Gesamt	Ungültig	Gültig	SPÖ	%	ÖVP	%	FPÖ	%	GRÜNE	%	BZÖ	%	FRANK	%	NEOS	%	FRANK	%	NEOS	%	Sonstige
1999	732400	610163	8502	601661	210511	34.99%	166652	27.70%	174416	28.99%	29336	4.88%											18058
2002	737979	640416	8028	632388	240876	38.09%	287915	45.53%	60071	9.50%	34175	5.40%											4889
2006	756311	617530	9606	607924	233898	38.47%	234843	38.63%	61688	10.15%	36878	6.07%	18988	3.12%	9776	1.61%							11853
2008	781005	632373	11486	620887	190983	30.76%	167039	26.90%	110002	17.72%	38894	6.26%	83423	13.44%	6505	1.05%							23514
2013	776874	596057	9017	587040	147065	25.05%	128216	21.84%	147615	25.15%	46973	8.00%	23047	3.93%	8366	1.43%	62225	10.60%	18304	3.12%			5185
DIFF 2013-2008	-4131	-36316	-2469	-33847	-43918	-5.71%	-38823	-5.06%	37613	7.43%	8079	1.74%	-60376	-9.51%	1861	0.38%							
MITTEL(2008-1999)	751924	625121	9406	615715	219067	35.58%	214112	34.69%	101544	16.59%	34821	5.65%	51206	8.28%	5858	0.95%							
DIFF 2013-MITTEL	24950	-29064	-389	-28675	-72002	-10.53%	-85896	-12.85%	46071	8.56%	12152	2.35%	-28159	-4.35%	2508	0.47%							

	Wahlbe.	Gesamt	Ungültig	Gültig	SPÖ	%	ÖVP	%	FPÖ	%	GRÜNE	%	BZÖ	%	KPÖ	%	FRANK	%	NEOS	%	Sonstige
FUSION																					
1999	450789	357875	5130	352745	123069	34.89%	99760	28.28%	103168	29.25%	15851	4.49%			1448	0.41%					9449
2002	454155	376000	4904	371096	142045	38.28%	170214	45.87%	36080	9.72%	17625	4.75%			2419	0.65%					2713
2006	464188	358836	5726	353110	136917	38.77%	138047	39.09%	36558	10.35%	18511	5.24%	11021	3.12%	5370	1.52%					6686
2008	478473	355601	6613	348988	107881	30.91%	95058	27.24%	62599	17.94%	19591	5.61%	47427	13.59%	3567	1.02%					11505
2013	474885	323999	5102	318897	79690	24.99%	69883	21.91%	82821	25.97%	22669	7.11%	12907	4.05%	4259	1.34%	34496	10.82%	9329	2.93%	2288
DIFF 2013-2008	-3588	-31602	-1511	-30091	-28191	-5.92%	-25175	-5.32%	20222	8.03%	3078	1.49%	-34520	-9.54%	692	0.31%					
MITTEL(2008-1999)	461901	362078	5593	356485	127478	35.71%	125770	35.12%	59601	16.82%	17895	5.02%	29224	8.36%	3201	0.90%					
DIFF 2013-MITTEL	12984	-38079	-491	-37588	-47788	-10.72%	-55887	-13.21%	23220	9.16%	4775	2.08%	-16317	-4.31%	1058	0.43%					
NICHT																					
1999	281611	221645	3206	218439	78971	36.15%	58422	26.75%	63860	29.23%	9988	4.57%			1078	0.49%					6120
2002	283824	233770	2948	230822	90749	39.32%	103622	44.89%	21683	9.39%	11101	4.81%			1855	0.80%					1812
2006	292123	224486	3577	220909	87467	39.59%	83106	37.62%	22581	10.22%	12239	5.54%	7079	3.20%	3833	1.74%					4604
2008	302532	223690	4064	219626	68543	31.21%	56932	25.92%	40191	18.30%	12946	5.89%	30417	13.85%	2449	1.12%					9092
2013	301989	205161	3029	202132	51059	25.26%	43467	21.50%	52969	26.21%	15112	7.48%	7744	3.83%	2896	1.43%	21031	10.40%	6210	3.07%	2190
DIFF 2013-2008	-543	-18529	-1035	-17494	-17484	-5.95%	-13465	-4.42%	12778	7.91%	2166	1.58%	-22673	-10.02%	447	0.32%					
MITTEL(2008-1999)	290023	225898	3449	222449	81433	36.57%	75521	33.80%	37079	16.79%	11569	5.20%	18748	8.53%	2304	1.04%					
DIFF 2013-MITTEL	11967	-20737	-420	-20317	-30374	-11.31%	-32054	-12.29%	15890	9.42%	3544	2.27%	-11004	-4.70%	592	0.40%					
DIFF																					
1999	-169178	-136230	-1924	-134306	-44098	1.26%	-41338	-1.54%	-39308	-0.01%	-5863	0.08%			KPÖ	%					
2002	-170331	-142230	-1956	-140274	-51296	1.04%	-66592	-0.98%	-14397	-0.33%	-6524	0.06%			-370	0.08%					
2006	-172065	-134350	-2149	-132201	-49450	0.82%	-54941	-1.47%	-13977	-0.13%	-6272	0.30%	-3942	0.08%	-564	0.15%					
2008	-175941	-131911	-2549	-129362	-39338	0.30%	-38126	-1.32%	-22408	0.36%	-6645	0.28%	-17010	0.26%	-1537	0.21%					
2013	-172896	-118838	-2073	-116765	-28631	0.27%	-26416	-0.41%	-29852	0.23%	-7557	0.37%	-5163	-0.22%	-1118	0.09%					
DIFF 2013-2008	3045	13073	476	12597	10707	-0.03%	11710	0.91%	-7444	-0.13%	-912	0.09%	11847	-0.48%	-245	0.00%					
MITTEL(2008-1999)	-171879	-136180	-2145	-134036	-46046	0.85%	-50249	-1.33%	-22523	-0.03%	-6326	0.18%	-10476	0.17%	-897	0.14%					
DIFF 2013-MITTEL	-1017	17342	72	17271	17415	-0.58%	23833	0.92%	-7330	0.26%	-1231	0.19%	5313	-0.39%	-466	-0.04%					

DIFF (FUS) - NRW	WAHLBE	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	KPÖ
Deutschlandsberg	-7.36%	-5.22%	-5.90%	9.84%	1.76%	0.06%
Graz-Umgebung	-5.29%	-4.78%	-6.16%	8.23%	1.47%	0.38%
Leibnitz	-6.37%	-4.11%	-7.23%	9.92%	1.29%	-0.07%
Leoben	-3.45%	-7.63%	-1.60%	7.71%	1.32%	0.42%
Liezen	-5.18%	-6.99%	-5.28%	8.18%	2.49%	0.36%
Murau	-5.11%	-1.93%	-4.60%	10.05%	1.51%	-0.25%
Voitsberg	-6.65%	-9.70%	-3.68%	11.08%	1.72%	0.56%
Weiz	-4.44%	-6.59%	-7.51%	6.35%	1.32%	0.08%
Murtal	-6.31%	-7.09%	-4.19%	9.33%	1.72%	0.51%
Bruck-Mürzzuschlag	-7.24%	-7.93%	-2.22%	6.26%	1.34%	0.97%
Hartberg-Fürstenfeld	-4.85%	-4.10%	-6.93%	5.80%	1.32%	0.23%
Südoststeiermark	-5.46%	-3.71%	-7.22%	7.59%	0.65%	0.05%

DIFF (NF) - NRW	WAHLBE	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	KPÖ
Deutschlandsberg	-7.30%	-6.39%	-4.18%	9.05%	1.82%	0.27%
Graz-Umgebung	-6.53%	-4.62%	-4.65%	7.67%	1.64%	0.39%
Leibnitz	-4.81%	-5.04%	-4.87%	10.61%	1.30%	-0.01%
Leoben	-5.82%	-8.54%	-2.61%	8.17%	1.55%	0.92%
Liezen	-5.86%	-7.22%	-3.17%	7.63%	2.60%	0.13%
Murau	-3.19%	0.23%	-6.70%	9.67%	1.29%	0.29%
Voitsberg	-6.73%	-7.04%	-3.20%	9.68%	1.18%	0.29%
Weiz	-4.29%	-4.13%	-7.17%	5.79%	1.65%	0.01%
Murtal	-7.05%	-10.15%	-3.16%	9.72%	2.15%	0.75%
Bruck-Mürzzuschlag	-5.13%	-7.61%	-2.91%	7.01%	1.58%	0.46%
Hartberg-Fürstenfeld	-4.67%	-2.62%	-5.52%	5.13%	0.87%	-0.04%
Südoststeiermark	-5.41%	-3.33%	-8.77%	8.89%	1.03%	0.02%

DIFF (FUS) - GRW	WAHLBE	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	KPÖ	SONST
Deutschlandsberg	-3.66%	-6.36%	-5.98%	9.44%	1.90%	0.62%	1.14%
Graz-Umgebung	-0.83%	-5.87%	-7.53%	6.65%	2.53%	0.47%	3.83%
Leibnitz	-7.87%	0.98%	-8.04%	6.48%	1.58%	-0.56%	-0.21%
Leoben	-4.37%	3.24%	-4.90%	1.41%	-0.15%	3.82%	-3.42%
Liezen	-4.18%	-2.96%	-4.64%	2.16%	1.14%		4.36%
Murau	-1.85%	-9.14%	-2.74%	10.55%	2.05%		-0.30%
Voitsberg	-2.25%	-13.79%	-1.96%	9.01%	-0.01%	0.22%	8.46%
Weiz	-3.96%	-5.12%	-12.19%	10.10%	2.30%	-0.93%	5.48%
Murtal	-4.55%	-3.40%	-6.14%	9.82%	1.01%	1.04%	-0.84%
Bruck-Mürzzuschlag	-3.66%	-10.53%	-4.52%	11.97%	0.69%	2.07%	0.26%
Hartberg-Fürstenfeld	-3.72%	-3.58%	-4.63%	9.14%	0.89%	-0.27%	0.20%
Südoststeiermark	-4.87%	-4.44%	-3.65%	8.23%	3.10%	0.26%	-3.71%

DIFF (NF) - GRW	WAHLBE	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	KPÖ	SONST
Deutschlandsberg	-3.71%	-0.79%	1.92%	2.09%	-0.14%		-2.70%
Graz-Umgebung	-2.94%	-10.95%	-1.96%	7.54%	2.75%	0.32%	1.64%
Leibnitz	-2.34%	-7.21%	-4.61%	7.66%	-1.61%	9.59%	-3.93%
Leoben	-3.35%	-3.98%	-2.71%	3.20%	0.06%	0.92%	2.01%
Liezen	-4.60%	-5.64%	3.07%	-1.65%	1.00%	0.96%	2.26%
Murau	-2.61%	-0.65%	11.22%	-0.68%			-9.89%
Voitsberg	-4.02%	-3.27%	-3.34%	9.84%	0.13%	1.31%	-2.82%
Weiz	-1.76%	4.73%	-1.29%	5.60%	0.34%	0.36%	0.36%
Murtal	-1.14%	13.88%	-1.33%	6.20%	0.12%	-0.74%	-17.40%
Bruck-Mürzzuschlag	-1.15%	-8.27%	-1.36%	3.79%	-1.11%		7.10%
Hartberg-Fürstenfeld	-2.80%	-2.16%	-3.45%	4.19%	0.27%		0.03%
Südoststeiermark	-4.12%	-4.05%	-7.24%	5.54%	-0.56%		6.32%

DIFF (FUS) - LTW	GÜLTIG	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	KPÖ
Deutschlandsberg	-3.64%	-11.94%	-11.75%	22.63%	1.94%	0.66%
Graz-Umgebung	-2.86%	-8.90%	-9.69%	17.01%	1.56%	-0.92%
Leibnitz	-3.24%	-10.12%	-12.32%	22.46%	0.54%	-0.21%
Leoben	-3.64%	-7.31%	-3.81%	14.19%	0.37%	-0.85%
Liezen	-4.32%	-9.07%	-11.82%	17.18%	2.42%	0.65%
Murau	-2.63%	-11.64%	-9.88%	21.59%	0.81%	-0.11%
Voitsberg	-1.17%	-16.33%	-8.21%	23.26%	0.12%	1.50%
Weiz	-2.11%	-8.11%	-12.04%	16.36%	1.54%	-0.93%
Murtal	-4.37%	-11.89%	-6.72%	18.20%	0.71%	0.46%
Bruck-Mürzzuschlag	-3.89%	-12.32%	-6.23%	16.74%	0.93%	0.65%
Hartberg-Fürstenfeld	-2.69%	-8.66%	-14.49%	20.73%	1.06%	0.00%
Südoststeiermark	-3.28%	-9.73%	-12.04%	19.01%	1.34%	-0.16%

DIFF (NF) - LTW	GÜLTIG	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	KPÖ
Deutschlandsberg	-2.65%	-9.33%	-7.63%	17.76%	0.58%	0.11%
Graz-Umgebung	-2.48%	-8.50%	-6.63%	15.44%	0.67%	-1.39%
Leibnitz	-0.76%	-11.90%	-9.62%	20.89%	0.81%	-0.15%
Leoben	-1.73%	-9.97%	-3.55%	13.89%	0.64%	0.08%
Liezen	-2.51%	-8.25%	-8.26%	13.88%	1.86%	0.24%
Murau	0.36%	-9.95%	-7.07%	16.71%	1.01%	0.41%
Voitsberg	0.02%	-11.18%	-8.39%	21.68%	-1.07%	0.59%
Weiz	-0.69%	-8.48%	-9.53%	15.77%	1.61%	-0.58%
Murtal	-3.87%	-13.89%	-4.48%	16.86%	1.05%	0.18%
Bruck-Mürzzuschlag	-1.70%	-9.90%	-6.76%	16.07%	0.52%	-0.54%
Hartberg-Fürstenfeld	-2.22%	-7.05%	-12.05%	17.49%	0.71%	-0.34%
Südoststeiermark	-3.02%	-9.66%	-13.30%	21.11%	0.96%	0.03%

C Angetretene Parteien

C.1 Nationalratswahlen

1999	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	KPÖ	LIF	NEIN	DU		
2002	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	KPÖ	LIF				
2006	SPÖ	ÖVP	FPÖ	BZÖ	GRÜNE	KPÖ	MATIN			
2008	SPÖ	ÖVP	FPÖ	BZÖ	GRÜNE	KPÖ	DC	RETTÖ	LIF	FRITZ
2013	SPÖ	ÖVP	FPÖ	BZÖ	GRÜNE	FRANK	NEOS	KPÖ	PIRAT	CPÖ

Tabelle 11: Angetretene Parteien bei den Nationalratswahlen 1999-2013

C.2 Landtagswahlen

1995	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	KPÖ	LIF	ÖABP	NEIN		
2000	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	KPÖ	LIF	ÖNP			
2005	SPÖ	ÖVP	FPÖ	BZÖ	GRÜNE	KPÖ	LH	PARTEIFREI		
2010	SPÖ	ÖVP	FPÖ	BZÖ	GRÜNE	KPÖ	CPÖ	PUMA		
2015	SPÖ	ÖVP	FPÖ	BZÖ	GRÜNE	FRANK	NEOS	KPÖ		PIRAT

Tabelle 12: Angetretene Parteien bei den Landtagswahlen 1995-2015

C.3 Gemeinderatswahlen 2015

Bezirk	Gem.	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	KPÖ	NEOS	SONST
Deutschlandsberg	15	15	15	13	2	1	0	6
Graz-Umgebung	36	36	36	32	25	5	6	20
Leibnitz	29	29	29	28	7	0	2	12
Leoben	16	16	16	13	2	6	1	6
Liezen	29	29	29	22	5	1	0	13
Murau	14	14	14	12	2	0	0	5
Voitsberg	15	15	15	15	4	4	0	6
Weiz	31	31	31	25	11	0	1	3
Murtal	20	20	20	17	4	5	1	5
Bruck-Mürzzuschlag	19	19	19	19	6	5	1	9
Hartberg-Fürstenfeld	36	36	36	28	7	1	2	7
Südoststeiermark	26	26	26	19	12	1	1	5
	286	286	286	243	87	29	15	97

Tabelle 13: Anzahl der eingebrachten Wahlvorschläge je Bezirk

D Regressionsanalysen

D.1 Gemeinderatswahlen

Tabelle 14: Gemeinderatswahlen 1995-2015 (FUSION)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ
treated	639.848*** $p = 0.000$	539.063*** $p = 0.000$	123.655*** $p = 0.000$
time	2.204 $p = 0.963$	-118.033 $p = 0.183$	64.221** $p = 0.012$
did	-114.736* $p = 0.098$	-159.040 $p = 0.227$	80.638** $p = 0.023$
Constant	624.700*** $p = 0.000$	584.840*** $p = 0.000$	159.486*** $p = 0.000$
Observations	1,428	1,413	1,202
R ²	0.260	0.067	0.105
Adjusted R ²	0.259	0.065	0.103
Residual Std. Error	521.123 (df = 1424)	987.838 (df = 1409)	245.232 (df = 1198)
F Statistic	167.159*** (df = 3; 1424)	33.932*** (df = 3; 1409)	46.887*** (df = 3; 1198)

Note:

* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$

Tabelle 15: Gemeinderatswahlen 2010-2015 (FUSION)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ
treated	695.876*** $p = 0.000$	539.860*** $p = 0.00000$	87.658** $p = 0.022$
time	-43.705 $p = 0.479$	-87.939 $p = 0.348$	73.257* $p = 0.053$
did	-170.764* $p = 0.062$	-159.836 $p = 0.251$	116.635** $p = 0.026$
Constant	670.609*** $p = 0.000$	554.747*** $p = 0.000$	150.450*** $p = 0.00000$
Observations	574	567	454
R ²	0.251	0.082	0.126
Adjusted R ²	0.247	0.077	0.120
Residual Std. Error	543.973 (df = 570)	824.029 (df = 563)	276.478 (df = 450)
F Statistic	63.512*** (df = 3; 570)	16.748*** (df = 3; 563)	21.628*** (df = 3; 450)

Note:

* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$

Tabelle 16: Gemeinderatswahlen 1995-2015 (FUSION)

	KPÖ	SONSTIGE	GRÜNE
treated	-35.704 $p = 0.595$	-3.878 $p = 0.918$	-4.955 $p = 0.776$
time	-42.454 $p = 0.660$	80.846 $p = 0.217$	33.308 $p = 0.225$
did	141.151 $p = 0.268$	136.460 $p = 0.122$	6.634 $p = 0.854$
Constant	289.069*** $p = 0.00000$	297.615*** $p = 0.000$	187.264*** $p = 0.000$
Observations	110	481	362
R ²	0.015	0.031	0.012
Adjusted R ²	-0.013	0.025	0.004
Residual Std. Error	288.156 (df = 106)	365.050 (df = 477)	143.701 (df = 358)
F Statistic	0.543 (df = 3; 106)	5.134*** (df = 3; 477)	1.484 (df = 3; 358)

Note:

* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$

Tabelle 17: Gemeinderatswahlen 2010-2015 (FUSION)

	KPÖ	SONSTIGE	GRÜNE
treated	20.167 $p = 0.886$	-150.080 $p = 0.111$	-16.687 $p = 0.590$
time	-54.829 $p = 0.714$	-82.603 $p = 0.426$	45.166 $p = 0.156$
did	85.280 $p = 0.655$	282.662** $p = 0.035$	18.366 $p = 0.667$
Constant	301.444** $p = 0.011$	461.065*** $p = 0.000$	175.405*** $p = 0.000$
Observations	56	182	163
R ²	0.014	0.036	0.042
Adjusted R ²	-0.043	0.020	0.024
Residual Std. Error	342.668 (df = 52)	430.113 (df = 178)	134.349 (df = 159)
F Statistic	0.237 (df = 3; 52)	2.204* (df = 3; 178)	2.343* (df = 3; 159)

Note:

* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$

Tabelle 18: Gemeinderatswahlen 1995-2015 (KLAGE)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ
treated	451.651*** $p = 0.0002$	685.573*** $p = 0.00005$	201.847*** $p = 0.001$
time	-106.766** $p = 0.050$	-140.127* $p = 0.060$	126.803*** $p = 0.00001$
did	-172.717 $p = 0.311$	-199.907 $p = 0.394$	66.141 $p = 0.409$
Constant	944.073*** $p = 0.000$	730.427*** $p = 0.000$	171.692*** $p = 0.000$
Observations	574	567	454
R ²	0.042	0.052	0.122
Adjusted R ²	0.037	0.047	0.116
Residual Std. Error	614.868 (df = 570)	837.424 (df = 563)	277.167 (df = 450)
F Statistic	8.422*** (df = 3; 570)	10.261*** (df = 3; 563)	20.776*** (df = 3; 450)

Note:

* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$

Tabelle 19: Gemeinderatswahlen 2010-2015 (INITIATIVE)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ
treated	383.320*** $p = 0.00000$	129.838 $p = 0.240$	60.350 $p = 0.156$
time	-94.821 $p = 0.120$	-150.029* $p = 0.084$	114.816*** $p = 0.0005$
did	-96.302 $p = 0.379$	-30.115 $p = 0.847$	51.336 $p = 0.372$
Constant	871.095*** $p = 0.000$	758.541*** $p = 0.000$	177.973*** $p = 0.000$
Observations	574	567	454
R ²	0.072	0.013	0.073
Adjusted R ²	0.068	0.007	0.067
Residual Std. Error	605.178 (df = 570)	854.612 (df = 563)	284.765 (df = 450)
F Statistic	14.827*** (df = 3; 570)	2.380* (df = 3; 563)	11.784*** (df = 3; 450)

Note:

* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$

Tabelle 20: Gemeinderatswahlen 2010-2015 (KLAGE)

	KPÖ	GRÜNE	SONSTIGE
treated	72.125 $p = 0.734$	26.971 $p = 0.539$	-47.553 $p = 0.660$
time	-13.917 $p = 0.890$	53.385** $p = 0.022$	35.232 $p = 0.621$
did	-3.483 $p = 0.990$	1.580 $p = 0.979$	309.501* $p = 0.060$
Constant	306.875*** $p = 0.0001$	162.938*** $p = 0.000$	368.753*** $p = 0.000$
Observations	56	163	182
R ²	0.006	0.046	0.037
Adjusted R ²	-0.052	0.028	0.021
Residual Std. Error	344.035 (df = 52)	134.065 (df = 159)	429.869 (df = 178)
F Statistic	0.098 (df = 3; 52)	2.578* (df = 3; 159)	2.274* (df = 3; 178)

Note:

* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$

Tabelle 21: Gemeinderatswahlen 2010-2015 (INITIATIVE)

	KPÖ	GRÜNE	SONSTIGE
treated	-14.543 $p = 0.939$	-17.030 $p = 0.593$	-14.063 $p = 0.877$
time	3.909 $p = 0.971$	47.130* $p = 0.085$	38.215 $p = 0.634$
did	-44.034 $p = 0.853$	19.698 $p = 0.649$	163.724 $p = 0.228$
Constant	317.043*** $p = 0.0001$	173.340*** $p = 0.000$	364.458*** $p = 0.000$
Observations	56	163	182
R ²	0.004	0.042	0.023
Adjusted R ²	-0.054	0.024	0.007
Residual Std. Error	344.392 (df = 52)	134.349 (df = 159)	432.905 (df = 178)
F Statistic	0.062 (df = 3; 52)	2.343* (df = 3; 159)	1.413 (df = 3; 178)

Note:

* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$

D.2 Landtagswahlen

Tabelle 22: Landtagswahl 1995-2015 (FUSION)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ
treated	570.709*** $p = 0.000$	491.806*** $p = 0.000$	147.044*** $p = 0.000$
time	-191.749*** $p = 0.00001$	-168.628** $p = 0.030$	182.081*** $p = 0.000$
did	-262.939*** $p = 0.00002$	-194.397* $p = 0.092$	195.469*** $p = 0.00000$
Constant	554.979*** $p = 0.000$	533.506*** $p = 0.000$	149.220*** $p = 0.000$
Observations	1,433	1,433	1,433
R ²	0.297	0.077	0.238
Adjusted R ²	0.295	0.075	0.236
Residual Std. Error (df = 1429)	447.760	865.799	264.718
F Statistic (df = 3; 1429)	201.186***	39.936***	148.393***

Note:

* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$

Tabelle 23: Landtagswahl 2010-2015 (FUSION)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ
treated	492.673*** $p = 0.000$	468.498*** $p = 0.000$	121.961*** $p = 0.0004$
time	-106.763*** $p = 0.006$	-129.546* $p = 0.079$	199.061*** $p = 0.000$
did	-184.904*** $p = 0.002$	-171.090 $p = 0.119$	220.552*** $p = 0.00001$
Constant	469.994*** $p = 0.000$	494.424*** $p = 0.000$	132.241*** $p = 0.000$
Observations	572	572	572
R ²	0.308	0.104	0.325
Adjusted R ²	0.305	0.099	0.321
Residual Std. Error (df = 568)	338.711	651.270	284.811
F Statistic (df = 3; 568)	84.343***	21.905***	91.011***

Note:

* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$

Tabelle 24: Landtagswahl 2010-2015 (KLAGE)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ
treated	381.941*** $p = 0.00000$	566.298*** $p = 0.00002$	152.663*** $p = 0.010$
time	-170.770*** $p = 0.00000$	-189.471*** $p = 0.002$	272.062*** $p = 0.000$
did	-206.574* $p = 0.054$	-194.564 $p = 0.291$	253.110*** $p = 0.003$
Constant	655.128*** $p = 0.000$	650.047*** $p = 0.000$	172.233*** $p = 0.000$
Observations	572	572	572
R ²	0.105	0.068	0.258
Adjusted R ²	0.100	0.063	0.254
Residual Std. Error (df = 568)	385.123	664.077	298.350
F Statistic (df = 3; 568)	22.157***	13.769***	65.810***
<i>Note:</i>		* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$	

Tabelle 25: Landtagswahl 2010-2015 (INITIATIVE)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ
treated	277.677*** $p = 0.00000$	105.870 $p = 0.223$	62.011 $p = 0.114$
time	-153.538*** $p = 0.0001$	-196.695*** $p = 0.005$	262.670*** $p = 0.000$
did	-122.687* $p = 0.076$	-40.181 $p = 0.744$	112.656** $p = 0.043$
Constant	607.447*** $p = 0.000$	674.523*** $p = 0.000$	168.416*** $p = 0.000$
Observations	572	572	572
R ²	0.122	0.027	0.217
Adjusted R ²	0.117	0.022	0.213
Residual Std. Error (df = 568)	381.456	678.510	306.477
F Statistic (df = 3; 568)	26.242***	5.220***	52.458***
<i>Note:</i>		* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$	

Tabelle 26: Landtagswahl 2010-2015 (KLAGE)

	KPÖ	GRÜNE
treated	47.570*** $p = 0.009$	52.828*** $p = 0.0004$
time	-4.953 $p = 0.541$	12.261* $p = 0.067$
did	1.160 $p = 0.964$	26.912 $p = 0.200$
Constant	54.809*** $p = 0.000$	61.000*** $p = 0.000$
Observations	572	572
R ²	0.025	0.077
Adjusted R ²	0.020	0.072
Residual Std. Error (df = 568)	91.612	75.637
F Statistic (df = 3; 568)	4.933***	15.764***
<i>Note:</i>	* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$	

Tabelle 27: Landtagswahl 2010-2015 (INITIATIVE)

	KPÖ	GRÜNE
treated	5.378 $p = 0.650$	22.890** $p = 0.021$
time	-4.701 $p = 0.616$	10.919 $p = 0.161$
did	-0.434 $p = 0.980$	13.081 $p = 0.348$
Constant	57.959*** $p = 0.000$	59.234*** $p = 0.000$
Observations	572	572
R ²	0.001	0.041
Adjusted R ²	-0.004	0.036
Residual Std. Error (df = 568)	92.735	77.101
F Statistic (df = 3; 568)	0.256	8.051***
<i>Note:</i>	* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$	

Tabelle 28: Landtagswahl 1995-2015 (FUSION)

	KPÖ	GRÜNE
treated	24.048*** $p = 0.00001$	45.856*** $p = 0.000$
time	5.633 $p = 0.476$	5.999 $p = 0.402$
did	12.165 $p = 0.301$	7.633 $p = 0.473$
Constant	32.905*** $p = 0.000$	51.187*** $p = 0.000$
Observations	1,433	1,433
R ²	0.025	0.082
Adjusted R ²	0.023	0.080
Residual Std. Error (df = 1429)	88.300	79.956
F Statistic (df = 3; 1429)	12.210***	42.776***
<i>Note:</i>	*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01	

Tabelle 29: Landtagswahl 2010-2015 (FUSION)

	KPÖ	GRÜNE
treated	34.628*** $p = 0.002$	38.565*** $p = 0.00002$
time	-5.322 $p = 0.605$	8.395 $p = 0.321$
did	1.586 $p = 0.918$	14.923 $p = 0.237$
Constant	43.861*** $p = 0.000$	48.791*** $p = 0.000$
Observations	572	572
R ²	0.037	0.097
Adjusted R ²	0.032	0.092
Residual Std. Error (df = 568)	91.083	74.862
F Statistic (df = 3; 568)	7.258***	20.281***
<i>Note:</i>	*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01	

D.3 Nationalratswahlen

Tabelle 30: Nationalratswahl 1999-2013 (FUSION)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ
treated	488.426*** $p = 0.000$	463.328*** $p = 0.000$	224.531*** $p = 0.000$
time	-204.160*** $p = 0.00000$	-193.481** $p = 0.011$	101.526*** $p = 0.002$
did	-226.082*** $p = 0.0001$	-176.377 $p = 0.114$	79.928* $p = 0.099$
Constant	481.801*** $p = 0.000$	519.853*** $p = 0.000$	236.077*** $p = 0.000$
Observations	1,430	1,430	1,430
R ²	0.267	0.077	0.117
Adjusted R ²	0.266	0.075	0.116
Residual Std. Error (df = 1426)	425.388	838.105	364.540
F Statistic (df = 3; 1426)	173.336***	39.797***	63.262***

Note:

* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$

Tabelle 31: Nationalratswahl 2008-2013 (FUSION)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ
treated	492.673*** $p = 0.000$	468.498*** $p = 0.000$	121.961*** $p = 0.0004$
time	-106.763*** $p = 0.006$	-129.546* $p = 0.079$	199.061*** $p = 0.000$
did	-184.904*** $p = 0.002$	-171.090 $p = 0.119$	220.552*** $p = 0.00001$
Constant	469.994*** $p = 0.000$	494.424*** $p = 0.000$	132.241*** $p = 0.000$
Observations	572	572	572
R ²	0.308	0.104	0.325
Adjusted R ²	0.305	0.099	0.321
Residual Std. Error (df = 568)	338.711	651.270	284.811
F Statistic (df = 3; 568)	84.343***	21.905***	91.011***

Note:

* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$

Tabelle 32: Nationalratswahl 2008-2013 (KLAGE)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ
treated	279.858*** $p = 0.00001$	538.060*** $p = 0.00003$	265.535*** $p = 0.0004$
time	-122.054*** $p = 0.00001$	-145.543*** $p = 0.010$	106.058*** $p = 0.002$
did	-127.589 $p = 0.132$	-148.315 $p = 0.407$	103.692 $p = 0.322$
Constant	504.035*** $p = 0.000$	564.190*** $p = 0.000$	333.787*** $p = 0.000$
Observations	572	572	572
R ²	0.091	0.061	0.084
Adjusted R ²	0.087	0.056	0.079
Residual Std. Error (df = 568)	300.461	634.885	371.277
F Statistic (df = 3; 568)	19.025***	12.250***	17.303***
<i>Note:</i>		*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01	

Tabelle 33: Nationalratswahl 2008-2013 (INITIATIVE)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ
treated	213.624*** $p = 0.00000$	80.741 $p = 0.330$	105.929** $p = 0.029$
time	-109.908*** $p = 0.0003$	-157.755** $p = 0.017$	101.015*** $p = 0.009$
did	-78.292 $p = 0.143$	-7.334 $p = 0.950$	48.285 $p = 0.479$
Constant	464.209*** $p = 0.000$	591.459*** $p = 0.000$	326.449*** $p = 0.000$
Observations	572	572	572
R ²	0.116	0.018	0.048
Adjusted R ²	0.111	0.013	0.043
Residual Std. Error (df = 568)	296.389	649.165	378.476
F Statistic (df = 3; 568)	24.789***	3.479**	9.518***
<i>Note:</i>		*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01	

Tabelle 34: Nationalratswahl 2008-2013 (KLAGE)

	KPÖ	GRÜNE
treated	14.542*	92.505***
	$p = 0.072$	$p = 0.0003$
time	3.128	17.093
	$p = 0.380$	$p = 0.123$
did	6.408	13.871
	$p = 0.574$	$p = 0.695$
Constant	19.779***	104.709***
	$p = 0.000$	$p = 0.000$
Observations	572	572
R ²	0.019	0.058
Adjusted R ²	0.014	0.053
Residual Std. Error (df = 568)	40.414	125.577
F Statistic (df = 3; 568)	3.764**	11.639***
<i>Note:</i>	*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01	

Tabelle 35: Nationalratswahl 2008-2013 (INITIATIVE)

	KPÖ	GRÜNE
treated	1.763	41.831**
	$p = 0.735$	$p = 0.011$
time	3.362	16.995
	$p = 0.415$	$p = 0.188$
did	1.249	4.627
	$p = 0.865$	$p = 0.841$
Constant	20.648***	100.602***
	$p = 0.000$	$p = 0.000$
Observations	572	572
R ²	0.003	0.030
Adjusted R ²	-0.002	0.025
Residual Std. Error (df = 568)	40.754	127.393
F Statistic (df = 3; 568)	0.555	5.951***
<i>Note:</i>	*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01	

Tabelle 36: Nationalratswahl 1999-2013 (FUSION)

	KPÖ	GRÜNE
treated	10.572*** $p = 0.00001$	66.127*** $p = 0.000$
time	3.606 $p = 0.272$	22.367** $p = 0.029$
did	4.496 $p = 0.355$	15.031 $p = 0.320$
Constant	14.503*** $p = 0.000$	72.960*** $p = 0.000$
Observations	1,429	1,430
R ²	0.028	0.094
Adjusted R ²	0.026	0.092
Residual Std. Error	36.581 (df = 1425)	113.621 (df = 1426)
F Statistic	13.721*** (df = 3; 1425)	49.120*** (df = 3; 1426)

Note: * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$

Tabelle 37: Nationalratswahl 2008-2013 (FUSION)

	KPÖ	GRÜNE
treated	34.628*** $p = 0.002$	38.565*** $p = 0.00002$
time	-5.322 $p = 0.605$	8.395 $p = 0.321$
did	1.586 $p = 0.918$	14.923 $p = 0.237$
Constant	43.861*** $p = 0.000$	48.791*** $p = 0.000$
Observations	572	572
R ²	0.037	0.097
Adjusted R ²	0.032	0.092
Residual Std. Error (df = 568)	91.083	74.862
F Statistic (df = 3; 568)	7.258***	20.281***

Note: * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$

Zusammenfassung

Die Gemeindestrukturreform in der Steiermark war ein wesentlicher Eckpfeiler der Reformpartnerschaft aus SPÖ und ÖVP. Nach der leichten Wahlniederlage bei der Landtagswahl 2010 einigten sich Landeshauptmann Voves und sein Stellvertreter Schützenhöfer auf eine neue Form der Kooperation um die Steiermark wesentlich zu erneuern. In diesem Zusammenhang standen in der Folge die Diskussionen um Gemeindefusionen im medialen Fokus. Die Verluste für SPÖ und ÖVP waren bei allen drei analysierten Wahlen (Nationalratswahl 2013, Gemeinderatswahlen 2015 und Landtagswahlen 2015) beträchtlich, aber die Fusionen an sich nur eine bedingt gute Erklärung. Angesichts anderer weit unpopulärerer Themen wie beispielsweise den Angehörigenregress, wurde die emotionalisierende Wirkung der Gemeindefusionen offenbar zu sehr auf mögliches Wahlverhalten übertragen. Die starke Ablehnung zeigte sich aber nur lokal, denn insgesamt wurde eine kommunale Strukturreform sogar mehrheitlich begrüßt. Von daher wurde verkürzt von Einzelfällen auf die Gesamtheit rückgeschlossen. Dennoch sollten die Auswirkungen nicht unterschätzt werden, auch wenn es sinnvoll ist, den Protest - beziehungsweise die massiven Verluste der Reformpartnerschaft bei der ihnen zuzuordnenden Landtagswahl - kumulativ aufzufassen. Insgesamt zeigen sich auf allen drei Ebenen recht ähnliche Muster, ein leichter Malus für die ÖVP und ein leichter Bonus für die FPÖ in Fusionsgemeinden. Sonstige Listen haben bei den Gemeinderatswahlen in Fusionsgemeinden stark aufgezeigt, speziell in solchen Gemeinden, wo der Widerstand am größten war. Die SPÖ kann durch die Fusionen allerdings keinerlei Rückschlüsse auf ihre durchgängigen Verluste ziehen, Themen, die als Einschnitte in den Sozialstaat gesehen werden können, könnten hier mehr gegriffen haben. Interessanterweise hat von der hohen Proteststimmung und der dadurch gegebenen Volatilität von vielen WählerInnen kaum eine andere Partei in der Opposition außer der FPÖ profitiert.

Abstract

The municipal structural reform was a cornerstone of the so-called „Reformpartnerschaft“ in Styria, consisting of the Social Democratic Party of Austria (SPÖ) and the Austrian People’s Party (ÖVP). Governor Franz Voves and his deputy Hermann Schützenhöfer arranged a new form of cooperation in order to renew Styria substantially, after a minor defeat in the state election 2010. The „Reformpartnerschaft“ consisted of many smaller and bigger reforms, but the media focused on the debates over the municipal structural reform, as many towns resisted against their dissolution. The losses for the Social Democrats and the People’s Party were enormous in all three analyzed elections (General election 2013, Communal elections 2015 and State election 2015), but the municipal structural reform can only be part of the explanation of the harsh minus. Considering other, far more unpopular reforms such as a recourse for relatives in the care sector, the emotionalizing effect of the mergers of municipalities were obviously assigned too much on potential electoral behavior. Deep rejection of the reform exhibited rather locally, but overall, the municipal reforms were welcomed by a broad majority. Single cases were maybe generalized too much. Nevertheless, the consequences should not be underrated, despite it is adequate to cumulate the protest as a whole - or the losses of the parties of the Reformpartnerschaft in the State election, the level for which they are responsible themselves. Overall, all three elections exhibited rather similar patterns, a slight malus for the ÖVP and a small bonus for the Freedom Party of Austria (FPÖ) in merged municipalities. Lists of citizens were also a major winner in merged municipalities in the Communal elections, especially where the resistance against the reform was strongest. However, the SPÖ should not draw easy conclusions about their continuous losses, other topics - which may be regarded as welfare state cuts - could have been far more important than the municipal reforms. Interestingly, despite a mood of protest in the state and the thereby high volatility of voters, hardly any other opposition party made profit from the losses of the Reformpartnerschaft than the right-wing FPÖ.